

TAGESSCHAU

POLITIK

Honecker-Besuch: In Berlin wird nicht ausgeschlossen, daß der „DDR“-Staats- und Parteichef seine für Ende September erwartete Reise in die Bundesrepublik bis nach den US-Wahlen am 6. November verschiebt. Außerdem könnte Honecker vorher kurzfristig nach Moskau besuchen. (S. 4)

Hausbesetzer: Von den 2500 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen in Berlin seit August 1980 sind weit mehr als 2000 eingestellt worden. In 205 Fällen mit 724 Beschuldigten wurde Anklage erhoben oder Strafbefehl beantragt. (S. 4)

„DDR“-Bevölkerung: Der seit Jahren zu beobachtende Rückgang ist 1983 fast zum Stillstand gekommen. Ende vergangenen Jahres lebten in der „DDR“ mit 18,701 Millionen nur 819 Menschen weniger als 1982.

Rüstung: Moskau gab am Wochenende erstmals die erfolgreiche Erprobung von Marschflugkörpern von großer Reichweite bekannt. Schon am 31. Juli hatte die „Pravda“ gemeldet, daß derartige Waffen entwickelt würden. (S. 4)

Peru: Präsident Belaunde Terry hat die Hauptstadt Lima unter Militärkontrolle gestellt, um Menschenrechtsdemonstrationen der Oppositionsparteien zu verhindern. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



„Weil Berlin die Freiheit vorlebt und symbolisiert, wird es längeren Bestand und größere Zukunftschancen haben als die Diktaturen, die es erdrosseln wollen.“

Der Berliner Verleger Axel Springer (S. 3)
FOTO: NICO NAGEL

WIRTSCHAFT

Innendeutscher Handel: Der DIHT erwartet von der Leipziger Herbstmesse keine Belebung der Lieferungen aus der Bundesrepublik. Dagegen werde die „DDR“-ihre Verkäufe weiter steigern und den Überschuss zum Abbau der Schulden benutzen. (S. 11)

US-Stahlindustrie: Die 50prozentige Beteiligung des japanischen Stahlunternehmens Nippon Kokan an National Steel ist perfekt. Die Japaner zahlen dafür 322 Millionen Dollar. (S. 12)

KULTUR

Truman Capote: Der US-Schriftsteller („Frühstück bei Tiffany“, „Kaltblütig“) ist 59jährig gestorben. Die Todesursache war zunächst nicht bekannt. Capote war einer der vollkommensten Stilisten der amerikanischen Gegenwartsliteratur. (S. 13)

SPORT

Galepp: Peter Remmert soll Champion-Jockey Lutz Mäder am Stall von Hein Bolow in Köln ablösen. Die Entscheidung fällt morgen.

Leichtathletik: Die 32 Jahre alte Russin Tatjana Kasankina lief in Leningrad mit 8:22,82 Weltrekord über 3000 Meter. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Münchner Modetage: Gepflegte Sportlichkeit mit überwiegender hellen Tönen sowie bunter Romantik und Folklorestil prägen die Frühjahrs- und Sommermode '85, die 850 Konfektionäre aus aller Welt bis zum 28. August in München vorstellen. (S. 14)

Klein, aber fein: Er hat die Klasse.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Vieles wirkt zusammen, aber uns der Boden wegkippt - Von Dankwart Guratzsch S. 2

Landesbericht Hamburg: Staatsmanager in der Hansestadt arbeiten auf Schleuderstrichen S. 4

Albanien: Der Atheist Hodscha lobt Khomeini - Schriftstellerische Ambitionen in Tirana S. 5

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 5

Zypern: Die Kommunisten wollen Kyprianou unter Druck setzen - Verfassungsgespräche? S. 5

Fußball: Viele Verletzte in der Bundesliga - Die düstere Zukunft des VfB Stuttgart S. 6

Fernsehen: Theaterinszenierungen auf dem Bildschirm - Besser hieße lassen S. 9

Paris: Kreditpolitik bremst Wirtschaft - Hohe Zinsen sollen Auslandskapital anlocken S. 11

Pankraz: A. Imhof und verlorene Welten - Über Daseinsfülle und -leere einst und heute S. 13

Japan: Taucher gehen Tiefseebänne auf den Grund - Japanisch-französisches Vorhaben S. 14

Kohl: Die Zeit ist reif für Honeckers Zusage

Kanzler betont Einigkeit über Deutschlandpolitik - auch mit Dregger

DW. Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl rechnet fest mit dem Besuch von SED-Generalsekretär Erich Honecker und erwartet eine endgültige Zusage der „DDR“ bis „spätestens“ zu Beginn der übernächsten Woche. In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ sagte Kohl am Samstag außerdem zum Streit um Äußerungen des CDU/CSU-Fraktionschefs im Bundestag, Alfred Dregger, zum Honecker-Besuch, die Koalition sei sich in Fragen der Deutschlandpolitik völlig einig. Es gebe hier „nicht die Spur einer Nuance“. Am Samstag hatte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ Dregger vorgeworfen, er belaste das Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin.

Der Kanzler sagte in dem Interview wörtlich: „Ich gehe davon aus, daß Herr Honecker kommt. Ich sehe keinen Grund, warum er nicht kommen sollte.“ Wenn der Termin Ende September eingehalten werden solle, müsse jetzt aber die Entscheidung fallen. Diese sei, „wenn Sie so wollen, überreif“. In den letzten Wochen habe es „Irritationen“ gegeben, darunter die „zum Teil ganz absurden Angriffe in Moskauer Zeitungen“ und „Ausfälle“ in Warschau gegen die Bundesrepublik. Er sei jedoch dafür, „daß wir das nicht zur Kenntnis nehmen“. Er kündigte an, daß er, wenn der Honecker-Besuch zustande komme, selbst auch in die „DDR“ reisen werde.

Es sei auch die Meinung Dreggers, daß der „Weg der Vernunft“ in der Deutschlandpolitik fortgesetzt werde, unterstützte Kohl auf die Frage, ob angesichts neuerlicher Attacken im SED-Organ „Neues Deutschland“ gegen die Dregger-Bemerkungen der Honecker-Besuch nicht gefährdet sein könnte, betonte Kohl, wenn dies als Alibi dienen sollte, dann müßte

über Dutzende von Bemerkungen auf der anderen Seite in jüngerer Zeit gesprochen werden - so über den Vorwurf des Revanchismus, den Kohl erneut scharf zurückwies. Er bekräftigte die Bereitschaft, mit Honecker über alles „uns gemeinsam betreffenden Fragen“ zu sprechen. Beim Thema Staatsbürgerschaft könne allerdings nur „ohne Ergebnis“ diskutiert werden.

Die Koalition wolle in der Deutschlandpolitik auf dem bisherigen „Weg der Vernunft“ fortfahren, sagte Kohl weiter. Dies sei auch die Meinung Dreggers. Mit seinem umstrittenen

SEITE 4
Dregger in der WELT über Honecker-Besuch

über Dutzende von Bemerkungen auf der anderen Seite in jüngerer Zeit gesprochen werden - so über den Vorwurf des Revanchismus, den Kohl erneut scharf zurückwies. Er bekräftigte die Bereitschaft, mit Honecker über alles „uns gemeinsam betreffenden Fragen“ zu sprechen. Beim Thema Staatsbürgerschaft könne allerdings nur „ohne Ergebnis“ diskutiert werden.

Die Koalition wolle in der Deutschlandpolitik auf dem bisherigen „Weg der Vernunft“ fortfahren, sagte Kohl weiter. Dies sei auch die Meinung Dreggers. Mit seinem umstrittenen

über Dutzende von Bemerkungen auf der anderen Seite in jüngerer Zeit gesprochen werden - so über den Vorwurf des Revanchismus, den Kohl erneut scharf zurückwies. Er bekräftigte die Bereitschaft, mit Honecker über alles „uns gemeinsam betreffenden Fragen“ zu sprechen. Beim Thema Staatsbürgerschaft könne allerdings nur „ohne Ergebnis“ diskutiert werden.

Die Koalition wolle in der Deutschlandpolitik auf dem bisherigen „Weg der Vernunft“ fortfahren, sagte Kohl weiter. Dies sei auch die Meinung Dreggers. Mit seinem umstrittenen

Dem Papst Reise nach Litauen verwehrt

Verhältnis Vatikan-Moskau abgekühlt / Fürchtet Kreml den „polnischen Bazillus“?

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Der Plan einer Papst-Reise nach Litauen ist am „Njet!“ Moskau gescheitert. Johannes Paul II. wollte ursprünglich gestern, wie er in einer telegraphischen Botschaft an den Präsidenten der litauischen Bischofskonferenz, Monsignore Liudas Povilonis, mitteilte, an der religiösen Abschlusszeremonie der 500-Jahr-Gedenkfeier zu Ehren des heiligen Kasimir in Wilna teilnehmen. „Die Freude der ersehnten Wallfahrt des Glaubens und der Liebe nach Wilna ist mir nicht zuteil geworden“, heißt es in dem am Wochenende veröffentlichten päpstlichen Telegramm vom vergangenen Donnerstag. Nicht einmal die Entsendung eines päpstlichen Legaten sei möglich gewesen.

Die Einladung zur Teilnahme an den 500-Jahr-Feiern war Johannes Paul II. im April des vergangenen Jahres von den Bischöfen und apostolischen Administratoren Litauens vermittelt worden, die damals zum ersten Mal seit dem Krieg zu einem „Ad-limina“-Besuch nach Rom kommen durften. Litauen ist unter den 15 Sowjet-Republiken die einzige mehrheitlich katholische. Es wurde im Jahre 1939 zusammen mit Lettland und Estland von der Sowjetunion annektiert. Von seinen 3,1 Millionen Menschen gehören 2 Millionen der katholischen Kirche an.

Es war ihm nicht vergönnt, so bedauerte der Papst in seiner Botschaft, SEITE 2: Angst vor einem Pilger

Sowjet-Jäger verfolgte Linienmaschine

In schwedischen Luftraum eingedrungen / Mißverständnis ausgeschlossen

R. GATERMANN, Stockholm
Ein sowjetisches Jagdflugzeug war am 9. August fast sechs Minuten lang am Jagdflugzeug vom Typ Sukhoi 15 aus und legte sich hinter den Airbus. Ein Charter-Fluggesellschafts-Scout verfolgte und drang dabei 28 Kilometer in den schwedischen Luftraum ein, bevor es abdrehte. Das Außenministerium in Stockholm hat den Zwischenfall, den es als sehr ernst betrachtet, am 17. August dem sowjetischen Geschäftsträger mündlich vorgetragen, bisher jedoch auf eine offizielle Protestnote verzichtet. Man behalte sich weitere Schritte vor, wenn die sowjetische Antwort vorliege, erklärte Staatssekretär Pierre Schori.

Das Passagierflugzeug vom Typ Airbus mit 276 Personen an Bord befand sich auf dem Flug von Kreta nach Stockholm und benutzte über der Ostsee den für den zivilen Luftverkehr vorgesehenen Korridor. Gleichzeitig hielten die Sowjets über der Ostsee östlich der Insel Gotland eine Luftwaffenübung ab. Aus diesem Verband scherte plötzlich ein Jagdflugzeug vom Typ Sukhoi 15 aus und legte sich hinter den Airbus. Die schwedische Luftüberwachung entdeckte den sowjetischen Jäger unmittelbar auf ihrem Radarschirm und alarmierte die Flugbereitschaft. Diese benötigte jedoch acht Minuten für ihren Flug nach Gotland. Da war die SU 15 schon verschwunden, nachdem sie 28 Kilometer im schwedischen Luftraum und sechs Kilometer über Gotland geflogen war.

Schwedische Militärexperten haben keine eindeutige Erklärung für die Ursache dieses Zwischenfalls. Nach ihren Erkenntnissen werden sowjetische Piloten bei Manövern streng von den Bodenstationen dirigiert und haben kaum Möglichkeit zu eigenständigen Entscheidungen. Ein Mißverständnis wird weitgehend ausgeschlossen, weil es viel früher als die sechs Minuten, die der Verfolgungs-

Satz, die Zukunft der Bundesrepublik hänge nicht davon ab, daß Herr Honecker uns die Ehre seines Besuchs erweist“, habe Dregger „möglicherweise“ übertriebene Erwartungen in den Besch. ansprechen wollen. Hier würden teilweise Hoffnungen gehegt, die die Gespräche von vornherein außerordentlich belasteten. Kohl unterstrich seine Meinung, daß ein Jahr nach Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland die „Angstmacherei“ einer neuen „Eiszeit“ zwischen Ost und West widerlegt sei. Er hob die „bemerkenswerte Tatsache“ hervor, daß neben Honecker in den nächsten sechs Wochen die Staatschefs Bulgariens und Rumäniens, Theodor Schiwkow und Nicolae Ceausescu, die Bundesrepublik Deutschland besuchen.

Beim Besuch Honeckers werde man über alle gemeinsam betreffenden Fragen sprechen und dabei kein Thema ausklammern. Kohl nannte besonders den Umweltschutz und menschliche Erleichterungen. „Nicht so sicher“ sei es sich allerdings über eine deutsch-deutsche Initiative in Sachen Gewaltverzicht. Wenn Honecker dies ansprechen sollte, werde auch darüber geredet. In der Frage

SEITE 4
Dregger in der WELT über Honecker-Besuch

über Dutzende von Bemerkungen auf der anderen Seite in jüngerer Zeit gesprochen werden - so über den Vorwurf des Revanchismus, den Kohl erneut scharf zurückwies. Er bekräftigte die Bereitschaft, mit Honecker über alles „uns gemeinsam betreffenden Fragen“ zu sprechen. Beim Thema Staatsbürgerschaft könne allerdings nur „ohne Ergebnis“ diskutiert werden.

Die Koalition wolle in der Deutschlandpolitik auf dem bisherigen „Weg der Vernunft“ fortfahren, sagte Kohl weiter. Dies sei auch die Meinung Dreggers. Mit seinem umstrittenen

über Dutzende von Bemerkungen auf der anderen Seite in jüngerer Zeit gesprochen werden - so über den Vorwurf des Revanchismus, den Kohl erneut scharf zurückwies. Er bekräftigte die Bereitschaft, mit Honecker über alles „uns gemeinsam betreffenden Fragen“ zu sprechen. Beim Thema Staatsbürgerschaft könne allerdings nur „ohne Ergebnis“ diskutiert werden.

Die Koalition wolle in der Deutschlandpolitik auf dem bisherigen „Weg der Vernunft“ fortfahren, sagte Kohl weiter. Dies sei auch die Meinung Dreggers. Mit seinem umstrittenen

über Dutzende von Bemerkungen auf der anderen Seite in jüngerer Zeit gesprochen werden - so über den Vorwurf des Revanchismus, den Kohl erneut scharf zurückwies. Er bekräftigte die Bereitschaft, mit Honecker über alles „uns gemeinsam betreffenden Fragen“ zu sprechen. Beim Thema Staatsbürgerschaft könne allerdings nur „ohne Ergebnis“ diskutiert werden.

mir am Herzen, Euch der lebhaften Teilnahme meiner Person und der Kirche von Rom an dem Gebet zu versichern, mit dem wir Gott für die so reichlich gewährten geistlichen Güter danken.“ Das Erb des heiligen Kasimir sei „nach wie vor lebendig“. Die Botschaft schließt mit einem indirekten, aber deutlichen Hinweis auf die Bedrängnis, in der die litauische Kirche zu leben gezwungen ist. „Maria, der barmherzigen Mutter, vertraue ich die gesamte litauische Gemeinde an, besonders die Jugend, damit diese freudig sei in der Hoffnung, stark in der Heiligsuchung, beharrlich im Gebet.“ Am späten Samstagsnachmittag zelebrierte Johannes Paul II. in der Kapelle seiner Sommerresidenz in Castelgandolfo eine Messe auf litauisch, die über Radio Vatikan auch nach Litauen ausgestrahlt wurde.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien. Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

Die Tatsache, daß der Papst das Scheitern seines Reiseplanes publik machte, sei ein Zeichen für die Schwäche der Sowjets. Die Sowjets seien in der Lage, die Litauer zu verfolgen, aber nicht, die Litauer zu befreien.

DER KOMMENTAR

Das Machtwort

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Da empört sich Honeckers Parteiblatt „Neues Deutschland“. Herr Dregger wußte, was er tat. Und schon ergießt sich bei uns über Land und Leute melodramatisch die Kommentatoren-weise: Wie entsetzlich, Dregger wußte, was er tat! Wäre dem Chef der Unionsfraktion die Dummheit zuzutrauen, mit seinem schneller aus der Hüfte geschossen als nachgedacht zu haben, so könnten wohlmeinende Politiker und Kommentatoren das Ganze als einen Betriebsunfall aus „menschlichem Versagen“ deuten. Doch Dregger ist von anderem politischen Kaliber. Er weiß in der Tat, was er tut.

Man darf davon ausgehen, daß Dregger als Spitzenpolitiker der Koalition über eine vertrauliche Information verfügte, als er das Interview gab. Die Information lautete: In Ost-Berlin wird es für immer unwahrscheinlicher gehalten, daß Honecker am 26. September die Besuchsreise antritt. Für den Fall, daß Ost-Berlin mit diesem Omdir der Bundesregierung Daumenschrauben anlegen wollte, sagte in guter Arbeitsteilung der Fraktionschef das Selbstverständliche: Unsere Zukunft hängt wahrhaftig nicht davon ab, ob Honecker kommt oder nicht.

Aber offensichtlich befindet sich unser Medienland in einem

Gemütszustand, der es nicht erträgt, wenn über den Mauerbauer Honecker das Selbstverständliche gesagt wird. Die Medien erzeugen einen Rückstoß in die Regierung und die Union hinein, so daß am Wochenende der Eindruck entstand, die Neumalklugen, die Deutschlandpolitik mit Augenzwinkern betreiben, gingen jetzt dem Fährlein der Aufrechten an die Kehle. Man kann sich vorstellen, mit welchem hellsichlichen Vergnügen die Politprofis in Ost-Berlin den Bonner Kindergarten betrachten. Sie finden das so köstlich, daß sie das Schauspiel gern in die Länge zögen; jedenfalls verbreiteten sie flugs das Gerücht, Honecker werde den Besuch bis nach der Reagan-Wahl verschieben.

Gottlob betritt in diesem Augenblick der Bundeskanzler wieder die Bonner Bühne. Gestern abend sprach er sein Machtwort: Das Interview Dreggers ist als Zeugnis felsenfester Einigkeit aller in der Regierung und aller in der Union zu interpretieren, basta! Vielleicht hat der Kanzler damit in Bonn Kapazitäten freigesetzt, darüber nachzudenken, ob es tatsächlich der Sinn des ganzen Ost-Spektakels ist, den Honecker-Besuch bis nach den Wahlen in Amerika zu verschieben. Gewiß weiß Gromyko in Moskau dafür eine Menge Gründe.

„Kohl ist ein erstklassiger Bundeskanzler“

DW. Hamburg

Heiner Geißler hat der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, geüht. In einem Interview des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ erklärte Genscher, wer Verbesserungsvorschläge unterbreiten wolle, sollte das „offen, ehrlich, mit offenem Visier“ sagen, aber sich nicht an öffentlichen Rummelgelei beteiligen. Selbstprofilierung zu Lasten des Kanzlers und der Regierung seien „höchst schädlich“ und bedürften der „schärfsten Zurückweisung“. Genscher bezog sich mit diesem Äußerungen auf öffentliche Kritik Geißlers an dem seiner Ansicht nach schlechten Management im Kanzleramt.

Nach seinen Worten werden „zu Unrecht Vorwürfe gegenüber dem Bundeskanzler und Kanzleramt“ erhoben. Die Kritiker sollten lieber den Kanzler und die Regierung unterstützen. „Das Schreckenberger-Schreckenmagel“ erscheint mir bei einigen so, als ob man den Sack schlägt und den Esel meint“, sagte Genscher. Er sei der Ansicht, daß „Helmut Kohl ein erstklassiger Bundeskanzler“ ist.

Zum Klima innerhalb der Koalition äußerte Genscher, das Regierungsbündnis finde sich „zunehmend“. Er sei entschlossen, zusammen mit dem Bundeskanzler, „für einen neuen Anfang einzutreten und die Erwartungen zu erfüllen, die die Wähler haben“. Nur diese Mehrheit werde in der Lage sein, eine Regierungsübernahme der Grünen und der SPD zu verhindern.

Saudis: Unsere Routen im Golf sind frei von Minen

Suchaktion vor dem Ende / Libyen attackiert westliche Staaten

DW. Riad

Die Minensuchaktion in den saudi-arabischen Gewässern des Roten Meeres ist ergebnislos verlaufen. Die saudische Presseagentur zitierte einen Beamten des Verteidigungsministeriums mit den Worten, alle von der Handelsmarine und Pilgerschiffen benutzten Routen seien frei von Minen. Die Suchaktion französischer Schiffe und amerikanischer Hubschrauber näherte sich dem Ende. Minen seien nicht gefunden worden. Verdächtige Objekte auf dem Meeresboden seien keine Minen gewesen. Die Suche hatte vor anderthalb Wochen im Hafen von Dschidda nach einer Serie von Unterwasser-Explosionen begonnen.

Im Golf von Suez und in den übrigen Teilen des Roten Meeres sind die Minenräumer ebenfalls noch nicht fündig geworden. Morgen sollen italienische Einheiten ins Rote Meer einlaufen und sich der multinationalen Aktion anschließen, an der neben den USA und Frankreich auch Großbritannien sowie Ägypten beteiligt sind. Ägypten hatte sich laut Außenmi-

nister Esmat Abdel Megid um eine Gipfelkonferenz der an Rote Meer grenzenden Staaten bemüht. Bisher blieb die Initiative ohne Erfolg. Ziel sollte es sein, gemeinsame Maßnahmen zum Schutz der Schifffahrt in dem bedrohten Gebiet auszuarbeiten, in dem seit 9. Juli 18 Schiffe durch Minen beschädigt wurden.

Libyen sei seitens der den westlichen Staaten vorgetragenen, unter dem Vorwand der Minensuche das Rote Meer in ihren Herrschaftsbereich einverleiben zu wollen. Die libysche Nachrichtenagentur Jana schrieb, eine multinationale Kriegsflotte belagere das Gebiet unter dem Deckmantel der Minensuche, um die völlige Besetzung vorzubereiten. Die Entsendung des Flugzeugträgers „America“ ins Rote Meer bekräftige die Absicht der amerikanischen Regierung, diese strategische Region zu beherrschen, die in eine Einflusszone der USA und des Westens verewandelt werden soll. Die Agentur wiederholte die Darstellung der libyschen Regierung, nach der die Minen von den USA selbst gelegt worden seien sollen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ohrfeige für Palme

Von Reiner Gatermann

Ein sowjetisches Jagdflugzeug verfolgt über der Ostsee ein schwedisches Passagierflugzeug mit 276 Personen an Bord. Nach einer Flugstrecke von rund 30 Kilometern dringt es 28 Kilometer weit in den schwedischen Luftraum ein und überfliegt die Insel Gotland. All das verfolgt die militärische Flugüberwachung auf dem Radarschirm.

Dennoch ist die sozialdemokratische Regierung in Stockholm nicht bereit, einen handfesten Protest nach Moskau zu schicken. Man begnügt sich mit einem mündlichen Hinweis, der „sehr ernst“ gemeint ist, aber nur vom Osteuropa-Beamten des Außenministeriums vorgetragen wird, und wünscht eine Erklärung. Mehr nicht.

Eine weitere Tatsache: Die schwedische Bodenstation alarmiert die Flugbereitschaft, zwei Jäger vom Typ Draken steigen auf, sie benötigen jedoch acht Minuten, um Gotland zu erreichen. Sie kommen zu spät. Erklärung des Verteidigungsstabes: Man könne nicht zu jeder Zeit überall sein.

Einige Fragen stellen sich: Muß erst ein schwedisches Flugzeug mit Gewalt vom Himmel geholt werden, damit die Regierung energisch wird? So wie 1952, als die Sowjets über der Ostsee eine Militärmaschine abschossen und acht Personen umkamen? Ferner: Wie ist es um die militärische Bereitschaft bestellt? Nach dem U-Boot-Debakel kamen auch von der Luftwaffe Hinweise, daß man die Grenzen nicht ausreichend überwachen könne. Und schließlich: Was bezwecken die Sowjets?

In einer Zeit, in der im Stockholmer Außenministerium heftig diskutiert wird, ob man die Tür nach Moskau wieder öffnen oder einer härteren Linie folgen soll, lassen die sowjetischen Militärs eine derartige Provokation zu. Wollen sie zeigen, wie man mit Staaten umgeht, die von „Friedenspolitikern“ vom Schlage Palme regiert werden?

Übrigens: Der Verfolger der Scanair-Maschine war ein Jäger vom Typ SU 15. Ein Flugzeug desselben Typs schoß am 1. September 1983 ein südkoreanisches Passagierflugzeug mit 269 Menschen ab. Eben noch hat das Deutsche Fernsehen versucht, seinen Zuschauern einzureden, daß die KAL 007 doch ein Spionageflugzeug gewesen sei. Vielleicht erklärt es uns demnächst, was die schwedische Maschine über ihrem eigenen Land ausspioniert haben mag.

Angst vor einem Pilger

Von Friedrich Meichsner

Moskau hat dem Papst die Einreise nach Litauen verweigert. Die Weltmacht schirmt sich gegen den Mann ab, über dessen Stärke sich Stalin einst noch lustig machte mit der Frage, wie viele Divisionen denn der Papst habe.

Daß man im Kreml diese „Divisionen“ längst nicht mehr als quantität négligable betrachtet, ist spätestens seit dem ersten Besuch Johannes Pauls II. in seiner polnischen Heimat und der darauffolgenden Explosion der „Solidarität“-Bewegung bekannt. Daß aber Moskau die Blamage in Kauf nimmt, die ihm die Aussperung des päpstlichen Wallfahrers weltweit einbringt, zeugt doch von erstaunlicher innerer Schwäche. Offenbar fürchtet die alte Garde um Tschernenko den polnischen Bazillus mehr als die amerikanischen Pershing 2; anscheinend meint sie, daß dagegen keinerlei ideologische Überrüstung Schutz zu bieten vermöge.

Litauen ist ein kleines annektiertes Randgebiet des immensen Sowjetreiches. Sein katholischer Bevölkerungsteil macht nicht einmal ein Prozent der sowjetischen Gesamtbevölkerung aus. Zwar gab und gibt der national orientierte Widerstand gegen die Zwangssowjetisierung und Russifizierung dem Kreml auch in Litauen, wie in den baltischen Schwesterrepubliken Lettland und Estland, immer wieder Probleme auf. Bisher wurden diese aber noch stets – meist mit den Mitteln rücksichtsloser Repression – gelöst. Eine Blöße nach außen brauchte man sich deshalb kaum zu geben.

Jetzt aber gibt man sich diese Blöße in einem Bereich, der nach offizieller sowjetischer Lesart eigentlich gar nicht mehr existiert: auf kirchlich-religiösem Gebiet. Außerhalb des sowjetischen Machtbereichs – aber auch im Innern von Litauen über die kirchlich zwangsunierte Ukraine bis Polen und die anderen Oststaaten mit katholischer Bevölkerung – kann diese Demonstration der Schwäche nicht unbemerkt bleiben. Sie ist ideologisch enthehlend, aber auch gefährlich. Deutet sie doch darauf hin, daß die Nachfolger Stalins dazu neigen könnten, gegen die imaginären Divisionen des Papstes notfalls auch ihre realen Divisionen aufzubieten.

Gegen Klassen-Lehrer

Von Günter Friedländer

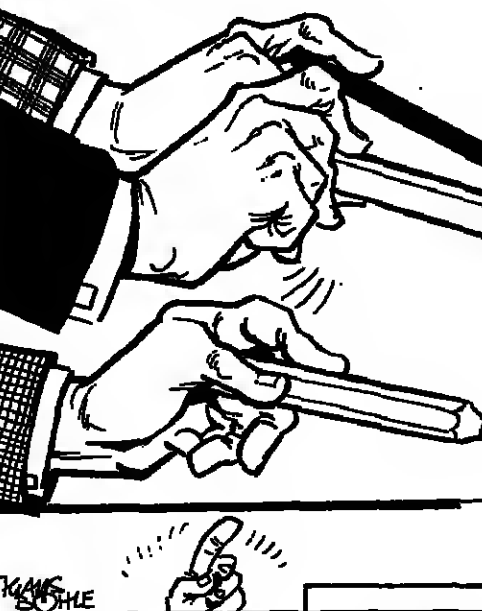
Der überraschenden Reise des Kardinals Ratzinger nach Kolumbien war die Veröffentlichung seiner Verurteilung von Auffassungen der „Theologie der Befreiung“ vorangegangen. Die Reise diente dem Gespräch mit Kardinal Lopez Trujillo, dem Vorsitzenden der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz (Celam), offenbar im Zusammenhang mit der geplanten Papstreise nach Dominica, anlässlich der dort im Oktober stattfindenden Celam-Tagung.

Eingeweihte sprechen allerdings von einer bevorstehenden päpstlichen Verurteilung der Befreiungstheologie. Das scheint die Veröffentlichung eines päpstlichen Briefes an afrikanische Bischöfe im „L'Osservatore Romano“ zu bestätigen, in dem der Papst von der „selbstverständlichen Solidarität der Kirche... mit den Opfern ungerechter sozialer und wirtschaftlicher Strukturen“ spricht und dann sagt: „Wie diese Solidarität in die Wirklichkeit übertragen wird, kann nicht von einer Analyse diktiert werden, die von der Unterscheidung der Klassen und dem Klassenkampf ausgeht.“

Die Theologie der Befreiung trat in den sechziger Jahren in Lateinamerika ins Leben, als Laien und Kleriker ihre religiösen Überzeugungen in den Dienst der sozialen Bewegungen zu stellen suchten. Sie fand 1968 die Anerkennung der marxistischen Revolutionäre, als Fidel Castro in der Schlussrede des „Kulturkongresses“ von Havana vor dessen fünftausend Delegierten die Resolutionen der Katholiken analysierte und in diesem Zusammenhang davon sprach, daß „wir sehen, wie Gruppen des Klerus revolutionäre Kräfte werden“.

Die im selben Jahr abgehaltene Lateinamerikanische Bischofskonferenz von Medellin fand keine unmißverständlichen Antworten auf die neuen Fragen. Erst spätere Tagungen zogen sich unter dem Einfluß von Lopez Trujillo von den Befreiungstheologen zurück. Nun fordern die Verfolger der Kirche und der Ungehorsam der Priester in Nicaragua, die ihre Ministerposten nicht aufgeben wollen, eine Entscheidung des Vatikans. Dabei mögen auch dessen neue diplomatische Beziehungen zu den USA eine Rolle spielen.

Von diesem Besuch hängt die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland ab!!!



„Hundertmal abschreiben, Alfred!“

BESUCHT!



KLAUS BÖHLE

Der Hammer und die Steuer

Von Enno v. Loewenstern

Zwei Tage lang erdröhte das Blachfeld zwischen Tours und Poitiers, als achtzigtausend arabische Panzerreiter wieder und wieder gegen die fränkischen Verschanzungen am Rande des Feldes antritten. Pfeilhagel abschossen und schril den Zorn des Allmächtigen auf die Ungläubigen herabfließen. Zwei lange, nervenzerreißende Tage stand das angriffsstärkste Kriegsvolk Europas hinter seinem Lanzenvall, zurückgehalten von der eisernen Faust des fränkischen Hausmeiers Karl. Am 25. Oktober 732 war es dann Abdurrahman, der Statthalter von Cordoba, der die Nerven verlor; er gab die bewährte arabische Taktik des Herauslockens auf und befahl die Attacke. Sie scheiterte; Abdurrahman fiel und nur ein Häuflein Geheitzter fand den Weg zurück über die Pyrenäen. Grenzenloser Jubel aber empfing die staubigen und blutverkrusteten Sieger in Tours; tränenerfüllte Priester grüßten Karl mit dem Beinamen „Martell“ (Hammer) und hießen ihn den Retter der Christenheit.

Wie aber flossen die Tränen erst, als der Retter der Christenheit mitteilte, zur Feier des Sieges werde er den gesamten kirchlichen Grundbesitz beschlagnahmen!

Dem Heiligen Petrus haben seine fränkischen Schäflein viel Kummer bereitet; insbesondere der Umgang des zynischen Merowingerkönigs Chilperich I. mit Rechten und Vermögen der Kirchen veranlaßte Bischof Gregor von Tours zu ganz anderen Beinamen („Nero“, „Heredes“). Einen Zugriff wie den Karl Martells freilich hat es vorher und nachher nicht gegeben. Aber was konnte man gegen den Retter der Christenheit unternehmen!

Der Enkel des Hammers, Karl der Große, entschädigte die Kirche durch Einführung des Kirchenzehnten, wodurch die Beschlagnahme zur „Leihe“ umgedeutet wurde. Der Zehnt hatte ein Jahrtausend Bestand, bis er durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 aufgehoben wurde, mit der Maßgabe, der Kirche für diesen und andere Verluste der Säkularisation Ersatz zu leisten. So entstand die Kirchensteuer von heute.

An Mitteln hat die Kirche dadurch nichts eingebüßt, sie ist wohl eher besser gestellt worden. Das Problem lag woanders, und Karl Martell hat es nicht gelöst.

Man mag die Priester verdammend ansehen: Seine Krieger seien größtenteils Landlose und Enterbte; nicht nur gebühre ihnen Lohn für die Rettung der Christenheit, sondern sie müßten auch ausreichend ausgestattet werden, um ihrerseits gepanzert hoch zu Ross antreten zu können, falls wieder der Heerbann gegen die Panzerreiter Mohammeds einberufen werden müßte. Tatsache ist, daß damals bereits ein riesiger Teil des Frankenreiches – manche Historiker meinen: ein Drittel – in kirchlicher Hand lag. Der Hammer hatte die Gefahr erkannt, ein Hausmeier ohne Haus und Hof zu werden.

Man mag die Priester verdammend ansehen: Seine Krieger seien größtenteils Landlose und Enterbte; nicht nur gebühre ihnen Lohn für die Rettung der Christenheit, sondern sie müßten auch ausreichend ausgestattet werden, um ihrerseits gepanzert hoch zu Ross antreten zu können, falls wieder der Heerbann gegen die Panzerreiter Mohammeds einberufen werden müßte. Tatsache ist, daß damals bereits ein riesiger Teil des Frankenreiches – manche Historiker meinen: ein Drittel – in kirchlicher Hand lag. Der Hammer hatte die Gefahr erkannt, ein Hausmeier ohne Haus und Hof zu werden.

Die Organisation selber, die mit einem Zehnmilliarden-Etat rechnet und ein Achtel davon verlieren soll, sagt zwar nicht „Nero“ und „Heredes“, aber sie fragt, wie sie ihre Arbeitsverträge und ihre Kindergärten weiterführen soll. Auch Geistliche jedoch verweisen darauf, daß die Kirche in Mitteldeutschland und anderswo höchst aktiv durch freiwillige Spenden lebt – staatsuntergrabende Landumschichtungen gibt es heute ohnehin nicht mehr –; während sich mehr und mehr Gläubige diesseits der Elbe über von ihnen zwangsfinanzierte Politpuffen ärgern. Doch auch diese sind nur der krasseste Vorgrund: Muß das nicht so und schlimmer kommen, wird eine Kirche nicht unvermeidlich kalt und fremd, wenn sie weniger von der Aktivität ihrer Gemeindeglieder lebt als von der Vollstreckung in deren Lohnkette?



Er legte den Grund der Kirchensteuer: Karl der Große. FOTO: DEWELT

Da stimmt die Erinnerung nachdenklich, daß die Mutterreligion des Christentums sich eben nicht durch ihre Priester behauptete, sondern durch ihre Propheten und ihre Schriftgelehrten. Unsere Amtspriester sollten sich fragen, warum Isaak die Hand segnend auf das Haupt seines Zweitgeborenen Jakob, genannt Israel, legte und jene abwehrte, die ihn auf seinen Erstgeborenen zu lenken suchten: „Ich weiß, ich weiß.“ Nicht der Kassierenden Kirche, sondern der Betenden Kirche gehört die Zukunft und das Reich.

Die Organisation selber, die mit einem Zehnmilliarden-Etat rechnet und ein Achtel davon verlieren soll, sagt zwar nicht „Nero“ und „Heredes“, aber sie fragt, wie sie ihre Arbeitsverträge und ihre Kindergärten weiterführen soll. Auch Geistliche jedoch verweisen darauf, daß die Kirche in Mitteldeutschland und anderswo höchst aktiv durch freiwillige Spenden lebt – staatsuntergrabende Landumschichtungen gibt es heute ohnehin nicht mehr –; während sich mehr und mehr Gläubige diesseits der Elbe über von ihnen zwangsfinanzierte Politpuffen ärgern. Doch auch diese sind nur der krasseste Vorgrund: Muß das nicht so und schlimmer kommen, wird eine Kirche nicht unvermeidlich kalt und fremd, wenn sie weniger von der Aktivität ihrer Gemeindeglieder lebt als von der Vollstreckung in deren Lohnkette?

Da stimmt die Erinnerung nachdenklich, daß die Mutterreligion des Christentums sich eben nicht durch ihre Priester behauptete, sondern durch ihre Propheten und ihre Schriftgelehrten. Unsere Amtspriester sollten sich fragen, warum Isaak die Hand segnend auf das Haupt seines Zweitgeborenen Jakob, genannt Israel, legte und jene abwehrte, die ihn auf seinen Erstgeborenen zu lenken suchten: „Ich weiß, ich weiß.“ Nicht der Kassierenden Kirche, sondern der Betenden Kirche gehört die Zukunft und das Reich.

Vieles wirkt zusammen, ehe uns der Boden wegkippt

Zum Papier des Bundesinnenministeriums / Von Dankwart Guratzsch

Noch ist es nicht viel mehr als eine dunkle Ahnung: Das Ökosystem Boden in der Bundesrepublik gerät unmerklich aus dem Gleichgewicht. Vor wenigen Monaten hat der emeritierte Direktor des Max-Planck-Instituts für Landarbeit und Landtechnik, Gerhard Preuschen, eine Fülle von Anhaltspunkten in dem Resümee zusammengefaßt: Vom Süden Österreichs bis zum Norden Dänemarks habe die Verdichtung der Böden dramatisch zugenommen, während das Bodenleben und die Wasseraufnahmefähigkeit stark zurückgegangen seien.

Die Folgen beschrieb der Wissenschaftler so: oberflächlicher Abfluß des Regenwassers, Trockenheit unterhalb dreißig Zentimetern in der Erde, damit also kaum noch „Durchsatz“ zum Grundwasser, schließlich Wurzelarmut der Pflanzen. Seine Schlussfolgerung: Schon in zwei bis drei Jahren könne es, parallel zum Sterben der Wälder, auch zu einem Sterben von Nutzpflanzen, zum Beispiel der Gerste, kommen.

Die apokalyptische Vision hat, ähnlich wie die ersten Warnungen vor dem Wäldersterben 1979, in der Öffentlichkeit kaum Beachtung gefunden. Das „Kippen“ eines Ökosystems, verursacht durch eine schier unübersehbare Vielzahl von Einflüssen, ist ein Vorgang, der sich dem Vorstellungsvermögen weitgehend entzieht.

Nun allerdings liegt die erste offizielle Bewertung der Veränderungen des Bodens vor: der „Entwurf zu einer Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung“. Die mehr als 150 Seiten umfassende Dokumentation aus dem Bundesinnenministerium stellt die Diskussion über dieses Ökosystem auf eine völlig neue Basis. Die Autoren nennen den Boden „zusammen mit Wasser, Luft und Sonnenlicht eine Grundlage allen Lebens und ganz überwiegend Ausgangs- und Endpunkt menschlicher Aktivitäten“. Warnungen wie die des Emeritus Preuschen stehen von nun an nicht mehr als isolierte Meinungen im Raum, sondern erhalten eine neue Aussagekraft.

In dem Schriftsatz wird die Bundesrepublik als „eines der Länder mit der weitaus höchsten Umwelt- und Ressourcenbelastung“ in der Welt beschrieben. Im Vergleich zu anderen Ländern fehlen hier größere „Regenerationsräume“ der Natur. Die Umweltbeanspruchung wirke sich nicht mehr nur wie früher im lokalen Umkreis der Verschmutzungsquellen aus, sondern erstreckte sich „auf das gesamte Bundesgebiet“.

Für alles das werden konkrete Zahlen genannt: Millionen Tonnen Schmutz regnen jährlich auf die deutsche Erde. Milliarden Kubikmeter Abwässer werden in Gewässern gepumpt und mehr als 80 Millionen Tonnen Abfälle aufgehäuft. Die Landwirtschaft bringt zusätzlich mehr als drei Millionen Tonnen Handelsdünger aus, zu schweigen vom Sprühfeuerwerk der Insektengifte und Unkrautmittel. Auch die freie Landschaft selber wird verbackstükt. Wohn- und Gewerbegebiete verschlingen Jahr für Jahr 28 500 Hektar Land, Straßen und Schienen legen über „0

IM GESPRÄCH Bokassa

Der Mörder als Fälscher

Von Heinz Barth

Sie nannten ihn den „Napoleon Afrikas“. Die Ironie des Titels blieb niemandem verborgen außer ihm selber. Seit er vor sieben Jahren nach dem von ihm verehrten Vorbild des großen Korsen sich die Krone aufs Haupt gestülpt hatte und in goldener Karosse zur Krönungsmesse in seiner Hauptstadt Bangui gefahren war, hat Jean Bedel Bokassa, der ehemalige Unteroffizier der französischen Armee, einen tiefen Sturz getan. Einen Sturz, so beschämend und lachhaft, als habe ein wiedererstandener Mörlere den ehemaligen „Kaiser“ Zentralafrikas für eine Komödie der Entkolonialisierung ersonnen – nur die Begleitumstände sind so grauenvoll für Mörlere.

Der letzte Akt spielt in Hardcourt, einem Schloß dreißig Kilometer westlich von Paris, das sich Bokassa in seiner Glanzzeit zugelegt hatte. Einer aufmerksamen Gemeindeangehörigen in der nahen Kreisstadt waren die Fotos aufgefallen, die dem Paß-Antrag eines angeblichen „Alger-Franzosen“ namens Abdel Kader beilagen. Sie waren nicht von dem Antragsteller, sondern von einem „Freund“, dem Schlächter Petaux, eingereicht worden und wiesen eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem in der Gegend wohlbekannten Schloßherrn von Hardcourt auf.

Nachdem die nicht besonders raffiniert ausgedachte Fälschung entdeckt war, ließ der Ex-Monarch verurteilen, er fühle sich in Frankreich wie im Gefängnis. Er seine sich zurück zu seinen „Untertanen“ im fernen Afrika. Das mit dem Gefängnis hat durchaus seine Richtigkeit. Denn die französischen Behörden haben über den exilierten Herrscher ein strenges Ausgehverbot verhängt – nach allen mit ihm gemachten Erfahrungen keine überraschende Maßnahme. Nachdem sich Bokassa 1976 selber zum Kaiser ausgerufen hatte und im Jahr darauf mit ungeheuerlichem, von Frankreich bezahltem Aufwand krönen ließ, nahmen Korruption, schamlose Ausbeutung und grausame Will-



Possenreißer in einer blutigen Komödie: Bokassa. FOTO: DPA

klir in einem der ärmsten Länder Afrikas bald unerträgliche Formen an. 1979 wurde er, außer Landes bei einem Lihyen-Besuch, gestürzt und später zum Tod verurteilt. Ihm wurde die Ermordung von hundert Schülern vorgeworfen, deren Eltern sich geweigert hatten, teure, von einer Bokassa-Fabrik hergestellte Schuluniformen zu bezahlen.

Nach seinem Sturz ließ ihn Frankreichs Staatspräsident Giscard, der wiederholt seinen Einladungen nach Afrika gefolgt war, abrupt fallen. Bokassa verbrachte vier Jahre als unwillkommener Exil-Politiker an der Elfenbeinküste. Ein unbeholfen vorbereiteter und der Weltpresse im voraus bekannter Putschversuch, der ihn in Bangui wieder an die Macht bringen sollte, lieferte Houphouët-Boigny, dem Präsidenten der Elfenbeinküste, schließlich den ersuchten Vorwand, ihn nach Frankreich abzuschieben. Geschichte gemacht hat der Possen-Kaiser eigentlich nur einmal mit der Rache an Giscard, zu dessen Wahlniederlage er 1981 durch die Enthüllung der Diamanten-Affäre wesentlich beitrug. Jetzt beschließt er als Fälscher eines der dunkelsten Kapitel afrikanischer Politik.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Dreger's Änderung zum Honecker-Besuch beschädigt viele Zeitungen:

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Die christlichen Unionsparteien haben offensichtlich jene abrupte Schwenkung nicht in corpore mitvollzogen, mit der etwa Franz Josef Strauß sich über Nacht vom schärfsten polemischen Verfechter der Konfrontation mit dem SED-Regime in den eifrigsten Werber der Milliardenpenden für Honeckers Kasse verwandelt. ... Solche Behendigkeit, von einem Hauch Machiavelli begleitet, ist nicht jedermanns Sache, und so werden nun allmählich trotz Einigkeitserklärung unbefriedigte innere Differenzen offenbar.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Hier soll zum einen Honecker signalisiert werden, daß er den Pökel um das Reiseergebnis nicht beliebig lange fortsetzen und nicht überziehen darf. Und andererseits scheint den Fraktionsvorsitzenden, und das gewiß nicht ohne intime Kenntnis des Verhandlungsstandes, die Sorge unzutreiben, Bonn könnte in seinen Zugeständnissen an den SED-Chef weit über das hinausgehen, was dieses Treffen an politisch Vertretbarem bringen dürfte.

Süddeutsche Zeitung

Dreger vergriff sich nicht aus politischer Engherzigkeit oder Unbehol-

fenheit im Ton, er hat stören wollen. Daß seine Aktion überdies bestätigt, wie schlecht es um die Abstimmung zwischen der Führung von Regierung und Fraktion bestellt ist, steht auf einem anderen, schon eng beschriebenen Blatt. (München)

Bremer Nachrichten

Das ist eine Ohrfeige und hat mit Diplomatie nicht das geringste zu tun.

Rölnr Stadt-Anzeiger

Alfred Dreger, darf man vermuten, ist nicht etwa nur der Kraken geplatzt, weil er das aufgeregte Hin und Her in der Vorbereitungsphase für unangemessen und das manchmal ängstliche Rätselraten über das Zustandekommen des Besuchs für unwürdig hielt. Dreger wählt mit Bedacht und mehrfach Worte, die als Ausdruck von Verachtung und von Zweifeln an der Moralität des Besuchs schlechthin gewertet werden können.

WZ Westdeutsche Zeitung

Die schlagartige Empörung der DDR-Presse über Dreger wirkte wie ein Vorwand für eine Absage der Honecker-Reise. Inzwischen ist vor ihm ein detailliertes Reiseprogramm wie ein roter Teppich ausgebreitet worden. Aber Honecker läßt seine Gastgeber zappeln. (Düsseldorf)

Berlin – unser Gewissenszentrum

Von AXEL SPRINGER

Seit in den frühen siebziger Jahren eine „neue deutsche Ost-Politik“ eine Zauberkraft der Entspannung hühnen-wirksam vorgaukelte, ist so viel Zeit vergangen, daß viele Bürger sich schon gar nicht mehr daran erinnern, was damals alles für Berlin in Aussicht gestellt worden war: Eine Drehscheibe des West-Ost-Handels sollte die Stadt werden, ein internationales Luftverkehrskreuz, eine Brücke zwischen Ost und West, ein Zentrum partnerschaftlichen Ausgleichs – kurz ein neuartiges Blühen und Gedeihen unter der helfenden Hand einer gewandten sowjetischen Führung wurde verheißen.

Daraus wurde nichts. Die Träume erwiesen sich als Schäume. Allein in diesem Jahr gab es aus Moskau Proteste gegen ein Fußballspiel der Türkei in Berlin, gegen Berlin-Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gegen die Teilnahme der Berliner an den Europa-Wahlen und gegen die Berlin-Besuche des Bundespräsidenten. Der bisher letzte Streich war, daß auf Geheiß des Kreml die mündlich gegebene Zusage Ost-Berlins gebrochen wurde, in die von der Bundesregierung ausgehandelten bescheidenen Reiseerleichterungen auch die Bürger des freien Berlin einzubeziehen. Drei deutsch-sowjetische Verträge liegen seit langem auf Eis, weil Moskau sie nicht auch für Berlin gelten lassen will.

Es bleibt also dabei: Der politische Osten bedrängt und behindert Berlin nach wie vor. Daraus folgt die wichtige Erkenntnis, daß die sowjetische Führung und ihre Ostberliner Filialleitung sich der politischen, ja der historischen Bedeutung des freien Berlin voll bewußt sind. Immer wieder ist der Lehrsatz Lenins in Erinnerung zu rufen: „Wer Berlin hat, hat Deutschland, und wer Deutschland hat, hat Europa.“ Das Sowjetimperium handelt konsequent danach. Für die Schutzmacht Berlins, für den Senat von Berlin und für die deutsche Bundesregierung ergibt sich daraus die notwendige Einsicht, daß Berlin sich ohne das Wohlwollen Moskaus und gegen sein Übelwollen behaupten muß – aus eigener Kraft, in der Geborgenheit unserer Verbündeten und mit der tätigen Hilfe Bonn.

Es wäre eine gefährliche Illusion, aus dem Signalement der vorder-

gründigen Moskauer Zeitungspolemik auf irgendwelche Eigenständigkeiten oder auch nur Eigenwilligkeiten Honeckers zu schließen. Daß der gebürtige Saarländer sein nationales Herz entdeckt, sich in einen Gegensatz zum Kreml gebracht und sich vorgenommen habe, eine deutsch-deutsche Extratour – womöglich zu Gunsten Berlins – zu unternehmen, ist ein Hirngespinnst. Das Spiel ist abgekartet. Moskau hat andere Möglichkeiten, die SED-Führung zu disziplinieren als durch Zeitungs-kommentare. Vielmehr gibt dieses Täuschungsmanöver Honecker die Möglichkeit, seinen Bonner Gastgebern mit Hinweisen auf den Kreml Willen (oder Unwillen) die Grenzen seines Handlungsspielraums in der Pose des Bedauerns vor Augen zu führen. Fielen unsere Politiker darauf herein, dann würden sie als Hin- und hergewandene nicht nur ihre Verhandlungsziele verfehlen, sondern auch unsere Verbündeten irritieren.

Die Ost-Politik des Weißen Hauses ist realistisch und nüchtern. Schon

„Als wichtigste Voraussetzung für das Leben und Überleben Berlins in Freiheit gilt die unbeschädigte Treue unserer Verbündeten zu Berlin und die unsere ihnen gegenüber.“

gibt es in den USA Stimmen, die Besorgnis über deutsche Alleingänge auf Abwegen erkennen lassen. Man weiß in Washington sehr genau, daß, wo sich auch nur ein kleiner Spalt öffnet, die Sowjets ihren Keil hineinzutreiben versuchen würden. Antiamerikanische Strömungen der rigorosen Linken in Berlin – bis hin zu Gewalttätigkeiten – weckten entsprechende Hoffnungen im kommunistischen Osten. So gilt als wichtigste Voraussetzung für das Leben und Überleben Berlins in Freiheit die unbeschädigte Treue unserer Verbündeten zu Berlin und die unsere ihnen gegenüber.

Manches ist in der deutschen Politik und manche Politiker sind an Berlin vorbeigegangen, und einige sind nur vorübergehend in Berlin verantwortlich präsent gewesen. Allerdings hat die Festigkeit der ehemaligen und der künftigen Haupt-

stadt unseres Vaterlandes nicht nur die großen und dramatischen Krisen der Vergangenheit, sondern auch die Nachlässigkeiten und Versäumnisse deutscher Politiker kraftvoll überstanden. Doch ist Vorsicht geboten: Es gibt keinen Automatismus der Lebensfähigkeit Berlins, und fahrlässiger Umgang mit seinem Schicksal ist riskant.

Das gilt zum Beispiel für das schlimme Wort von der deutschen Frage, die nicht mehr offen sei. Wäre sie das wirklich nicht, dann müßte die gegenwärtige Wirklichkeit zugleich die unbefristet gültige sein. Die Antwort auf die „nicht mehr offene deutsche Frage“ wäre dann die definitive Teilung Deutschlands und Berlins, die endgültige Unfreiheit

unserer Landsleute drüben und das unrevierbare Unrecht, dem deutschen Volk als Ganzem gewaltsam seine Selbstbestimmung vorzuenthalten. Honeckers Loh für dieses Signal, mit dem aus der deutschen Nation eine „Resignation“ gemacht wurde, zeigt das Gewicht dieser Fehlleistung. Es geht hier nicht nur um Worte, auch nicht nur um Begriffe, sondern um Tatbestände und um künftige Wirklichkeiten.

Wenn Berlin nicht das Gewissenszentrum deutscher Politik bleibt, wenn seine politische, geistige und wirtschaftliche Kraft nicht immer wieder aktiv erneuert wird, droht die Gefahr der Erosion. Es bedarf daher keiner wirklichkeitsfremden Phantasie, wenn manche Bürger das Risiko

einer rot-grünen Mehrheitsbildung bei den nächsten Berliner Wahlen nicht mehr ausschließen zu können glauben. Was in Hessen bereits Realität geworden ist, das „rot-grüne“ Bündnis der Regierenden, ist dort ein Unheil – für Berlin wäre es die Katastrophe. Unsere Schutzmächte würden Berlin dann nicht mehr von einem verlässlichen Senat repräsentiert sehen, der Ruf der Stadt würde national und international verfallen, und es würde einen Exodus der Industrie geben, der zum wirtschaftlichen Exodus Berlins werden könnte.

Verfehle Berlin aber auf solche Weise, dann ließe das nicht ein regionales Drama. Die ganze Nation würde in Mitleidschaft gezogen, das freie Europa nähme Schaden und für Amerika ginge die wichtigste Manifestation seiner freiheitlichen Außenpolitik verloren.

Es soll hier nicht der Teufel an die Wand gemalt werden. In Berlin hat sich vieles in den letzten Jahren zum Besseren gewendet. Die Stadt lebt und ist mit einer spezifischen Kraft lebendig. Das zeigen nicht nur die Besucherströme, die in diesem Sommer besonders breit und stark die Stadt durchfluteten. Für alle, denen sich die politische, die wirtschaftliche und nicht zuletzt die kulturelle – in der Summe: die nationale – Unverwundbarkeit Berlins offenbart, bedeutet es nach wie vor ein Glück, in dieser Stadt zu leben. Präsident Reagan schrie in der WELT: „Berlin ist ein Triumph des menschlichen Geistes. Schnell begreift und bewundert ein Besucher den enormen Mut und die Ausdauer der Berliner. Sie überwinden Widrigkeiten immer noch durch Tapferkeit, Würde und Haltung.“

Die sich aufräuhende Besorgnis verschüttet also nicht die begründete Zuversicht. Berlin wird der Sowjetmacht nicht, wie der ehemalige Moskauer Botschafter Falin einmal sagte, wie eine reife Frucht in den Schoß fallen. Weil Berlin die Freiheit vorlebt und symbolisiert, wird es länger Bestand und größere Zukunftschancen haben als die Diktaturen, die es erdröseln wollen. Doch bedarf diese Zuversicht der täglichen Bewährung, der immer wieder erneuten Tat. Daher verständigt sich jeder Politiker, der Berlin buchstäblich „links liegen läßt“, an der ganzen Nation und an den Menschen der freien als auch der unfreien Welt.



Ronald Reagan, Friede und Axel Springer im freundschaftlichen Gespräch. Das Foto wurde am 18. Mai 1982 im Weißen Haus aufgenommen. Einen Monat später kam der amerikanische Präsident nach Berlin und bekräftigte die Garantien der USA für die Sicherheit und Lebensfähigkeit der Stadt. Seine Unterstützung des deutschen Wunsches nach Überwindung der Teilung des Landes hat Ronald Reagan wiederholt bekundet. Erst

vor wenigen Tagen erklärte er: „Wir betrachten das Abkommen von Jalta als Versprechen der drei Großmächte, in allen von den Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg befreiten Ländern die Unschönheiten voll herzustellen und freie demokratische Wahlen zu erlauben. Es gibt keinen Grund, die Sowjetunion oder uns selber von dieser Verpflichtung loszusprechen.“ FOTO: DFE WELT

Dissonanzen stören die Feiern zur Befreiung von Paris

Mit Glockengeläut, historischen Paraden, Ansprachen und Kranzniederlegungen feierte Paris den 40. Jahrestag der Befreiung. Eine Feier nicht ohne Dissonanzen.

Von H. WEISSENBERGER

Dies ist ein Jahr, in dem die Franzosen feiern. Ob alliierte Landung in der Normandie, Landung in Südfrankreich oder die Befreiung der Metropole, es wird sich erinnern, und es wird gefeiert. Doch in die Festfreude an diesem Wochenende mischten sich einige falsche Töne, die einmal mehr deutlich machten, daß selbst die Erinnerung an den Krieg und den Sieg die ungesunde Spaltung in Frankreich zwischen „links“ und „rechts“ nicht auslöschen kann.

Mehrere Zwischenfälle während der Feiern und die heftigen Polemiken in Zeitungen und Fernsehen über die Rolle, die die rivalisierenden Fraktionen des französischen Widerstands bei der Befreiung spielten, hinterließen einen peinlichen und bitteren Nachgeschmack.

Was zu einer Demonstration der Einheit in dem Kampf für die Freiheit werden sollte, ließ im Gegenteil erneut den unüberbrückbaren Graben erkennen, der seit den dunklen Tagen der Besetzung das politische Leben in Frankreich bis heute vergiftet. Wie in der Periode 1940-1944 standen sich auch an diesem Jahrestag die Gaullisten und die Kommunisten gegenüber.

Mitterrand fuhr an die Côte d'Azur

Der peinliche Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, daß Staatspräsident François Mitterrand, der an der Seite Ronald Reagans und Königin Elizabeth an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni teilgenommen hatte, bei den Feiern zum Jahrestag der Befreiung von Paris abschwand.

Der Präsident hatte sich in die Ferienresidenz der französischen Präsidenten im Fort Bregançon an der Côte d'Azur zurückgezogen. Ganz offensichtlich wollte Mitterrand nicht gemeinsam mit seinem politischen Gegner und möglichen Rivalen bei der nächsten Präsidentschaftswahl, Jacques Chirac, Chef der gaullistischen Partei RPR und Bürgermeister von Paris, auftreten.

Schon bei der Hochmesse in der Kathedrale Notre Dame, die der Pariser Kardinal-Erzbischof Lustiger am Samstag vormittag las, standen in zwei Bankreihen Chirac und die Gaullisten und in der anderen der sozialistische Ministerpräsident Laurent Fabius und die anderen Regierungsvertreter nebeneinander, ohne sich auch nur anzusehen. Fabius verschwand sofort nach Ende der Messe diskret, ohne Chirac die Hand gegeben zu haben.

Lustiger legte in seiner Predigt zudem auch noch den Finger auf die Wunde: „Vielleicht haben wir noch immer nicht gelernt zu vergeben, denn wir müssen noch lernen, einander zu lieben, die wir doch Kinder des selben Vaterlandes sind.“ Der ehemalige gaullistische Ministerpräsident Jacques Chaban-Delmas bemerkte – für die Umstehenden deutlich vernehmbar – gegenüber einer Ordensschwester, die ihm einen Stuhl brachte: „Beten Sie für mich, vor allem aber für Frankreich. Das Land hat es nötig.“

Bei der Kranzniederlegung vor der

Marmortafel am Bahnhof Montparnasse, die an die Übergabe der Stadt durch General von Choltitz erinnerte, wurde es noch schlimmer, als ein ehemaliger Widerstandskämpfer, der Kommunist André Tolle, in seiner Rede erklärte: „Erst beim Eintritt der Sowjetunion in den Krieg leuchtete das erste Licht der Hoffnung für diejenigen auf, die sich bis dahin von der Niederlage nicht erholten.“ Bei diesen Worten brach beinahe ein Tumult aus.

Eine ältere Frau, die Tolle zurief: „Sie tun so, als hätten die Kommunisten allein Paris befreit“, wurde von kommunistischen Sympathisanten bedroht. Ein Fahnenträger der ehemaligen 2. Panzerdivision wollte Tolle das Mikrofon entreißen. Zahlreiche andere Angehörige der 2. Panzerdivision von General Leclerc, die 1944 Paris einnahm, gingen protestierend davon.

Bei der imposanten Schlussfeier am Abend auf dem großen Platz vor dem Rathaus mit Zapfenstreich und Feuerwerk ertönten während der Ansprache des sozialistischen Verteidigungsministers Charles Hernu systematisch Pfeife und Buhrufe, sobald er den Namen „Mitterrand“ aussprach oder das Wort „Regierung“ vorkam. Noch lauter wurden die Proteste, als Hernu von der „siegreichen Schlacht für die wirtschaftliche Entwicklung“ sprach, die die Regierung „zusammen mit den Kämpfern für die Befreiung von Paris liefert“.

Wenn die alten Veteranen sich schon nicht einig sind, wen kann es wundern, daß die jüngeren Leute und vor allem die Jugend von diesen Querelen und diesem politischen Grabenkrieg nichts wissen wollen. Nicht ohne Grund wurde in den vergangenen Wochen in den Kreisen der Regierung offen und mit Besorgnis das Phänomen der „Ablehnung der Politik“ durch einen großen Teil der Bevölkerung diskutiert.

Ein alter Soldat und Haudegen, der General de Gaullebon, ehemaliger Generalstabschef von Leclerc, war es, der dieses Thema bei der Feier vor dem Rathaus aufgriff. „Die Widerstandskämpfer und die Soldaten des einstigen freien Frankreich von General de Gaulle müssen diejenigen, die heute der Freiheit blasen gegenüberstehen, weil sie ihrer nie beraubt waren, lehren, daß wir bereit sein müssen, aufrecht stehend für die Freiheit zu sterben, lieber als auf den Knien liegend die Unfreiheit zu erdulden.“

Probleme auch in der französischen Provinz

Mit den Befreiungsfeiern und ihren innenpolitischen Aspekten wird Frankreich noch einige Monate lang beschäftigt sein: Von der Provence im Süden her wird seit Juli der Vormarsch der von Nordafrika und Italien aus gelandeten alliierten Truppen nachvollzogen. Auch dort konnten sich die Befreier von einst und politischen Gegner von heute nicht einigen. Statt die Landung in Cogolin in der Bucht von Saint-Tropez zu feiern, wo sie wirklich stattfand, wurde die Zeremonie ins 70 km entfernte Toulon verlegt.

Der Grund: Cogolin hat einen gaullistischen Bürgermeister, Toulon einen sozialistischen. Ministerpräsident Fabius wollte jedoch ebenso wenig wie Mitterrand in Paris an der Seite eines gaullistischen Bürgermeisters auftreten. Also feierte man in Toulon, wo der französische Oberbefehlshaber einige Tage nach der Landung sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. (SAD)

Ein Streik in den Häfen soll den Bergleuten helfen

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen droht Großbritannien vom Festland abgeschnitten zu werden. Zumindest was den Frachtverkehr über See betrifft. Ein neuer Streik der Hafenarbeiter – der den Ausstand der Bergleute untertreiben soll – hat begonnen.

Von WILHELM FURLER

In den wichtigen britischen Häfen Liverpool, Hull und London ruht seit dem Wochenende die Arbeit. Und auch in den zwölf wichtigsten schottischen Häfen wird kein Schiff mehr abgefertigt.

Damit wurde in diesen Häfen der Aufruf der Gewerkschaftsführer der britischen Hafenarbeiter zu einem landesweiten Ausstand – dem zweiten innerhalb von nur sechs Wochen – augenblicklich befolgt, noch bevor Abstimmungen für oder gegen einen Streik unter den Dockern der einzelnen Häfen abgehalten wurden.

Ausdrücklich erklärten die Delegierten der Hafenarbeiter, daß die

Streikaktion nicht den Passagier-Fahrverkehr treffen soll. Die Hafenarbeiter in den übrigen Häfen werden in den nächsten Tagen über den Streikaufruf abstimmen. Dabei ist gleich nach der Bekanntgabe des Streikaufrufs bekannt geworden, daß sich die Delegierten der beiden wichtigsten Häfen Großbritanniens, des größten Containerhafens Felixstowe bereits mit großer Mehrheit (78 zu 11) gegen einen Streikaufruf ausgesprochen hatten.

Beide Häfen, gleichzeitig die modernsten des Landes, gehören nicht dem sogenannten nationalen Hafenarbeitersystem an, das 78 Häfen einschließt und 70 Prozent des seewärtigen Außenhandels Großbritanniens abwickelt. Die Gewerkschaftsführung hofft nun, daß zumindest die 78 Häfen im Nationalen Hafenarbeiter-System den Streikaufruf befolgen werden. In Dover wird am Freitag und in Felixstowe am morgigen Dienstag auf Treffen der Gewerkschaftsmitglieder endgültig über einen Streik entschieden. In beiden Häfen wird aller Voraussicht nach die Arbeit fortgesetzt.

So war Dover auch beim letzten Dockers-Streik die erste Bastion, die

fiel, nachdem seit Tagen aufgehaltene und entsprechend aufgebrachte Lkw-Fahrer vom Kontinent gedroht hatten, die Hafenanlagen zu ruinieren. Nach Dovers Kapitulation kam es sehr rasch zu einer Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite, vor allem auch durch den Druck der Hafenarbeiter in Felixstowe, die mit einem Streik-Boykott drohten.

Wie vor sechs Wochen schon geht es auch diesmal nur um einen Vorwand. Als eigentlicher Anlaß wird in Großbritannien die Unterstützung des 25wöchigen Streiks der Bergleute und dessen Ausweitung auf andere Bereiche angesehen. Entsprechend sollen die anderen Zweige der Transportarbeiter-Gewerkschaft, nämlich Lkw- und Tanklastwagen-Fahrer sowie die Eisenbahner, in die Streikaktion einbezogen werden.

Vorwand für den diesmaligen Aufruf zum Dockersstreik ist eine Bagatelie. So weigern sich die Mitglieder der Transportarbeiter-Gewerkschaft schon seit langem, die zur Befreiung britischer Stahlwerke benötigte Kohle zu bewegen. Mit einer so erzwungenen Drosselung der britischen Stahlproduktion soll dem

Bergleuten-Streik mehr Nachdruck verliehen werden.

Der Massengutfrachter „Ostia“ wartete schon seit Tagen darauf, mit seiner Ladung von 95 000 Tonnen importierter Kohle für das schottische Stahlwerk Ravenscraig in den Stahlwerk-eigenen Hafen Hunterston einlaufen und die Kohle löschen lassen zu können. Doch die registrierten Dockers weigerten sich, die staatliche Stahlgesellschaft, die verzweifelt auf die Kohle wartete, um ihre Stahlföhrer weiter beheizen zu können, entschied daraufhin, die „Ostia“ ohne Schlepperhilfe in Hunterston einlaufen und ohne die Aufsicht registrierter Hafenarbeiter entladen zu lassen. Daraufhin sind diese und ihre schottischen Kollegen protestierend in den Ausstand getreten und haben zum Solidaritäts-Streik aufgerufen.

Die Auswirkungen auf die britische Wirtschaft sind in einem derart frühen Zustand noch nicht abzusehen, hängen aber in erster Linie davon ab, wie lange dieser Ausstand andauern wird. Geht es nur um wenige Wochen, lassen sich die Nachteile relativ leicht verkraften, wie der Dockersstreik vor sechs Wochen deutlich zeigte.

Doch eine längere Blockade des größten Teils der britischen Häfen könnte, so der britische Industrieverband, weite Teile der britischen Wirtschaft nach gar nicht langer Zeit zum völligen Stillstand bringen.

Betroffen würden zunächst vor allem Massen-Import-Rohstoffe wie Papier, Chemikalien, Metalle und Erz. Wenig später würde sich der Streik auch auf die Nahrungsmittelversorgung, auf Halbfertig-Erzeugnisse sowie auf Fertigprodukte auswirken.

Sollten so wichtige Häfen wie Felixstowe und Dover offen bleiben, könnte ein Teil der Fracht umgeleitet werden – vorausgesetzt, Lkw-Fahrer und Eisenbahner schieben solchen Versuchen keine Riegel vor.

Immer lauter werden inzwischen die Aufforderungen an die Regierung Thatcher, endlich aktiv in das Geschehen an der Streikfront einzugreifen. Premierministerin Thatcher sollte ihren Urlaub in der Schweiz abbrechen, verlangt der Verkehrsminister der Labour-Opposition. Die Weigerung der Regierung, in das Geschehen schlichtend einzugreifen, führe Großbritannien ins wirtschaftliche Chaos.

So können Sie die WELT abonnieren

1 Zustell-Abonnement

Die Zeitung wird durch Träger oder durch die Post zugestellt. Der Abonnementsvertrieb der WELT nimmt Ihre Bestellung entgegen.

2 Scheck-Abonnement

Die maßgeschneiderte Art des Abonnements für alle, die oft unterwegs sind und die ihr WELT-Exemplar jeden Tag dort haben wollen, wo sie gerade sind: Scheckhefte mit WELT-Gutscheinen für jeden Erscheinungstag, einzulösen bei jeder WELT-Verkaufsstelle im Inland. Wenden Sie sich an den Abonnements-Vertrieb der WELT.

3 Studenten-Abonnement zum Vorzugspreis

Als Student können Sie die WELT zum Vorzugspreis beziehen. Senden Sie Ihre Abonnementsbestellung bitte mit Immatrikulationsbescheinigung an den Abonnements-Vertrieb der WELT.

4 Auslands-Abonnement

Die Zeitung wird mit normaler Post oder mit Luftpost ins Ausland geschickt. Senden Sie Ihre Abonnementsbestellung bitte an den Auslandsvertrieb der WELT in Hamburg.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hamburg: Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36
Telefon (040) 347-1
Berlin: Kochstraße 50, 1000 Berlin 61
Telefon (030) 2591-1
Essen: Im Teichbruch 100, 4300 Essen 18 (Kettwig)
Telefon (02054) 1 01-1

Bitte informieren Sie mich

☐ über das Zustell-Abonnement durch Träger oder Post
☐ über das Scheck-Abonnement
☐ über das Vorzugs-Abonnement für Studenten, Schüler, Soldaten
☐ über das Auslands-Abonnement

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Beruf: _____
Datum: _____

Umweltfragen stärker im Blickpunkt

Das Umweltbewusstsein der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen Jahren offenbar erheblich zugenommen. Nach einer jetzt veröffentlichten Umfrage des Bonner Instituts für Umweltpolitik (IUP) lehnen 77 Prozent ein Wachstum der Wirtschaft, wenn es auf Kosten der Umwelt geht, ab. Bei der gleichen Umfrage vor sieben Jahren haben nur 60 Prozent diese Aussage unterstützt. Damals waren noch 24 Prozent für ein Wachstum ohne Rücksicht auf Umweltschäden, heute sind es 19 Prozent.

Ähnlich sieht es bei der Frage nach dem technischen Fortschritt aus und ob dieser auch um den Preis schädlicher Umweltfolgen voranschreiten solle; 69 Prozent votieren für die Rangfolge: Im Zweifel für die Umwelt und gegen neue Technologien. 1977 war noch nicht einmal die Hälfte (47 Prozent) für diese Abstufung gewesen. Aus den 32 Prozent, die damals noch eher auf den technischen Fortschritt setzten, sind inzwischen 25 Prozent geworden. Mit dem gewandelten Bewusstsein in Zusammenhang steht offenbar auch die Einschätzung der staatlichen Umweltpolitik: 75 Prozent sehen Defizite in den Aktivitäten für den Umweltschutz, 1977 waren nur 53 Prozent kritisch.

Zahl der Umsiedler aus UdSSR gesunken

Einen Appell, die Verfolgung ausreisewilliger Rußlanddeutscher einzustellen und ihnen die Möglichkeit zu geben, als nationale Minderheit zu leben, als nationale Minderheit zu bestehen, hat der Bundesvorsitzende der „Landmannschaft der Deutschen aus Rußland“, Franz Usselman, an die Sowjetunion gerichtet. Bei einer Gedenkfeier für die Deutschen in der UdSSR forderte Usselman in Frankfurt die Bundesregierung auf, sich intensiv um die Belange der Rußlanddeutschen zu kümmern. Nach Informationen der Landmannschaft erhalten zur Zeit durchschnittlich nur noch etwa 60 Ausreisewillige im Monat die Genehmigung für eine Umsiedlung in die Bundesrepublik Deutschland. Bis vor wenigen Jahren habe diese Zahl noch bei knapp 2000 gelegen. Wie der Vorsitzende der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGM) in Frankfurt, Reinhard Gnauck, berichtet, leben noch mehr als zwei Millionen Deutsche in der Sowjetunion, von denen viele in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen wollten.

Gewisse Schwierigkeiten im gegenseitigen Umgang zwischen Spätaussiedlern aus der Sowjetunion und anderen Bevölkerungsteilen der Bundesrepublik Deutschland scheinen im wesentlichen überwunden zu sein. Beim 6. Heimatkongress der Evangelischen Rußlanddeutschen sprach der Leiter der Aussiedlerarbeit beim Kirchenamt der EKD, Pfarrer Siegfried Springer (Hannover), von anfruchtlichen Mißverständnissen auf beiden Seiten, die jedoch inzwischen als ausgeräumt betrachtet werden könnten.

Worms fordert mehr Mut zur Erziehung

Die Wiedergewinnung von „Erziehung“ an den Schulen des Landes ist „der zentrale Auftrag in der Bildungspolitik“, für den die CDU in den kommenden Wahlkämpfen in Nordrhein-Westfalen eintreten will. In einer Fachtagung der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU verlangte der CDU-Oppositionsführer im Düsseldorf Landtag, Bernhard Worms, in Mönchengladbach, daß „die erziehende Schule die Scheu davor verliert, den engen Zusammenhang von Rechten und Pflichten wieder zu betonen“. „Was wir brauchen“, meinte Worms, „ist die öffentliche Anerkennung des Mutes zur Erziehung“. Die SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Johannes Rau habe diese Anerkennung verweigert. Die Union verstehe unter Erziehung „etwas fundamental anderes als jene Bildungsideologien, die mit dem Stichwort der antiautoritären Erziehung letztlich pädagogische Assozialität eingelehrt haben“. In der Schule müsse wieder bewußt werden, daß „erst Autorität Hilfe zum Erwachsenwerden ist“.

Ausländer flohen aus Abschiebehäft

Einer der sieben Abschiebehäftlinge, die am Samstag nachmittag bei einer Massenflucht aus der fast hundert Jahre alten Justizvollzugsanstalt in Wuppertal-Barmen ausgebrochen waren, ist wieder da: Knapp 24 Stunden nach dem Ausbruch wurde der 30-jährige Türke Hassan Saglam am Sonntag bei einer Freundin in Geseke (Kreis Lippe) festgenommen. Nach Angaben der Polizei leistete der Türke, der gemeinsam mit vier Landsleuten und zwei Jugoslawen geflohen war, bei seiner Festnahme keinen Widerstand. Die Ausbrecher hatten drei Wärter niedergeschlagen.

Staatsmanager in der Hansestadt arbeiten auf Schleudersitzen

VON UWE BAHNSEN

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und sein zum linken SPD-Flügel zählender Energieberater Jörg Kubbier halten derzeit in der deutschen Manager-Landschaft nach einem Mann Ausschau, dem sie die aus vielerlei Gründen zum betriebswirtschaftlichen Sorgenkind der Hansestadt gewordenen Hamburger Electricitätswerke (HEW) anvertrauen können. Gesucht wird der Nachfolger für den Ende Juni ausgetretenen langjährigen Vorstandsvorsitzenden Hans-Werner Oberlack, dem Dohnanyi und Kubbier de facto den Stuhl vor die Tür setzten, wenngleich sein Dienstvertrag „in gegenseitigem Einvernehmen“ vorzeitig aufgelöst wurde.

Oberlack hatte sich vor dem Hintergrund der jahrelangen energiepolitischen Auseinandersetzungen zwischen den SPD-Flügeln wie zwischen SPD und CDU zum Schluß zwischen alle Stühle gesetzt und sich dabei auch Blößen gegeben. Überkapazitäten des Unternehmens, die er sich



vorhalten lassen mußte, sind nicht zu bestreiten, waren aber sicher nicht die Folge von Fehlentscheidungen, die nur ihm allein anzulasten gewesen wären. Die Nachfolger-Suche gestaltet sich schwierig, denn so attraktiv ist die Position nicht.

Dafür ist das Anforderungsprofil hoch: Nach Dohnanyis und Kubbiers Wunsch soll es sich um einen erstklassigen Fachmann handeln, und auf dem energiepolitischen Kurs des Senats (Ausbau der HEW-Fernwärme, neue Heizkraftwerke, Rückzug aus Brokdorf) soll er sich auch bewegen. Wichtig ist, daß der Oberlack-Nachfolger ein positives Verhältnis zu den Gewerkschaften hat und zur Regierungspartei SPD, deren Mitglied er hingegen nicht unbedingt sein muß. Mit den führenden Politikern der beiden Parteien muß allerdings schon kooperieren können. Wenn diese Qualifikationsmerkmale sich in einem Energiewirtschaftler verbinden, dann wird der Senat gewiß auch bereit sein, ihn besser als Oberlack zu bezahlen – sein Gehalt wird dann dem Durchschnitt der Bezüge in den Vorständen der deutschen Energiewirtschaft entsprechen.

Hinzu kommt freilich – und das erschwert für Dohnanyi und Kubbier die Suche nach dem neuen Mann: Die Staatsmanager in der Hamburger Staatsbetriebe nehmen offensichtlich täglich auf Schleudersitzen Platz. Das ist keine Unterstellung, sondern die Quintessenz einer Entwicklung, die seit einhalb Jahren vom Senat und vor allem von Dohnanyi forciert wird:

Die Staatsunternehmen sollen den wirtschaftspolitischen Zielen der Senatspolitik stärker dienstbar gemacht werden, und dafür benötigt man größere Einwirkungsmöglichkeiten und gehorsame Vorstände.

Die ersten Staatsmanager, die das zu spüren bekamen, waren im vergangenen Jahr die beiden Chefs der Staatsreederei Hadag, Jens F.K. Jacobsen und Fritz J. Krüger, die im Juni 1983 von einem Tag auf den anderen aus den Diensten der Hansestadt ausschieden und dafür hohe Abfindungen kassierten. Außer Oberlack ist ihnen mittlerweile auch Hans-Joachim Hoerenz gefolgt, als Chef der Hamburg Messe und Congress GmbH ein „alter Fuhrmann“ im Messegewerbe. Er war ebenso wie Oberlack aus dem Rathaus lancierten öffentlichen Angriffen ausgesetzt und warf zwei Jahre vor Ablauf seines Vertrages das Handtuch. Er ging am 31. Juli, vier Wochen nach Oberlack. Man hatte ihm betriebswirtschaftliche Probleme der Hamburg Messe vorgeworfen, an deren Entstehung die sozialdemokratisch geführte Wirtschaftsbehörde und der Senat nicht unschuldig sind.

Zum Jahresende scheidet das technische Vorstandsmitglied der von Ex-Bürgermeister Helmut Kern (SPD) geleiteten staatlichen Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA), Wilfried Schmidt-Pathmann aus. Im Aufsichtsrat fand sich keine Mehrheit für eine Verlängerung seines Vertrages. Ebenfalls zum Jahresende geht der kaufmännische Geschäftsführer der Hamburger Wasserwerke (HWW), Helmut Berlin, der mit der allmächtigen Gewerkschaft ÖTV nicht zurecht kam. Der kaufmännische Geschäftsführer der Hamburger Gaswerke schließlich, der frühere SPD-Fraktionschef Ulrich Hartmann, sieht sich zunehmendem Druck Dohnanyis und Kubbiers ausgesetzt, zu tun, was er eigentlich für sachlich falsch hält. Hartmann hat massive Zweifel daran, ob das allein auf die HEW zugeschnittene Fernwärmeangebot des Senats eine Erhöhung der Gaspreise, die der Senat unter allen Umständen durchsetzen will, um damit indirekt die Steuererhöhungen zu erhöhen.

Vor allem dieser Konflikt zeigt exemplarisch, wie schwierig die Leitung eines Staatsunternehmens in der Hansestadt geworden ist: Senatsentscheidungen, Gewerkschaftspositionen, SPD-Parteiloyalität – nur in diesem Dreieck können sich wirtschaftlicher Sachverstand und Management-Erfahrung entfalten. Gerade das Beispiel Hamburger Gaswerke zeigt, daß dies eine Situation zu Lasten der Gehälterzahl ist. Es gab durchaus Gründe dafür, den Staatsunternehmen klare Vorgaben zu geben. Aber das hätte nicht nur schlüssige Konzeptionen für jedes einzelne dieser Unternehmen vorausgesetzt, sondern auch ein Programm für die Führung der Staatsbetriebe insgesamt.

Rau, Worms, Möllemann und der „Rheinländer“

Eine spaßige Diskussion mit politischem Hintergrund

GEORG BAUER, Oberhausen

Die beiden Bewerber um das Amt des Ministerpräsidenten bei den kommenden Landtagswahlen im März demonstrierten rheinische Gesinnung. Als eine kleine Gruppe jugendlicher Protestler bei einer „Jux-Diskussion“ über das Thema „Der Rheinländer als solcher“ in der Oberhausener Louise-Albert-Halle sich vor dem Podium aufbaute und mit meterhohen Transparenten dem Publikum den Anblick der Diskussionsrunde verwehrte, plauderten der sozialdemokratische Ministerpräsident Johannes Rau und sein Herausforderer, der CDU-Oppositionsführer im Düsseldorf Landtag, Bernhard Worms, munter hinter der „spanischen Wand“ weiter.

Nur dem dritten im Bunde, angezogen, die Freidemokraten zurück in den Landtag zu führen, riß der Geduldsfaden. Mit einem Satz sprang der sportliche Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, auf den Tisch und rief mit gezeigter Stimme ins Publikum: „Ich hoffe, daß der Zirkus bald aufhört. Ich will die Leute sehen, zu denen ich spreche.“

Doch auch diese energischen Worte retteten die verfahren Situation nicht. Aus der Sackgasse führte ein klärendes Wort der Kölner Mundartgruppe „De Höhner“. Sie wollten sich zwar nicht einmischen, so meinte einer von ihnen, aber rheinische Fröhlichkeit könne so nicht aufkommen. Die Demonstranten zogen ab, zumal ihnen die Spitzenkandidaten der Parteien versprochen hatten, nach der Runde noch eine Viertelstunde lang für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen. Und fast schien es so, als hätte sich der politische Gehalt dieser hochkarätigen Runde mit ihren Meinungen zum Rheinländer auf dieses kurze Zwischenpauschal erschöpft.

Doch nur Jux und Plauderei wurde es denn doch nicht. Ab und an blitzte

der Politiker auf. So etwa, als der rechtsrheinische Protestant aus dem Bergischen, Johannes Rau, seinem Kontrahenten Worms unter die Nase rieb, daß NRW jenseits der Grenze und der Herr Worms umbeben wollte. Der Prompt kontierte der Herausforderer, der linksrheinische Katholik in seiner konzilianten Art: Man müsse zu seiner rheinischen Art stehen und könne sie deshalb auch stärker betonen.

Charakterstudien auch beim Thema „Karneval“ Worms fühlte sich berufen, eine Lanze für seine Landsleute rund um die Karnevalshochburgen Köln und Düsseldorf zu brechen, als er den Ministerpräsidenten zu recht wies: „Wenn Sie nicht wissen, daß Karneval eine totemistische Sache ist, dann hat man nicht die richtige Einstellung dazu.“ Kurz zuvor hatte Rau die Fragwürdigkeit der rheinischen Frohnatur herausgestellt mit der Bemerkung: „Was ist das für eine Art von Scherz, bei dem durch einen Tusch bekanntgegeben wird, daß es einer war.“ Noch härter attackierte der Mann aus dem Bergischen die Karnevalisten, als er ihnen vorwarf, die Orden aus Rücksicht auf die Parteien nach dem politischen Proporz zu vergeben.

Und Möllemann? Der Freidemokrat mit Wohnsitz in Münster schenkte etwas in der Diskussion unterzugehen. Bis zu seinem 25. Lebensjahr habe er in Kalkar gelebt, dort, wo der Schnelle Brüder herkommt“, erklärte er. Im übrigen könne er sich noch gut daran erinnern, wie der Klerus in den fünfziger Jahren in den Massen die Gläubigen gemahnt habe, auch ja CDU zu wählen. „Das hat sich geändert“, so der Staatsminister. Doch heute habe man eine andere Form des politisch orientierten Theologens. Junge protestantische Theologen nähmen heute vor allem zur Sicherheitspolitik Stellung und erklärten, was richtig und was falsch sei.

Dregger und Ost-Berlin zum Besuch Honeckers „Ich unterstütze Kohls Deutschlandpolitik“

VON ALFRED DREGGER

In Bonn ist es nicht mehr ungewöhnlich, daß sich Diskussionen, die im wesentlichen aus Spekulationen bestehen, verselbständigen und dabei der ursprünglich diskutierte Text immer mehr in Vergessenheit gerät. Das ermöglicht zwar saftige Kommentare, dient aber nicht der Klärung politischer Tatbestände.

Ich verweise daher nochmals auf mein WELT-Interview vom 23. August 1984:

● In meiner Antwort auf die Frage, wie ich die publizistischen Breitsiten Moskaus und nun auch von SED-Chef Honecker auf Bonn bewerten würde, habe ich geantwortet: „Mit Gelassenheit“. Ich habe den zunächst von der SED, dann von der SPD und dann in Teilen der Presse als despektierlich empfundenen Satz angefügt, daß unsere Zukunft von diesem Besuch nicht abhängt. Dieser Satz enthält ein Stückchen Ironie. Diese bezieht sich nicht auf die Person des Generalsekretärs, sondern auf die Bedeutung seines Besuchs.

Im übrigen würde es den beiderseitigen Beziehungen gewiß dienen, wenn die SED-Politiker auf die bei ihnen üblichen humorlosen und unwürdigen Beschimpfungen der Bundesrepublik Deutschland und ihre führenden Repräsentanten – einschließlich des Bundeskanzlers – verzichten und die von mir gewählte

Form der leichten Ironie übernehmen würden.

● In meiner Antwort auf die Frage, ob der Besuch unter diesen Umständen überhaupt vertretbar sei, habe ich unser Interesse an diesem Besuch mit zwei Feststellungen bekräftigt:

a) Der Besuch solle gut vorbereitet werden.

b) Neben den von uns gewünschten Themen „Mehr Freizügigkeit und mehr Umweltschutz in Deutschland“ würden wir selbstverständlich auch auf die Gesprächswünsche von Herrn Honecker eingehen.

In einem Interview, das ich am selben Tage wie der WELT dem ddp-Fernsehen für eine Sendung im Kabelprojekt Ludwigshafen gegeben habe, das aber erst zwei Tage später ausgestrahlt wurde, habe ich dies durch den Satz unterstrichen, Herr Honecker sei – wenn er komme – willkommen, insbesondere dann, wenn dabei etwas für die Menschen in Deutschland herauskomme.

● Meine Feststellung, die Verhältnisse in Deutschland seien noch nicht so, daß sie auf höchster protokollarischer Ebene gefeiert werden könnten, entspricht leider nach wie vor den Realitäten im geteilten Deutschland.

Abschließend: Ich unterstütze die erfolgreiche Deutschlandpolitik des Bundeskanzlers. Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, werden sie auch in Zukunft als loyale und kritische Partner der Regierung begleiten.



Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger steht im Mittelpunkt der Kritik aus Ost-Berlin. FOTO: JUPP DARCHINGER

Bereitet SED-Führung Absage des Besuchs propagandistisch vor?

hrk, Berlin

In Ost-Berlin kursiert das Gerücht, maßgebliche Kreise um Erich Honecker würden erwägen, die für Ende September vorgesehene Reise in die Bundesrepublik Deutschland etwa bis in die Zeit nach den amerikanischen Wahlen zu verschieben. Auf diese Weise sollten sowohl Moskau als auch die DDR „Sicht“ „standards“, provokanten und unehrerwürdigen Ausfälle“ von Unions-Fraktionschef Alfred Dregger reagiert werden. In der vergangenen Woche hatte Dregger erklärt, die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland hänge nicht von einem Besuch Honeckers ab. Westliche Diplomaten in Ost-Berlin schloßen auch in dieser Situation eine kurzfristige Reise Honeckers nach Moskau nicht aus, die nicht an die Öffentlichkeit gelangen soll.

Die SED-Führung hielt sich am Wochenende sämtliche Möglichkeiten für ihr künftiges Vorgehen in der immer problematischeren „Besuchsfrage“ offen. Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ erschien ein von höchster Stelle im Zentralkomitee autorisierter Kommentar – üblicherweise in solchen Fällen mit „A.Z.“ gezeichnet –, der indirekt dem Bundeskanzler vorwirft, die Fäden in dieser Angelegenheit nicht in der Hand zu haben. Der Schlußsatz des Kommentars lautet nämlich: „Es bleibt aber auch die Frage, ob jene am Rhein, die die Verantwortung tragen, wissen, was gespielt wird.“

Der nicht von der Redaktion verfaßte Beitrag nimmt fast wörtlich die Kritik von Politbüromitglied Herbert Häber auf, die dieser bei seinem Gespräch mit Kohl-Sendboten in Ost-Berlin, Vize-Fraktionschef Volker Rühe, am Donnerstag geäußert hatte. Dreggers „skandalöse und provokante Ausfälle gegen einen etwaigen Besuch des Staatspräsidenten der DDR in der BRD sind unerhört“, Dregger habe seine Bemerkungen „absichtlich“ getan und könne sich

nicht „darauf zurückziehen, er habe unüberlegt gehandelt“.

Dreggers umstrittener Satz sei Bestandteil einer Kampagne, die den Fall von nicht geringem Schaden“ sei. Eine mögliche Absage oder Verschiebung des Besuchs wird dann mit folgendem Satz angeordnet: „Niemand soll daran zweifeln, daß der Vorsitzende des Staatsrates der DDR sich angesichts solcher Dinge nicht danach drängt, die BRD zu besuchen.“

Zugleich macht das SED-Blatt seine Leser darauf aufmerksam, daß für den „etwaigen Besuch“ des Vorsitzenden des Staatsrates „hinter der Tür“ der Termin noch der Themenkatalog oder das Programm abgestimmt werden“.

In bemerkenswerter Weise bereitet das Blatt dann die Öffentlichkeit auf eine mögliche Absage vor: Es sei „kein Geheimnis“, daß nach dieser „gezielten Störaktion“ weitere „in Vorbereitung sind“.

Zur Erinnerung: Bereits im Frühjahr 1983 war ein Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik zwischen dem damals durch die Bundeskanzlerwahl legitimierten Bundeskanzler Kohl und ihm im Prinzip verabredet worden. Der mysteriöse Tod des Transitsreisenden Rudolf Burck und eine darauf folgende angebliche „Hetzkampagne“ in der Bundesrepublik ließen den Besuch platzen. Die Meldung darüber machte übrigens Rühes Gesprächspartner Herbert Häber seinerzeit Staatssekretär Hans Otto Bräutigam.

Zur propagandistischen Vorbereitung der Absage diente damals eine Leserbriefkampagne im „Neuen Deutschland“. Sie gipfelte in dem Satz, Honecker könne „in dieses Land“ nicht reisen. Deutschlandpolitische Experten halten es für denkbar, daß sich in den nächsten Tagen eine ähnliche Leserbrief-Aktion wiederholt, falls das SED-Politbüro auf seiner Sitzung am morgigen Dienstag zu der Einschätzung gelangt, nicht mehr am bisherigen Besuchszeitraum vom 26. bis 29. oder 30. September festhalten zu wollen.

Daß sich die SED-Spitze nun eher auf eine Verschiebung einstellt, läßt sich aus der Verwendung der Formel vom „etwaigen Besuch“ im „Neuen

Moskau erprobt erfolgreich neue Cruise Missiles

AP, Moskau

Das sowjetische Verteidigungsministerium hat die erfolgreiche Erprobung von Marschflugkörpern großer Reichweite bekanntgegeben und dies als Reaktion auf die „Massenstationierung von Marschflugkörpern großer Reichweite“ durch die USA und die Aufstellung derartiger Waffen in Westeuropa bezeichnet. Bereits im Mai hatte der Verteidigungsminister Ustinow bei der Ankündigung der Stationierung von atomaren Marschflugkörpern auf Unterseeböden vor der amerikanischen Küste die gleiche Begründung angeführt.

Im Interesse der Gewährleistung ihrer Sicherheit und der Sicherheit der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes, hieß es in der jüngsten Erklärung, „hat die Sowjetunion die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Zur Zeit werden in der UdSSR mit Erfolg langgestreckte Marschflugkörper großer Reichweite getestet.“

Die Sowjetunion werde weiter „alles Notwendige tun, um eine reale Begrenzung und Verringerung der Rüstungen durchzusetzen“. Wenn die US-Regierung jedoch weiter nach militärischer Überlegenheit strebe, werde die UdSSR auch künftig Gegenmaßnahmen ergreifen müssen, damit das Kräftegleichgewicht nicht gestört werde. Bisher habe Washington auf die wiederholten Angebote Moskaus, die Entwicklung von Langstreckraketen zu ichten, nicht reagiert.

Kuron vorübergehend festgenommen

AFP, Warschau

Mit polizeilichen Verwarungen und einer Pressekampagne versucht die polnische Regierung, die im Zuge der Amnestie vom 21. Juli freigelassenen Oppositionellen in Schach zu halten. Die Miliz nahm am Freitag in Warschau für mehr als zwei Stunden Jacek Kuron fest. Dem Mitbegründer des Komitees für Gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR), der zu einem Treffen mit Arbeiterführer Waleśa nach Danzig fliegen wollte, wurde nahegelegt, „den Mund zu halten“.

Die amtlichen Medien haben unterdessen eine Kampagne vor allem gegen die ehemaligen „Solidarität“-Führer Wladyslaw Frasyniuk und Jan Rulicki sowie den KOR-Mitglied Adam Michnik gestartet. Ihnen wurde vorgeworfen, Gottesdienste zu mißbrauchen, um den „sozialen Frieden zu stören“.

Innenminister Dzierżewski teilte mit, daß die Amnestie insgesamt 31 000 politischen und Straßengefangenen zugute gekommen sei. Seit Juli seien 63 politische Häftlinge freigelassen, 22 sitzen noch hinter Gittern, darunter Bogdan Lis, „Nummer zwei“ der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft, und dessen Stellvertreter Piotr Mierzwowski, gegen die wegen Hochverrats ermittelt wird. Den übrigen 20 Häftlingen würden Vergehen angelastet, die nicht unter die Amnestie fielen.

Madrid: Kurswechsel gegenüber der ETA?

SAD/rtx, Bilbao/Madrid

Nach der Entlassung des französischen Landgerichts in Pau (Südfrankreich), vier mutmaßliche baskische Terroristen nach Spanien auszuliefern, wo sie unter Mordverdacht stehen, ist es am Wochenende im Baskenland zu Gewalttätigkeiten gekommen. In Bilbao und Pamplona wurden Autos in Brand gesteckt. Nach einer gewalttätigen Demonstration gegen die Gerichtsentscheidung in Bilbao wurden acht Personen festgenommen und 15 in Krankenhäuser eingeliefert.

Während sich Paris entschlossen zeigt, dem hartnäckigen Bemühen der spanischen Regierung um Auslieferung spanisch-baskischer Terroristen zuzustimmen, hieß es die spanische Regierung – in einem plötzlichen Kurswechsel – der ETA Verhandlungen an. Diplomatische Kreise sehen hier in eine Inkonsistenz, zumal Paris mit seiner Haltung französischen Eigentum und Staatsbürger in Spanien gefährden muß.

Offenbar um dem wachsenden Unmut innerhalb der spanischen Streitkräfte zu begegnen, suchte Verteidigungsminister Serra zweimal in wenigen Tagen König Juan Carlos auf. Gutunterrichtete Kreise vermuten, daß der in weiten Bevölkerungskreisen erwartete Gnadenverweis gegenüber den Putschisten vom 23. Februar 1981 erörtert worden ist. „Es geht nicht an, daß man nach Mordern von 400 Spaniern fänden will und diejenigen erschießt, die die – wenn auch mit völlig falschen Mitteln – genau das erzwingen wollten, was die sozialistische Regierung heute als ihre eigene Maxime betrachtet: die Einheit Spaniens zu verteidigen.“ So hört man dieser Tage immer mehr Spanier reden.

Berlin: 200 Verfahren eingestellt

„Hausfriedensbruch allein kein öffentliches Interesse“ / Anklage in 205 Fällen

F. DIEDERICH, Berlin
Seit August 1980 sind von der Berliner Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Hausbesetzungen mehr als 2500 Ermittlungsverfahren, vor allem wegen des Verdachts des Hausfriedensbruchs und weitergehenden Straftaten der sogenannten „Begleitkriminalität“, eingestellt worden. Diese richteten sich gegen 5330 Personen, die von der Polizei namentlich als Hausbesetzer ermittelt worden waren.

In einem Artikel der FDP-Parteizeitung „Berliner Liberale Zeitung“ wies jetzt der Berliner Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) darauf hin, die Strafverfolgung sei von der Staatsanwaltschaft „differenziert und mit Augenmaß“ betrieben worden. Oxfort erwähnte, daß in weit über 2000 Fällen das Verfahren wegen Hausfriedensbruchs unter Verneinung des öffentlichen Interesses eingestellt worden sei. Von den restlichen

Ermittlungsverfahren sei in 205 Fällen gegen 724 Beschuldigte Anklage erhoben oder ein Strafbefehl beantragt worden.

Anklage wegen Hausfriedensbruchs sei nur dann erfolgt, wenn gleichzeitig dem Beschuldigten auch andere „Offizialdelikte“, also Straftaten, die ein öffentliches Interesse an der Verfolgung beinhalten, nachzuweisen waren. Das Delikt „Hausfriedensbruch“ wurde auch dann verfolgt, wenn die Beschuldigten mehrfach in besetzten Häusern angetroffen worden waren und sich dabei in Häusern aufhielten, die „besonders kriminell belastet waren“.

In den Fällen des sogenannten „schlichten Hausfriedensbruchs“ – so die Oxfort-Formulierung – habe die Staatsanwaltschaft regelmäßig das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung verneint. Die Verfahren einmündig und die Hauseigentümer auf eine Privatklage verwiesen.

Bei der „Begleitkriminalität“ in besetzten Häusern handelte es sich nach Angaben Oxforts keinesfalls um Bagatelldelikte, sondern um Straftaten, die vom Strom- und Wasserdiebstahl über gefährliche Körperverletzung, Brandstiftung, schwere Rausch hin zu versuchten Totschlag reichten. Durch eine verschiedentlich geforderte generelle Rücknahme von Strafanträgen wegen Hausfriedensbruchs werde kein zusätzlicher Weg zur friedlichen Lösung des Hausbesetzerproblems geleistet, betonte Oxfort in seinem Bericht.

Bei den noch offenen Ermittlungsverfahren ist noch mit Anklage- oder Strafbefehlserhebung gegen rund 200 Hausbesetzer zu rechnen. Von den bei Amtsantritt des Weizsäcker-Senats im Juni 1981 vorhandenen 165 besetzten Häusern sind derzeit noch sechs besetzt, für fünf dieser Gebäude gibt es bereits nahezu unter-schriftsreife Übernahmeverträge.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 34.50 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bestürzung und Trauer

Kardinal Glemp kritisiert Polen-Deutsche: WELT vom 16. August

Mit Bestürzung und tiefer Trauer kann man nur die Äußerung des Kardinal Glemp lesen. Was soll diese unnötige erneute Volksverhetzung? Die polnischen Verbrechen nach 1918 und besonders 1939 und nach 1945 um keinen Deut besser als die der Gestapo.

Gerade heute war eine 70jährige deutsche Patientin bei mir, die vor einem Jahr aus Danzig umgesiedelt wurde und dort keinerlei deutsches Wort sprechen durfte. (Name und Adresse stehen Kardinal Glemp jederzeit zur Verfügung.)

Kardinal Glemp scheint wiederum dem polnischen Chauvinismus zu verfallen, der einen gehörigen Anteil

zur Entfesselung des 2. Weltkrieges beigetragen hat. In völliger Verkennung der volkswirtschaftlichen Ohnmacht des damaligen polnischen Staates gegenüber dem Deutschen Reich.

Hat er in seiner Ignoranz immer noch nicht begriffen, daß Jalta und Potsdam das Ende des christlichen Abendlandes zu bedeuten scheinen? Ein Kleriker wie Glemp - der Ausdruck Priester ist hier wohl wirklich unangebracht - macht es einem deutschen Katholiken schlechterdings unmöglich, noch an die Gemeinschaft der „una sancta catholica“ zu glauben.

Hochachtungsvoll
Dr. A. Gerner,
Kiel 14

„Kultusbürokratie“

„Unsere Stärke ist der Lebenswille“: WELT vom 4. August und „Freiheitskämpfer auf der Ostsee“: WELT vom 2. August

Sehr geehrte Redaktion, für die ausführliche und zutreffende Berichterstattung Ihres Korrespondenten Ingo Urban von dem Lettischen Welttreffen in Münster danke ich Ihnen. In der Berichterstattung wurde öfters auch die besondere Bedeutung dieses Gymnasiums für die lettische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen.

Weniger bekannt dürfte jedoch die Tatsache sein, daß die nordrhein-westfälische Kultusbürokratie schon seit langem versucht, die seit 1946 bestehende lettischsprachige Minderheitenschule, wenigstens teilweise einzudeutschen, indem die Abiturprüfung zum größten Teil in deutscher Sprache abgehalten werden soll. Dies wird mit der veränderten Rechtslage begründet. Eine solche Regelung würde jedoch an den Bedürfnissen der jungen lettischen Generation vorbeigehen, die bestrebt ist, ihre nationale Identität zu behalten und eine umfassende Ausbildung in der Muttersprache zu erhalten. Die lettische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland ist aus der Zusammenarbeit des nationalsozialistischen Deutschland mit der stalinistischen Sowjetunion entstanden. Sie ist ein geschichtliches Erbe, das man nicht durch einen Hinweis auf Para-

graphen beseitigen kann. Zudem erscheint diese illiberale Minderheitenpolitik der nordrhein-westfälischen Kultusbürokratie in einem Zeitalter, in dem die kulturelle Vielfalt höher als die zentralistische Einheitskultur bewertet wird, als anachronistisch. Als richtungweisend kann hier die Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 11.2.83 über Maßnahmen zugunsten sprachlicher und kultureller Minderheiten in den EG-Staaten genannt werden.

Die lettische Jugend in der Bundesrepublik Deutschland, von denen die meisten deutsche Staatsbürger sind, fordert deshalb gerade als solche, daß die nordrhein-westfälische Kultusbürokratie sich an die liberalen Minderheitenpolitik Schleswig-Holsteins orientiert, wo das dänischsprachige Schulwesen reibungslos funktioniert. Nicht wir sollen unser von allen demokratischen Gesellschaften anerkanntes Recht - das Recht auf Unterricht in der Muttersprache - plötzlich aufgeben, sondern das Recht muß diesem Bedürfnis angepaßt werden. Die Düsseldorf Kultusbürokratie muß einsehen, daß Deutschland aufgrund seiner Geschichte dazu besonders verpflichtet ist!

Mit freundlichen Grüßen
Sabine Betz,
Vorsitzende der Sektion
Bundesrepublik Deutschland
des Bundes lettischer Jugend
in Europa (ELJA)
Münster

August 1914?

Sehr enttäuschend fand ich es, daß Sie zwar über den Beginn des Wahrscheinlichen Aufstandes am 1.8.44 relativ ausführlich in Ihrer Ausgabe vom 1.8.84 auf Seite 2 schreiben, aber den 1. August 1914 mit keiner Zeile erwähnen.

Ich darf Sie daran erinnern, daß für uns Deutsche am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg begann. Vor genau 70 Jahren wurde ein weltgeschichtlicher Umsturz eingeleitet, der nicht nur Deutschland betraf, sondern Europa und die ganze Welt veränderte.

Der Krieg brachte uns ungeheure Verluste und endete mit dem „Vertrag“ von Versailles, in dem der Keim für den Zweiten Weltkrieg gelegt wurde. Die Entwicklung Sowjetlands, der Supermacht USA, die Entthronung Europas, das Erwachen der Dritten Welt, alles dies wurde durch den Ersten Weltkrieg eingeleitet. Es gibt wenig wichtigere Daten als den unheilbringenden 1. August 1914!

Bemerkenswert ist, daß einer der größten lebenden Schriftsteller, Sol-

schenizyn, diesem Tag eines seiner Bücher widmete. Meiner Meinung nach wäre es eine selbstverständliche Aufgabe der WELT gewesen, auf die Bedeutung des 1. August 1914 hinzuweisen. Vielleicht kann Herr Gölitz in seiner Spalte über die Zeitschicht dies noch nachholen.

Dr. E. Richter,
Wuppertal 1

Wort des Tages

„Die Achtung Gottes - wenn es erlaubt ist, so zu sprechen - läßt sich leichter gewinnen als die Achtung der Menschen, denn Gott rechnet uns unsere Bemühungen an.“

Joseph Joubert, franz. Autor (1754-1824)

Statistik

Mit einem fürchterlichen Geräusch sprang der D 850 aus den Gleisen: WELT vom 26. August

Sehr geehrte Damen und Herren, die Bundesbahn wäre über die von Ihnen aufgestellte Statistik sehr froh und könnte wohl zu Recht mit ihrer Verkehrssicherheit werben, wenn diese Statistik richtig wäre. Leider haben Sie eine ganze Reihe von Eisenbahnunfällen, bei manchen muß man schon von Katastrophen sprechen, unterschlagen. So fehlen bei Ihnen unter anderen die Unglücke des Jahres 1971 mit immerhin 110 Toten. Ich habe deshalb eine Liste von mir bekannten Zugunglücken zusammengestellt, die natürlich keinen Anspruch auf Vollkommenheit erhebt.

8.11.1951 Walpertskirchen, 16 Tote, 41 Verletzte,
24.9.1958 Urf, 8 Tote, 1 Verletzte,
9.2.1971 Altrang, 28 Tote, 42 Verletzte,
18.5.1971 Kellmünz, 5 Tote,
28.5.1971 Dahlema, 45 Tote,
21.7.1971 Rheinweiler, 23 Tote, 132 Verletzte,
5.11.1973 Gunterhausen, 13 Tote, 66 Verletzte,
8.6.1975 Wargau, 41 Tote, 122 Verletzte.

Mit freundlichen Grüßen
H. Martfeld,
Velbert 1

Honecker

Sehr geehrte Damen und Herren, augenblicklich vergeht kaum ein Tag, an dem sich nicht mindestens ein Politiker - gleich welcher Partei - begeistert im Fernsehen, Hörfunk oder in Zeitungsinterviews über „Reiseerleichterungen“ äußert, die Herr Honecker als Gegenleistung für die beinahe Zwei-Milliarden-Kredite gewährt haben soll.

In Wirklichkeit hat Herr Honecker doch nur das zugestanden, was er schon lange wollte: Statt der bisherigen 30 Tage können Reisende aus der Bundesrepublik für ihr Eintrittsgeld von 25 DM pro Tag künftig 45 Tage bleiben. Macht also eine erhöhte Deviseneinnahme um 50 Prozent, sofern es genügend Leute gibt, die sich das leisten können. Zweitens: Das Rentner-Eintrittsgeld, das es früher überhaupt nicht gab, wurde von 25 auf 15 Mark pro Tag gesenkt. Dadurch lassen sich sicher viele, die es sich bisher überhaupt nicht leisten konnten, dazu verleiten, hinduzufahren und andere, länger zu bleiben. Macht wieder einen Devisengewinn für Herrn Honecker. Dasselbe gilt für die Verlängerung des „kleinen Grenzverkehrs“ von einem auf zwei Tage. In diesem Falle kommt noch hinzu, daß gleichzeitig die Visagebühr verdoppelt wurde, auch für Eintragsbesuche.

In der Gegenrichtung von Ost nach West macht Herr Honecker auch Geschäfte. Jeder mitteldeutsche Rentner, der Verwandte oder Freunde in der Bundesrepublik besucht, bedeutet eine Entlastung der Lebensmittelsubventionen, die der „DDR“-Staat leistet. In Zukunft also nicht nur 30, sondern bis zu 60 Tage.

Worin besteht nun eigentlich die sogenannte „Gegenleistung“ Honeckers für die Milliarden-Kredite? In Wirklichkeit ist sie doch ein Devisengewinn für ihn. Und wo liegt der Grund zum Jubel?

Mit freundlichen Grüßen
R. Schmidt,
Berlin 33

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Zyperns Kommunisten wollen Kyprianou unter Druck setzen

UN-Anregung für Verfassungsgespräche als Ausgangspunkt / Reise nach Athen

E. ANTONAROS, Nikosia

„Ich werde keinem Druck nachgeben. Ich bin schließlich Zyperns gewähltes Staatsoberhaupt und daher allein verantwortlich, das letzte Wort zu sprechen.“ Mit diesen Worten hat Zyperns Staatspräsident Spyros Kyprianou am Wochenende die Versuche der Inselkommunisten zurückgewiesen, ihm ihr Diktat aufzuzwingen.

Die Kontroverse war unerwartet Mitte vergangener Woche im Zusammenhang mit den jüngsten Anregungen von UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar hinsichtlich einer Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Griechen und Türken auf der Insel ausgebrochen. Um sich einen möglichst breitgefächerten innenpolitischen Rückhalt zu verschaffen, hatte Kyprianou eine Konferenz der vier im zypriotischen Parlament vertretenen Parteien einberufen und wie der Parteiführer über die „Arbeitspunkte“ des UN-Chefs umfassend informiert. Gleichzeitig hatte er sie auf Geheimhaltung eingeschworen, um - wie von Pérez gewünscht - eine öffentliche Diskussion zu vermeiden.

Doch während Kyprianou seine Koffer für eine Athen-Reise packte, um Ministerpräsident Papandreu zu treffen, richtete der Generalsekretär der nach Moskau orientierten Akei-Partei völlig unerwartet ein Schreiben an Parlamentspräsident Ladas und forderte eine Sondersitzung der

sich zur Zeit in den Sommerferien befindlichen Kammer „noch vor der Reise des Präsidenten nach Athen“.

Die Kommunisten hatten merkwürdige Verbündete: Ausgerechnet die rechtskonservative „Demokratische Sammlungsbewegung“, die nach den Kommunisten die zweitstärkste Fraktion im Parlament hat, richtete einen gleichlautenden Brief an Ladas. Die beiden ungleichen Parteien verfügten über 23 der 35 Sitze im Parlament, während die Kyprianou nahestehende „Demokratische Partei“ nur 9 Mandate hat.

Der Hintergrund dieser unerwarteten Aktion ist kein Geheimnis auf Zypern: Die beiden Großparteien, die eine sofortige Annahme der Anregung der Vereinten Nationen als Grundlage für neue Verfassungsgespräche befürworten, wollen durch die Einschaltung des Parlaments, wo sie ja eine bequeme Mehrheit haben, Kyprianou dazu zwingen, sich ihre Ansicht zu eigen zu machen und auf eventuelle Bedenken Athens zu verzichten. Sie befürchten nämlich, nicht völlig zu Unrecht, daß Zyperns Staatschef und Athens launischer Ministerpräsident auch diese Initiative zum Scheitern bringen könnten.

Aber hinter der Machtdemonstration der Inselkommunisten steckt erheblich mehr. Seitdem sie 1983 die Wiederwahl Kyprianous mit ihren Stimmen sicherten und die Ausarbei-

tung eines „Gemeinsamen Minimumprogramms“ erzwangen, haben sie nun zum ersten Mal ihre Einflußmöglichkeiten ausprobiert. „Ich lasse mir nichts vorschreiben“, sagte Kyprianou, und erhielt prompt Rückendeckung aus Athen, wo ein Regierungssprecher das Verhalten der Inselkommunisten als „äußerst schädigend“ rügte.

Laut Verfassung braucht Kyprianou das Vertrauen der Kommunisten nicht. Der auf fünf Jahre direkt vom Volk gewählte Staatschef darf, dem US-Präsidialsystem ähnlich, im Notfall auch gegen die Mehrheit im Parlament regieren. Doch in der Praxis braucht er eine Stimmenmehrheit in der Kammer, um seine Gesetze durchzusetzen und seine Politik verwirklichen zu können.

Die Sondersitzung des Parlaments wird erst nach Kyprianous Rückkehr aus Athen stattfinden. In Nikosia äußern jedoch westliche Diplomaten die Hoffnung, daß der Staatschef den Anregungen von Pérez zustimmt und dadurch die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Türken erleichtert.

Richtig wird nämlich erkannt - in diesem Punkt haben Kommunisten und Konservative recht -, daß eine Ablehnung der UN-Anregungen einer Besiegung der de facto bereits vor zehn Jahren erfolgten Teilung der Insel gleichkäme. (SAD)

Der Krieg wird immer brutaler

Massaker des „Leuchtenden Pfades“ / Übergriffe von Polizei und Militär / 934 Vermisste

Von WERNER THOMAS

Manuel Cuba lebt, weil er sich versteckt hat. Der 13jährige Junge liegt mit Schuß- und Stichwunden im Krankenhaus von Ayacucho im peruanischen Hochland. Er berichtet Journalisten über ein spektakuläres Massaker. „Sie wurden alle wie Schafe geschlachtet.“ Er sah, wie fünf Babys im Alter von zwei bis sechs Monaten mit Macheten enthäutet wurden sind. Insgesamt kamen 29 Menschen ums Leben, unter ihnen 15 Kinder. Manuel Cuba verlor seine Eltern.

Dieses Blutbad in Sachabamba, einer kleinen Ortschaft 120 Kilometer südlich von Ayacucho, geht auf das Konto der maoistischen Guerrilla-Organisation „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad). Die „Senderistas“, etwa 100 Männer und Frauen, überfielen in der Nacht das Andendorf, weil die Bevölkerung unter Verhinderung des „kleinen Grenzverkehrs“ von einem auf zwei Tage.

In der Region von Ayacucho sind vor ein paar Tagen Massengräber mit 89 Leichen entdeckt worden. Wie aus informierten Kreisen in Lima bekannt wurde, handelt es sich bei den meisten Opfern um Jugendliche mit zertrümmertem Schädel, denen die Augen verbunden und die Hände auf den Rücken gefesselt waren. In einem der Massengräber wurde eine Zeitung aus Lima vom 19. August entdeckt, so daß angenommen wird, daß die Morde erst vor wenigen Tagen verübt wurden.

Der Krieg in Peru wird immer brutaler. Nicht nur die Rebellen morden, auch Polizisten und Soldaten werden schwere Übergriffe vorgeworfen. Der protestantische Pastor Saturnino Gavilán informierte die Ermittlungsbehörden, daß Marineinfanteristen sechs Gläubige aus seiner Kirche in Callqui, 40 Kilometer von Ayacucho, geholt und auf der Straße mit Maschinengewehrsalven getötet haben. Der linke Bauernführer Jesus

Oropesa wurde zwei Wochen nach seiner Festnahme durch die Polizei in Puquio, 600 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Lima, erschossen aufgefunden. Der verstümmelte Körper wies Folter- und Brandmale auf.

Der Journalist Jaime Ayala Sulca, Korrespondent der linksgerichteten Oppositionszeitung „La Republica“ in Huanta bei Ayacucho, ist seit drei Wochen verschwunden. Nach Auskunft seiner Familie war Ayala in die örtliche Kaserne gegangen, um sich über Leichenfunde zu informieren.

Innenminister Luis Perovich versicherte: „Der Terror der Guerrillas wird nicht mit staatlichem Terror beantwortet. Wir tun alles, um Ausschreitungen zu verhindern.“ Der Minister machte die überraschende Mit-

teilung, daß in den letzten 20 Monaten zehn Prozent der insgesamt 60 000 Polizisten des Landes wegen Disziplinlosigkeit, Ungehorsam und anderen Delikten bestraft worden sind.

Gegen mutmaßliche Übergriffe der Militärs gegen die Zivilbevölkerung bei Aktionen gegen die „Senderistas“ plant die Opposition einen Protestmarsch in Lima. Die Regierung stellte die Stadt unter Militärkontrolle.

Der Krieg, der vor vier Jahren begann, ist viel gruseliger als die Partisanenkämpfe in Mittelamerika. Selten verging eine Woche ohne eine Massakermeldung ohne schockierende Bilder in der Presse. Präsident Fernando Belaunde Terry gestand beim vierten Jahrestag seiner Amtsübernahme Ende Juli: „Mein größtes Problem ist der Terrorismus.“ In den letzten zwölf Monaten hätten die Guerrillas 2657 Aktionen durchgeführt, mehr als sieben pro Tag. Die Zahl der gesamten Todesopfer wird auf mehr als 4000 geschätzt. In den letzten Wochen wurden allein 150 Leichen in Ayacucho und Umgebung ge-

funden. Die Behörden registrierten in den vergangenen 18 Monaten 934 Vermisstenmeldungen. Alan Garcia, der Generalsekretär der sozialdemokratischen Partido Aprista und aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaftswahlen, appellierte an Belaunde, die von den Sicherheitskräften verursachten Menschenrechtsvergehen zu stoppen. „Verstümmelte Leichen und Massengräber, für die es keine Erklärung gibt, haben nichts mit einer Demokratie zu tun“, sagte er. „Das ist Anarchie.“

Belaunde erklärte am 6. Juli den „Senderistas“ den totalen Krieg, als er den Streitkräften den gesamten Anti-Guerrilla-Kampf übertrug - ein Machtzuwachs für die Generäle. Die Militärs hatten vor 16 Jahren seine erste Amtsperiode durch einen Putsch beendet. Er glaubt nicht an ein rasches Ende des Krieges. „Meine Erwartungen sind nicht groß. Der Terrorismus kennt keine Fronten.“

Der harte Kern der Partisanenbewegung wird auf 2000 bis 3000 Aktivisten geschätzt. Obgleich bisher etwa 1500 Rebellen nach Schätzungen der Regierung fielen, war kein einziges Mitglied der Führungsriege darunter. 13 Provinzen stehen mittlerweile unter dem Ausnahmezustand.

Militärisch allein läßt sich der Krieg nicht gewinnen. Ayacucho zählt zu den ärmsten Regionen Perus; ein Gebiet, das traditionell von Lima vernachlässigt worden ist. Die Menschen misstrauen der Bundesregierung. Obgleich die bizarden Partisanenorganisation, die von einem maoistischen Andenstamm träumt, bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Unterstützung findet, reagiert die Jugend aufgeschlossener. Je schärfer die Militärs durchgreifen, desto schneller wächst die Zahl der „Senderista“-Sympathisanten. Die Offiziere in Ayacucho glauben, daß es zur Taktik der Rebellen gehört, einen Generentor zu provozieren und dann die andere Seite anzuklagen. (SAD)

Der Atheist Hodscha lobt Khomeini

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Wieder einmal hat Enver Hodscha zugeschlagen - und zwar literarisch-politisch. Nach den umfangreichen Bänden über die „Christusdämonen“ und die „Titoisten“ aus seiner Feder, in denen der inzwischen dienstälteste KP-Chef Europas mit seinen einstigen Genossen und Freunden abrechnet, verbreitet das Institut für Marxismus-Leninismus in Tirana jetzt Hodschas „Reflexionen über den Nahen Osten“.

Hodscha hat offenbar im Gegensatz zu anderen Spitzenpolitikern viel Zeit für derartige politische Überlegungen in Tagebuchform. An internationalen Konferenzen und Begegnungen nimmt er und nehmen auch die anderen Spitzenfunktionäre des albanischen Regimes seit langem nicht mehr teil. Mit fast sämtlichen kommunistischen Staaten ist der KP-Chef Albanien zerstritten, besonders mit der Sowjetunion, China und Jugoslawien. Die Amerikaner sind für ihn düstere Imperialisten. Die westeuropäischen Staaten finden etwas mehr Gnade, sind aber im Grunde gleichfalls imperialistisch.

Da er nirgends hinfährt, mit niemandem mehr konferiert, sich also gewissermaßen selbst genug ist und auch Staats- oder Parteibesuche im Ausland nicht zu absolvieren braucht, hat sich Hodscha zu einem politischen Schriftsteller im Amt entwickelt. Er nimmt das vorweg, wozu andere erst nach ihrer Pensionierung kommen.

Seine Urteile über Zeitgenossen und Zeitströmungen sind ebenso apodiktisch wie unverwundbar. Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger ist in seinen Augen ein „in der Wölfe gefärbter Helfer des internationalen Judentums“. Breschnev und Andropow sind „Sozial-Imperialisten“. König Hussein von Jordanien ist der „Mörder der Palästinenser“.

Yassir Arafat ist ein Illusionist. Der rumänische Parteichef Ceausescu ist ein „Vermittler“, der seine Rolle um kleiner wirtschaftlicher Vorteile willen spielt. Bukarest ist in den Augen Hodschas die Hauptstadt, in die die Oberhäupter der israelischen Regierung am häufigsten „pilgern“ - außer Washington, versteht sich. Ceausescu vermittelt auch zwischen China und den USA, notiert Hodscha erbost.

Für die chinesischen Kommunisten, deren erster und einziger Freund in Europa einstmal Hodscha Albanien war, hat der Parteichef aus Tirana inzwischen nur Haß und Verachtung übrig. Hua Guofeng, damals chinesischer Parteichef, habe „intime Gespräche“ im Palast des Schahs von Persien geführt, während die Savak, die berüchtigte Geheimpolizei des Schahs, iranische Patrioten massenweise abschlachtete, heißt es unter dem Datum des 30. Juli 1979 in Hodschas Tagebuch. Aber auch Deng Xiaoping, Zhou Enlai und sogar Mao Zedong seien enge Freunde des Schahs gewesen.

Auf den ersten Blick scheint es grotesk: Aber Hodscha, der erste Führer

des ersten atheistischen Staates der Welt, eines Staates, in dem jede Religion polizeilich verboten ist und jede religiöse Handlung als Verbrechen bestraft wird, findet den größten Gefallen - an der islamischen Revolution in Iran und an Ayatollah Khomeini. Es stimmt zwar, so Hodscha, daß Khomeini religiös sei - aber ohne Rücksicht darauf müsse man seine „antimperialistischen Haltungen und Aktionen“ analysieren. Khomeini leide, ob er es nun wolle oder nicht, Wasser auf die Mühlen der Revolution. Deshalb empfehle er, Hodscha, den Marxisten-Leninisten des Iran, keinesfalls gegen die religiösen Tendenzen und Gefühle Stellung zu beziehen, die in der iranischen Revolution zum Ausdruck kommen.

Manchmal findet man in den „Reflexionen“ Hodschas sehr interessante Bemerkungen. Zur Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat meint Hodscha, dieses Attentat sei nicht im Interesse der Amerikaner und Israels, wohl aber des Libysers Khadaffi und der Sowjets gelegen. Hodscha wörtlich: „Ohne Zweifel, Sadats Ermordung wurde von Abenteurern im Interesse von anderen, noch größeren Abenteurern durchgeführt.“ Und zu Afghanistan meint der einsame Diktator aus Tirana, die ganze Welt müsse die „patriotischen“ Kämpfer des afghanischen Widerstandes so lange unterstützen, bis es diesen gelungen sei, „die sowjetischen Besatzer vollkommen aus dem Lande zu vertreiben“.

Brief von Tschernenko veröffentlicht

AP, Moskau

Offenbar mit der Absicht, Spekulationen über den Gesundheitszustand von Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko entgegenzutreten, haben die sowjetischen Medien am Wochenende einen Brief veröffentlicht, den der Spitzenfunktionär an Kernwaffengegner gerichtet hat.

Seit Veröffentlichung einer Tass-Meldung am 15. Juli, in der mitgeteilt wurde, daß Tschernenko seinen Urlaub angetreten habe, war der Name des 73jährigen KPdSU-Generalsekretärs nur einmal als Verfasser eines Briefes an den irischen Friedensnobelpreisträger Sean MacBride aufgetaucht.

Inhaltlich unterschied sich das Schreiben, das Tschernenko an westliche Kommunalpolitiker richtete, die sich für die Erklärung ihrer Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen einsetzen, nicht von früheren sowjeti-

Wenn Deutschland für Sie ein Thema ist:

DIE WELT

Einmal wöchentlich, Postfach 30 58 20, 2000 Hamburg 26

Hinweis für den neuen Abonnenten

Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung mit oder ohne Tagung (Menschenrechte) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 20, 2000 Hamburg 26

Bestellchein

Bitte heften Sie mit zum nächsten Heft. Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (bzw. 14 Tagen) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 20, 2000 Hamburg 26

Name

Strasse/Nr.

PLZ/St.

Telefon

Unterschrift

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (bzw. 14 Tagen) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 20, 2000 Hamburg 26

Unterschrift

seben Erklärungen, in denen der Gedanke der Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen besonders in Europa als Vorstufe zu einer Beendigung des Wettlaufes und der Abschaffung der Atomwaffen unterstützt wurde. Seine Veröffentlichung zum gegenwärtigen Zeitpunkt schien deshalb das Ziel zu verfolgen, in Moskau in der vergangenen Woche umlaufenden Spekulationen den Boden zu entziehen, daß Tschernenko zum Urlaub in die Hauptstadt zurückgekehrt sei, um sich in ärztliche Behandlung zu begeben.

Dschumbblatt nennt Gemayel „Schlächter“

dpa, Beirut

Der libanesische Drogenhändler Walid Dschumbblatt hat seine Angriffe auf Staatspräsident Amin Gemayel verschärft, während weit mit knapper Not verhinderte Sprengstoffanschläge in West-Beirut die Furcht vor Attentaten neu belebt haben.

Samstag vormittag wurde am südlichen Stadtrand Beiruts eine Autobombe entdeckt und unschädlich gemacht. Am Nachmittag konnte die Polizei eine Bombe mit 30 Kilogramm TNT in einem Koffer entschärfen, der auf dem Parkplatz des Beiruter Flughafen verstreut war.

Bei der Trauerfeier für den am Donnerstag tödlich verunglückten drusischen Generalstabsoffizier Nadim Hakim nannte Dschumbblatt Staatspräsident Gemayel einen „Schlächter“. Er lehnte es erneut ab, der heimischen Armee Zugang in die von drusischen Milizen kontrollierten Schuf-Berge zu ermöglichen.

Flugzeugentführung unblutig beendet

dpa, Neu-Delhi

Einen überschwinglichen Empfang erlebten gestern in Neu-Delhi die 73 Passagiere und sechs Besatzungsmitglieder einer indischen Verkehrsflugmaschine, die radikale Sikhs am Freitag auf einem Indlandsflug gekapert und rund 36 Stunden in ihrer Gewalt gehalten hatten. Die Entführung war am Samstagabend auf dem Flughafen von Dubai am Persischen Golf nach über zehnstündigen Verhandlungen mit der Freilassung aller Geiseln ohne Blutvergießen zu Ende gegangen. Den sieben Luftpiraten wurde im Gegenzug zur Freilassung ein einwöchiges Asyl in den Vereinigten Arabischen Emiraten gewährt, bevor sie in die USA ausreisen können.

Personalien

GEBURTSTAGE

Am Samstag feierte der Bonner Ministerpräsident A.D. Jules von Jounane seinen 80. Geburtstag. Er wurde über seinen Wirkungskreis hinaus bekannt, als er im Jahre 1951 bei einer Besichtigungsreise des Finanzministers des Bundes und der Länder durch Schleswig-Holstein eine festlich gedeckte Tafel abräumen und eine schlichte Erbsensuppe servieren ließ. Seine Begründung damals: „Schleswig-Holstein ist ein armes Land und muß sparen.“ Vom Aachener Karnevalverein erhielt er dafür den Orden „Wider den tierischen Ernst“, dessen Ordenskanzler er heute noch ist. 1953 folgte von Jounane der Minister Waldemar Kraft nach Bonn, als Kabinettsreferent. Als solcher war er wesentlich an der Entstehung des Wasserhaushaltsgesetzes beteiligt. Er blieb der Wasserwirtschaft treu und folgte ihr durch fünf Ministerien, bis er 1970 pensioniert wurde. Auch heute noch ist er beratend für die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz und die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen in Bonn tätig.

Der in Marburg im Ruhestand lebende frühere Göttinger evangelische Bischof Hans-Joachim Fränkel fei-

Personalien

GEBURTSTAGE

Am 31. August seinen 75. Geburtstag feierte Fränkel war 15 Jahre lang, von 1964 bis 1979, Bischof der evangelischen Kirche des Göttinger Kirchenbistums, wie der in Mitteldeutschland gelegene Rest der früheren evangelischen Kirchenprovinz Schlesien heute heißt.

AUSZEICHNUNG

Die höchste Auszeichnung der Stadt Bad Kissingen, die Goldene Bürgermedaille, wurde Professor Dr. rer. nat. Karl-Ernst Quentz, Ordinarius für Hydrogeologie und Hydrochemie an der Technischen Universität München, verliehen.

VERANSTALTUNG

Daß über eine Million Menschen am Straßenrand stehen und einem Stadtoberhaupt zuzuhören, gilt hierzulande heute als unvorstellbar. Dem Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, Walter Wallmann, wird diese für Kommunalpolitiker seltene Ehre am 15. September in New York zuteil: Zusammen mit dem „Hausberg“ der Millionenstadt, Mayor Ed Koch, wird er die 27. Steuben-Parade über die New Yorker Prunkstraße, die Fifth Avenue, anführen. Der Frankfurter Oberbürgermeister tritt in diesem Jahr in die Fußstapfen

Personalien

GEBURTSTAGE

Gerhard Schröders, Willy Brandts, Richard von Weizsäcker und vieler anderer deutscher Politiker, die den Weg über die Fifth Avenue ins „deutsche“ Viertel New Yorks, Yorkville, an der Spitze der Steuben-Parade zurückgelegt haben.

Mit der Steuben-Parade wird vor allem auf die Leistung und Verdienste der deutschstämmigen Amerikaner, aber auch auf die aktuellen deutsch-amerikanischen Beziehungen aufmerksam gemacht. Wie die Iren am St. Patrick's-Tag oder die Polen am Pulaski-Tag hat sich damit auch die deutsche Bevölkerungsgruppe ihren festen Platz im kulturellen Leben New Yorks erobert.

VERNISSEAGE

Zur Eröffnung der Woche „Dänemark zu Gast in Recklinghausen“ hat am Wochenende Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Benedikte von Dänemark Recklinghausen besucht. Am Samstag nachmittag nahm die Prinzessin an der von Seiner Exzellenz Dr. Paul Fischer, königlich-dänischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, eröffneten Ausstellung „Design aus Dänemark und Dänische Keramik“ in der Kunsthalle von Recklinghausen teil.

ERGEBNISSE

Table with 3 columns: Match, Score, Goalscorers. Rows include Bielefeld-München, Bochum-Frankfurt, Braunschweig-Köln, etc.

DIE SPIELE

Bielefeld - München 1:3 (0:1) Bielefeld: Kneib - Wohlers - Hupe, Schrier (70, Ozaki) - Dronia, Foda, Rautalinen, Ellguth (75, Kühnborn), Pohl - Reich, Pater - München: Aumann - Augenthaler - Eder, Pflüger - Martin, Dremmler, Matthäus, Nachtweib, Pflüger, Lerby - Rummenigge (82, Kagi), Wollrich (87, Willinger). Schiedsrichter: Gabor (Berlin) - Tore: 0:1 Dremmler (17.), 1:1 Reich (57.), 1:2 Nachtweib (67.), 1:3 Matthäus (82.). Zuschauer: 29.000. - Gelbe Karten: Dronia, Pohl - Rummenigge, Lerby.

Bochum - Frankfurt 3:1 (1:2) Bochum: Zundick - Knüve - Zugic, Kree - Lameck (46, Gothe), Woelk, Schulz, Pickenäcker, Bönigsmann - Fischer, Kuntz (85, Schrollen) - Frankfurt: Pahl - Kroth - Berthold, Kraaz, Sievers - Mohr, Falkenmayer, Treib - Svensson, Müller, Krämer (58, Tobolski). Schiedsrichter: Werner (Auerstädter). - Tore: 1:0 Fischer (11.), 1:1 Treib (22.), 1:2 Treib (38.), 2:2 Kraaz (72.). Zuschauer: 22.000. - Gelbe Karte: Berthold.

Braunschweig - Köln 1:3 (1:1) Braunschweig: Franke - Worn - Geiger, Bruns, Ellrich - Tschöke (90, Pospich), Pahl, Trippacher, Gorski, Lux - Plagge (72, Bergs). Köln: Schumacher - Strack - Steiner, Prestin - Hartwig, Lehnhoff (82, Leifke), Bein, Engels, Hönemann - Littbarski (88, Dinkel), Alofs. Schiedsrichter: Hentrich (Trier). - Tore: 0:1 Littbarski (38.), 1:1 Lux (45, Foulelmeter), 1:2 Alofs (50, Foulelmeter), 1:3 Hartwig (87.). Zuschauer: 15.800. - Gelbe Karte: Pahl - Prestin, Lehnhoff.

Bremen - Uerdlingen 1:0 (0:0) Bremen: Brudenski - Pezay - Schaaf, Kutzop, Otten (53, Hermann) - Sidka, Möhlmann (76, Neubarth), Okudera - Reinders, Völter, Meier - Uerdlingen: Vollack - Hergert - van de Loo, Thomas (50, Brinkmann), Wolfgang Funkel - Wührlin, Schäfer, Felzer, Klingner - Gulich (84, Looftens), Friedhelm Funkel - Schiedsrichter: Tiedtke (Wibelskirchen). - Tore: 1:0 Kutzop (86.). Zuschauer: 18.900. - Gelbe Karte: van de Loo.

Dortmund - Hamburg 1:2 (0:0) Dortmund: Immler - Zore - Egli, Rüßmann - Huber, Schiller (72, Ströck), Loose, Raducanu, Dreßel (34, Simmes) - Wegmann, Klotz - Hamburg: Stich - Jakobs, Wehmeyer, Schröder - Kalz, von Heesen, Rolff, Magath, Groh - Milewski, McGhee. - Schiedsrichter: Deuling (Osnabrück). - Tore: 0:1 von Heesen (61.), 1:1 Zore (72, Foulelmeter), 1:2 Magath (87.). Zuschauer: 42.000. - Gelbe Karte: Jakobs, McGhee.

Karlsruhe - Mannheim 3:2 (1:0) Karlsruhe: Fudr - Theiss, Walz, Byssen, Roth - Edmund Becker (38, Zahn), Dittus, Keim, Harforth - Günther, Löw - Mannheim: Zimmermann - Sebert - Koller, Schlundwein, Dickinger - Scholz, Quisner (58, Kuhn), Heide (60, Oldendorp), Schön - Heck, Walter - Schiedsrichter: Risse (Hattingsen). - Tore: 1:0 Keim (34.), 1:1 Sebert (66.), 2:1 Günther (71.), 2:2 Günther (74.), 3:2 Walter (75.), 3:3 Sebert (85, Foulelmeter). Zuschauer: 21.500. - Gelbe Karte: Harforth, Theiss, Günther, Walz - Walter, Sebert.

Leverkusen - Düsseldorf 4:3 (2:2) Leverkusen: Voburn - East - Reinhardt, Geldorf - Winkhofer, Röber, Hörster, Tschu, Wojtowicz - Schreier (72, Futscher), Haas (97, Giske) - Düsseldorf: Grover - Zew - Kucznick, Löhr (8, Bunte, 87, Tiele), Bockefeld, Bommer, Fleer, Duseund, Heil - Holmquist, Edvinksson. Schiedsrichter: Dr. Umbach (Köln). - Tore: 1:0 Holmquist (11.), 1:1 Röber (16.), 2:1 Winkhofer (24, Foulelmeter), 2:2 Bockefeld (42), 2:3 Kucznick (63), 3:3 Schreier (64), 4:3 Tschu (85). Zuschauer: 15.500. - Gelbe Karte: Wojtowicz - Bommer.

M'gladbach - Schalke 3:1 (2:1) M'gladbach: Sude - Bruns - Ringels, Drehsen - Voh (88, Krupp), Borowka, Rahn, Hochstetter (73, Lieben), Frontzeck - Hill, Cries - Schalke: Jung-hans - Dietz - Schipper, Kleppinger (87, Berge) - Kruse, Opitz, Dierßen, Thon, Menninger (73, Stüchler) - Schiedsrichter: Correll (Hilbronn). - Tore: 1:0 Hill (8.), 2:0 Hill (9.), 2:1 Dierßen (31.), 3:1 Hill (87, Foulelmeter). Zuschauer: 34.500 (ausverkauft). - Gelbe Karte: Sude, Frontzeck.

FUSSBALL / Start in die Bundesliga mit 37 Toren, sieben Elfmetern, 223 000 Zuschauern und Favoritenstürzen

Sieben Jahre hat Borussia Mönchengladbach auf diesen Tag gewartet: Erstmals seit dem 21. Mai 1977 - damals wurde mit dem Trainer Udo Lattek der fünfte Titelgewinn gefeiert - stehen die Gladbacher nach dem 3:1 über Schalke 04 an der Tabellenspitze. Zwar ist die Freude geteilt, weil auch der FC Bayern München und der 1. FC Köln mit 3:1-Erfolgen in die 22. Saison gingen. Dennoch sagt Gladbachs Mannschaftsführer Wilfried Hannes: „Es ist wunderbar, wieder einmal da ganz oben zu stehen.“

223 000 Zuschauer kamen zu den neun Begegnungen des ersten Spieltages. Das sind im Schnitt 24 782 Besucher pro Spiel. Im Vergleich zum Vorjahr kamen jedoch etwa 7000 Zuschauer weniger, 51 000 sogar weniger als beim Start der Saison 1982/83. Die meisten Besucher konnten Borussia Dortmund und der Aufsteiger Karlsruher SC vermelden. Ihr Stadion war jeweils mit 35 000 besucht. Ausverkauft war diesmal lediglich der Mönchengladbacher Bäckelberg mit 34 500 Zuschauern.

Mit der ungewöhnlich hohen Zahl von sieben Foulelfmetern unterstrichen die Schiedsrichter, daß sie in dieser Saison besonders hart durchgreifen wollen. Ein Beweis dafür sind auch die 24 Gelben Karten am ersten Spieltag. Sämtliche Elfmeter wurden verwandelt. Ein Jubiläum feierte dabei der 1. FC Köln. In Braunschweig wurde den Kölnern der 100. Straßstoß der Bundesliga-Zugehörigkeit zugesprochen. Mit drei Treffern führt Frank Mill (Mönchengladbach) die Torschützenliste an.



Fouls und Besuch des Kardinals

Kontraste am ersten Spieltag der Fußball-Bundesliga: Harter Exzesskampf mit so vielen Fouls, daß die Schiedsrichter sieben Elfmeter verhängen mußten (oben: Kalt stoppt Egli im Strafraum mit einem Tritt). Und Joseph Kardinal Hüfner bei seinem ersten Besuch eines Bundesligaspiels, bei dem er Leverkusen und Düsseldorf die gleiche Anzahl von Toren wünschte („Wir Bischöfe sind für den Ausgleich“). Er begrüßte mit dem Koreaner Bum Kun Cha einen Protestanten, der bereits in einer Kirche von Köln-Porz als Laienprediger auftrat. Übrigens: Der Lieblingssport des Kardinals, bei dieser Gelegenheit nannte er ihn, ist das Schlagspiel.



Trainer Helmut Benthaus macht sich Gedanken darüber, ob Stuttgart der Titel nicht bekommen ist...

BERND WEBER, Stuttgart „Es gibt Dinge, und die machen auch gerade den Reiz des Fußballs aus, die von außen einfach nicht zu steuern sind.“ So lautet eine der Thesen von Helmut Benthaus, dem Trainer des deutschen Meisters VfB Stuttgart. Das Spiel seiner Mannschaft beim 1. FC Kaiserslautern war kaum vier Minuten alt, da konnte jeder auf dem Betzenberg nachvollziehen, was Benthaus meinte: Kurz vor der Seitenauslinie tangelten VfB-Mittelfeldspieler Guido Buchwald und Kaiserslauterns Stürmer Thomas Allos um den Ball - ein Zweikampf, wie er in jeder Begegnung zu Dutzenden vorkommt. Nur hier waren des Schicksals Mächte gegen den langen Stuttgarter. Er trat mit voller Wucht in den Rasen und blieb mit schmerzverzerrtem Gesicht am Boden liegen. Inzwischen liegt die Diagnose der Ärzte vor, und sie ist schlimm. Buchwald hat sich den linken Fußknöchel gebrochen. Statt auf dem Trainingsfeld und auf dem Bundesliga-Rasen wird der Mann, der im taktischen System des deutschen Meisters eine Schlüsselrolle spielt, die nächste Woche im Bad Cannstatter Krankenhaus verbringen müssen.

Sechs weitere Wochen wird er einen Gipsverband tragen müssen. „Ich halte es für völlig ausgeschlossen“, sagte Benthaus gestern zur WELT, „daß Guido in der Meisterschaftsrunde überhaupt noch einmal eingesetzt werden kann.“ Was das bedeuten mag, ließ sich an der 1:2-Niederlage des VfB in Kaiserslautern ablesen. Franz Beckenbauer, neuer Nationalmannschafts-Teamchef, stürmisch gefeierter Gast auf der Ehrentribüne, erkannte: „Sand und erhebliches Knirschen im VfB-Getriebe.“ Benthaus meinte: „Daß wir mit Buchwald nicht verloren hätten, bleibt natürlich reine Hypothese. Dennoch, ich kann mir nicht vorstellen, daß Andreas Brehme in so souveräner Weise zum Spielgewinner für Kaiserslautern geworden wäre, wie er es nach Buchwalds Ausfall geworden ist.“

Womit wir dann automatisch wieder bei den Dingen wären, die ein Trainer nicht steuern kann. Die Stuttgarter hatten sich gedanklich sehr wohl darauf eingerichtet, daß Brehme nach Hans-Peter Briegleb Weg zum italienischen Erstligaklub Hellas Verona die Rolle des Antriebs in seinem Team übernehmen würde. Und so hatte denn Benthaus durchaus folgerichtig ausgetüftelt, daß Buchwald die Rolle des Bremsklotzes für seinen Nationalmannschaftskollegen übernehmen sollte. Der Tritt in den Rasen warf die taktischen Pläne über den Haufen. Der 20-jährige Andreas Müller wurde für den Pechvogel Buchwald aufs Feld geschickt. „Ich will nicht behaupten, daß er versagt hätte“, teilte sein Trainer später über ihn, „aber ihm fehlte in einigen Situationen einfach die Cleverness.“ Die Fakten belegen es: Brehme war immer anspieler und erzielte beide Treffer für die Siegmansschaft. (Wobei man zu Müllers Ehrenrettung freilich anmerken muß, daß das zweite Tor durch einen von Kempe an Moser verschuldeten Foulelfmeter zustande kam.) Bei der Suche nach den Gründen für die Niederlage hat der Stuttgarter Trainer indes auch noch einen anderen Aspekt ausgemacht als nur den des vorzeitigen Ausfalls von Buchwald. Benthaus zur WELT: „Ich will nicht so weit gehen und behaupten, meinen Leuten sei die deutsche Meisterschaft nicht bekommen. Aber, ich muß dennoch tadeln, daß nicht alle die Eigenschaft erkennen ließen, die uns in der vergangenen Saison so stark gemacht hat - nämlich die Bereitschaft, den Gegner über 90 Minuten mit äußerster Aggressivität zu bekämpfen. Kaiserslautern war bis in die Haarspitzen motiviert, der VfB nicht...“

Advertisement for Erdgas (Natural Gas) with the headline "Erdgas ist eine SAUBERE SACHE." (Natural gas is a clean thing).

Schiedsrichter schon im Kreuzfeuer der Kritik Langer Brief vom DFB: Im Hotel bitte Obst essen

Von ULRICH DOST Totesagte scheinen manchmal doch noch etwas länger zu leben. Auf Klaus Fischer (34), der noch in diesem Jahr 35 Jahre alt wird, trifft das ganz bestimmt zu. In Köln haben sie ihn nicht mehr haben wollen, und er selbst sagt: „In Köln wäre ich freiwillich helfen Tag länger geblieben. Mit diesem kölschen Klüngel kam ich nicht zurecht. Die reden und reden, und man weiß gar nicht, ob das Spaß oder Ernst ist.“ Bestimmt hat er sogar meistens an der falschen Stelle gelebt. So einer kriegt in Köln kein Bein mehr auf die Erde, selbst dann nicht, wenn er noch gut ist.

Nach Aufsteiger Schalke 04 wäre Klaus Fischer gerne zurückgegangen, auch wenn er sich nun umgarn an der Schalke Publikum erinnert: „Elf Jahre spielte ich für Schalke. Als ich nach Köln ging, haben sie mich ausgepfiffen und als ‚Judas‘ beschimpft.“ Doch auch sein alter Klub wollte ihn nicht. Manager Rudi Assauer (39) holte lieber Dieter Schatzschneider (25) vom Hamburger SV. Das hat den Klaus Fischer furchtbar gewundert, und er ging sogleich in die Offensive: „Ich mache in dieser Saison mehr Tore als Schatzschneider.“

Derzeit sieht es recht gut aus für den früheren Mittelstürmer der Nationalmannschaft, der die Kapitel Köln und Schalke endgültig abgehakt hat und nun den letzten Teil seiner Karriere beim VfL Bochum verbringen wird. Im ersten Spiel gegen Frankfurt (3:3) hat er sofort zwei Tore erzielt, das erste gleich in der ersten Minute. Der frühere Frankfurter Nationalspieler Karl-Heinz Körbel (29) traute auf der Tribüne seinen Augen kaum: „Der Klaus hat wie ein junger Gott gespielt.“ Beachtlich war es schon, was ein Spieler bot, den die Branche eigentlich schon ausmustern wollte. Klaus Fischer: „Wenn man immer hört, man sei zu alt für die Bundesliga, dann bedeutet dies letztlich nur neue Motivation, es allen doch noch einmal zu zeigen.“

In Bochum findet er dazu genau die richtigen Voraussetzungen. Er wird in einer Mannschaft, die keine Stars kennt, bedingungslos akzeptiert. Er braucht keine Abwehraufgaben zu übernehmen, sondern soll lediglich Tore schießen und vorbereiten. Zwischendurch hat er genug Zeit, um Luft zu holen. Fischer: „Das dritte Tor gegen Frankfurt hätte ich bestimmt in Köln nicht mehr geschossen, weil ich da längst nicht mehr die Kraft gehabt hätte.“ Wenn er heute an Köln denkt, dann freut er sich lediglich darüber, daß er dort sehr viel Geld verdient hat. Er sagt:

Klaus Fischers böser Spott über teuren Schotten McGhee

sid, Düsseldorf Frischer Wind weht in den Bundesliga-Stadien. Die Vereine, stark um ein positives Image bemüht, setzen nicht nur auf Offensiv-Fußball, sondern auch auf ihre Neuzugänge. 24 Spieler gaben schon am ersten Spieltag ihr Bundesliga-Debüt. Vier von ihnen waren Ausländer, die zum Teil mit viel Verschußflorbeer bedacht wurden, die hohen Erwartungen oft nicht erfüllen konnten.

Die Präsidenten: Nur eine einzige konkrete Forderung

sid/dpa, Hamburg Nur eine einzige konkrete Forderung formulierten die Präsidenten der Fußball-Bundesliga-Klubs, die sich auf Einladung des Hamburger Präsidenten, Wolfgang Klein, zu einer außerordentlichen Tagung trafen: Das Liga-Sekretariat beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) soll ausgebaut werden. Liga-Sekretär Wilfried Straub soll von hauptamtlichen Mitarbeitern unterstützt werden.

Advertisement titled "Fußball-Kulisse" (Football Scenery) featuring a photograph of a football stadium at night with the text "Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga" (Numbers, Facts, Backgrounds from the Bundesliga).

Der 24-jährige Schwede Hasse Holmquist erwischte den besten Start: Nach 90 Sekunden Spielzeit machte er beim ersten Ballkontakt in Leverkusen sein erstes Tor für Fortuna Düsseldorf. Damit schenkte er sich selbst ein Traumdebüt und ließ bei der Fortuna das Gefühl aufkommen, für die 300 000 Mark Ablösumme auch den entsprechenden Gegenwert erhalten zu haben.

„Es hat keinen Sinn, dauernd ehrenamtliche Leute auf Bahn oder Flugzeug zu setzen und Kommissionen zu bilden. Wir haben schon Vertrauen zu Herrn Straub, nur muß er die Kompetenzen bekommen, allein zu entscheiden. Wir Vereine zahlen vier Prozent Abgabe an den DFB, da kann man verlangen, daß wir auch gut vertreten werden“, faßte Gerhard Mayer-Vorfelder (Stuttgart) das Ergebnis der Tagung zusammen, über deren Verlauf die in Hamburg nicht vertretenen Vereine bald unterrichtet werden sollen.

Nico Claassen, mit 21 Jahren der jüngste der neuverpflichteten Ausländer, erlebte mit dem VfB Stuttgart bei der Niederlage in Kaiserslautern eine mühsame Premiere. Mit einer nur mäßigen Leistung hieß dem erfolglosen Stürmer auch das persönliche Erfolgsereignis versagt. Er fand aber einen prominenten Tröster in Franz Beckenbauer. „Bei Claassen konnte man den guten Spieler erkennen. Er wird seinen Weg in der Bundesliga machen.“ Das hofft auch der VfB, der ihn schließlich von dem fast bankrotten Brüsseler Club Seraing gekauft hatte, weil Nico Claassen im vergangenen Jahr Dritter in der europäischen Torschützenliste war.

Maier McGhee war beim Bundesliga-Start unter dem größten Erwartungsdruck gestartet. Von dem 27-jährigen Schotten, dem ersten Schotten, der in der Bundesliga spielt, hatten die Hamburger erwartet, daß er mit der Belastung fertig werde. McGhee, der 1,1 Millionen Euro für den VfB in Dortmund aber nur durch seine harte Gangweise gegen Torwart Elke Immler auf und wurde von Klaus Fischer, dem Bochumer Mittelstürmer, mit Spott bedacht: „Günter Netzer hat sich sicherlich geirrt und den Bruder von McGhee verpflichtet.“

Andre Egli (26), ein weiterer Millionen-Transfer, schnitt im direkten Vergleich besser ab: Der ehemalige Spieler von Grasshoppers Zürich lief im Westfalen-Stadion zu großer Form auf, obwohl er in Dortmund immer noch unter ungünstigen privaten Bedingungen lebt. Gemeinsam mit Tochter und der schwangeren Frau Silvana wohnt er im Hotel. „Das nervt und ist der Form abträglich.“

Beckenbauer erläuterte den Präsidenten sein Konzept und erklärte: „Wir sind uns darüber einig, daß das Verständnis, das beiderseitige Vertrauen und die Absprachen besser werden müssen.“ Damit stieß er auf Zustimmung bei den Vereinen, die ihrerseits Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit signalisierten. „Wir alle haben den Eindruck, daß beide Seiten zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit bereit sind. Franz Beckenbauer hat erkennen lassen, daß er die wirtschaftlichen Interessen der Vereine berücksichtigt will“, resümierte Wolfgang Klein, der im übrigen betonte, daß dieses Treffen nicht der Schuldzuweisung, sondern sachlicher Problemlösung dienen sollte.

Einer, der nach dem 3:1-Erfolg des FC Bayern München bei Arminia Bielefeld besonders glücklich in die Kabine kam, war Norbert Eder (28). Nicht etwa, weil er für seinen neuen Klub ein Tor erzielt oder eine besonders starke Leistung geboten hätte. Die Champagnerflaschen hatte er dennoch mitgebracht. Norbert Eder: „Im letzten Jahr habe ich mit dem 1. FC Nürnberg 27mal hintereinander auswärts verloren. Mit dem Bayern gelang gleich beim ersten Auswärtsspiel ein Sieg. Das ist mir einige Flaschen Champagner wert.“

In diesem 14seitigen Brief an alle 38 Profiklubs ist nämlich über das Schiedsrichter-Verhalten nachzulesen: Die Schiedsrichter wurden mehr mit Beweisen, dürfen kein Auge mehr zudrücken und sollen nicht den Weg des geringsten Widerstandes gehen. Wer sich in den ersten Minuten Respekt verschafft, wird kaum die Kontrolle über das Spiel verlieren.“ Und weiter: „Schiedsrichter, die dazu neigen, den Heimmannschaften mehr Recht einzuräumen als den Gastmannschaften, bringen nicht nur sich selbst, sondern auch das ganze Schiedsrichterwesen in Verruf.“ Komisch, dabei hätte man doch glauben müssen, daß diese Anweisungen eigentlich selbstverständlich sein müßten. Oder ist es doch ein Eingeständnis dafür, daß sich die Schiedsrichter in der letzten Saison nicht immer so verhalten haben? Wahrscheinlich stimmt dies.

Fürchterlich aufgeregt haben sich die deutschen Olympia-Fußballspieler über den Gummersbacher „Wer weniger verdient, ist dumm genug.“ Das war ein Seitenhieb auf den Nationaltorwart Harald Schumacher (30), der nur 275 000 Mark im Jahr beim 1. FC Köln verdient, dafür aber immer zu den Besten zählt, während andere, die schlechter sind, ein höheres Gehalt bekommen. So kurios es auch klingen mag, aber die Kölner drücken Fischer die Daumen, daß er noch möglichst viele Tore erzielt. Sollte Fischer mehr als zehn Treffer erzielen, bekommen die Kölner nämlich von den Bochumern noch ein Zubrot von 50 000 Mark. Bochums Präsident Ottokar Wüst (53): „Das Geld bezahlt ich gerne aus eigener Tasche.“ Er sollte schon einmal anfangen zu sparen.

Fürchterlich aufgeregt haben sich die deutschen Olympia-Fußballspieler über den Gummersbacher Handball-Nationaltorwart Andreas Thiel (22). Thiel hatte in Los Angeles die Bundesligaspieler als „Typen mit Rolex-Uhren“ abqualifiziert, die nur die schöne Stimmung im olympischen Dorf stören würden. Inzwischen haben sie sich wieder vertraut, doch ganz so ohne weiteres wollten die Profis den Handball-Star doch nicht davorkommen lassen. Direkt nach ihrer Rückkehr aus Los Angeles besorgten sie sich einen „Rolex“-Frosch und schickten ihn an Thiels Privatadresse in Gummersbach.

Zuvor hatten sie noch alle unterschrieben: „Mit freundlichen Grüßen. Die Rolexträger.“ Über Geschmack läßt sich streiten und auch sicherlich darüber, ob dies die richtige Antwort jener protzigen Typen mit den dicken Uhren, die sie zweifelsohne nun einmal sind, war.

Die Profis sehen die Sache so wie aus einem sehr vereinfachten Blickwinkel. Sie glauben, die Handballer seien sauer geworden, weil mit dem Einzug der Fußballspieler ins olympische Dorf ihre Chancen, bei den amerikanischen Mädchen rapide ge-

Advertisement for "M. K. A. M. A. L. L." (M. K. A. M. A. L. L.) featuring a stylized logo and the text "M. K. A. M. A. L. L.".

2. Liga

DW, Bonn
Der deutsche Rekordmeister 1. FC Nürnberg sorgt wieder einmal für rekordverdächtige Ergebnisse - allerdings negativer Art. Nach dem Abstieg aus der ersten in die zweite Fußball-Bundesliga erlebt er einen Fehlstart klassischer Art. Nach drei Spieltagen findet sich der Klub mit 1:5 Punkten am Tabellenende und erlitt beim 0:2 in Birstadt die 31. Niederlage in Folge. Erinnerungen an das Jahr 1969 werden wach, als Nürnberg mit Trainer Max Merkel innerhalb eines Jahres Meister wurde und anschließend abstieg. An die Stelle der Spekulationen um den direkten Wiederanstieg in die Erste Liga sind bereits jetzt Mutmaßungen über die Amtszeit von Trainer Höher getreten. Aufgrund der Tabellsituation sah sich Präsident Gerd Schmelzer bereits nach dem dritten Spieltag zu der Erklärung genötigt: „Wir stehen voll und ganz hinter Höher.“ Der in Nürnberg nach dem Abstieg entlassene Mittelstürmer Burgsmüller erlebt derzeit beim Mitkonkurrenten RW Oberhausen ein Leistungshoch und erzielte beim 3:1-Sieg über Aachen alle Oberhausener Tore.

DIE ERGEBNISSE

Stuttgart - Darmstadt	4:2 (1:0)
Saarbrücken - Homburg	1:0 (0:0)
Offenbach - Solingen	4:0 (2:0)
BW Berlin - Ulm	3:2 (0:1)
St. Pauli - Wattenscheid	1:1 (1:1)
Köln - Kassel	3:0 (2:0)
Freiburg - Hertha BSC	2:0 (0:0)
Oberhausen - Aachen	3:1 (2:1)
Birstadt - Nürnberg	3:0 (1:0)
Duisburg - Hannover	1:2 (1:0)

DIE TABELLE

1. Hannover	3	3	0	0	8:4	8:0
2. Wattenscheid	3	2	1	0	4:2	5:1
3. Stuttgart	3	2	0	1	8:5	4:2
4. Aachen	3	2	0	1	7:4	4:2
5. Birstadt	3	2	0	1	5:2	4:2
6. Köln	3	1	2	0	4:1	4:2
7. Freiburg	3	2	0	1	8:4	4:2
8. Saarbrücken	3	2	0	1	4:2	4:2
9. Offenbach	3	1	1	1	6:3	3:3
10. Homburg	3	1	1	1	3:3	3:3
11. Hertha BSC	3	1	1	1	4:5	3:3
12. Kassel	3	1	1	1	5:7	3:3
13. St. Pauli	3	1	1	1	3:5	3:3
14. BW Berlin	3	1	0	2	5:8	2:4
15. Oberhausen	3	1	0	2	3:5	2:4
16. Solingen	3	1	0	2	2:7	2:4
17. Duisburg	3	0	1	2	6:8	1:5
18. Darmstadt	3	0	1	2	4:7	1:5
19. Ulm	3	0	1	2	4:7	1:5
20. Nürnberg	3	0	1	2	2:6	1:5

DIE VORSCHAU

Dienstag: Homburg - Offenbach, Wattenscheid - Oberhausen - Mittwoch: Kassel - Stuttgart, Ulm - St. Pauli, Hertha BSC - Köln, Darmstadt - Saarbrücken, Solingen - BW Berlin, Aachen - Birstadt, Nürnberg - Duisburg, Hannover - Freiburg.

MOTORSPORT / Überraschungssieger bei der 1000-Seen-Rallye in Finnland

Ari Vatanen mit einem neuen Peugeot vorne Audi ist bereits jetzt wieder Marken-Weltmeister

dpa/sid, Jyväskylä
Die Marken-Weltmeisterschaft im Rallyesport gehört wieder Audi, die größte Aufmerksamkeit im Ziel der 1000-Seen-Rallye in Finnland aber galt Peugeot mit dem früheren Weltmeister Ari Vatanen. Dem 32-jährigen Finnen und seinem englischen Beifahrer Terry Harryman war mit dem Sieg auf dem erst zum drittenmal eingesetzten „205 turbo“ im neunten Weltmeisterschaftslauf eine große Überraschung geglückt. Nach 1420 Kilometern und 51 Sonderprüfungen lagen die Finnen Markku Alen und Ilkka Kivimäki auf Lancia Rally als Zweitplatzierte zwei Minuten zurück.

„Dieser Sieg ist für Peugeot und mich eine riesige Motivation“, freute sich der in London lebende Vatanen, der seit zehn Jahren WM-Rallyen bestreitet. Dem geschlagenen Alen (33), Sieger von 1978 bis 1980, blieb nur die Hoffnung: „Im nächsten Jahr komme ich wieder, dann auch mit einem allrad-angetriebenen Wagen.“

Große Freude auch bei Audi. Die Schweden Stig Blomqvist und Björn Cederberg hielten sich an die Anweisung von Sportchef Roland Gumpert und trugen ihren 360 PS starken Quattro in der letzten Nacht förmlich ins Ziel, ließen sich sogar noch von den Finnen Henri Toivonen und Juha Piironen im zweiten Lancia überholen und stellten mit Platz vier den zweiten Marken-Titel für das Ingolstädter Werk seit 1983 sicher. Mit 126 Punkten kann Audi in den

zwei noch ausstehenden Läufen zur Markenwertung (San Remo und England) zwar von Titelverteidiger Lancia (102) noch eingeholt werden, ist aber auch in dem Falle aufgrund der größeren Anzahl der Saisonsiege (bisher fünf) Weltmeister. An diesem Triumph hatte freilich schon nach dem letzten Weltmeisterschaftslauf in Argentinien niemand mehr gezweifelt, als auf den ersten drei Plätzen gleich drei Audi Quattros lagen.

In der Fahrerwertung sieht es jetzt so aus: Blomqvist führt mit 113 Punkten vor Alen mit 90 und dem finnischen Titelverteidiger Hannu Mikkola mit 88. Nur wenn Blomqvist in den kommenden Wettbewerben jeweils

ausfällt und Alen noch zweimal gewinnt, könnte der Lancia-Fahrer den Titel gewinnen.

Dennoch fiel ein kleiner Schatten auf den Triumph von Audi. Der neue, knapp 500 PS starke Quattro, diesmal eingesetzt von Mikkola und der Französin Michèle Mouton, kam nicht ins Ziel. Beide mußten nach Unfällen aufgeben. Michèle Mouton produzierte einen Überschlag, Mikkola kam nach einem Sprunghügel von der Strecke ab und brach dabei die Spurstange. Der Wagen, gegenüber dem herkömmlichen Quattro leichter und kürzer, war wie der Peugeot von Vatanen bei der Korsika-Rallye Anfang Juni erstmals eingesetzt worden.



Die vorverlorenen, aber vorgeblichen Versuche der Mechaniker, Michèle Moutons Audi wieder fahrtüchtig zu machen. FOTO: AP

Erneut aufgeflammt ist bei der 1000-Seen-Rallye die Sicherheitsdiskussion. Am Freitagabend hatten sich die Engländer Julian Roderick und David Holmes mit ihrem Vauxhall mehrmals überschlagen und waren dabei in eine Zuschauergruppe geflogen, die sich in einer Sperrzone aufhielt. Wie durch ein Wunder gab es nur leichte Verletzungen.

Bereits 1981 war die finnische 1000-Seen-Rallye auf diese Weise in die Schlagzeilen geraten. Damals war der österreichische Staatsmeister Franz Wittmann auf einem Audi Quattro in eine Zuschauergruppe gerast. Paul Fain, der Präsident des finnischen Automobilsport-Verbands, wurde dabei so schwer verletzt, daß er wenig später seinen Verletzungen erlag.

Die beiden Engländer waren Neulinge bei dieser Rallye, hatten das Training wie vorgeschrieben nur bei Tempo 60 absolvieren dürfen. Das genügt, um sich den Streckenverlauf einzuprägen, doch wenn im Wettbewerb auf den kurvenreichen Schotterstraßen mit ihren zahlreichen Sprunghügeln auf Zeit gefahren werden muß, dann verhalten sich die Autos oft vollkommen anders als im Training. Und das vor einem Zuschauerchor von 320 000 Schaulustigen, die nicht immer die Absperrungen einhalten. „Das ist genau der Punkt, der mich bei dieser Rallye aufregt“, sagt der zweimalige Weltmeister Walter Röhrl aus Regensburg, der in Finnland nicht am Start war.

Galopp: Blitz schlug ein - Renntag wurde abgebrochen

K. GÖNTZSCHE, Dortmund
Die in den letzten Monaten arg strapazierte Kasse des Dortmunder Galopp-Rennvereins sollte durch eine attraktive Veranstaltung am Samstag wieder aufgefischt werden. Alle Anzeichen sprachen dafür, denn zu der von der Dortmunder Brauerei Thier gesponserten Veranstaltung kamen fast 10 000 Zuschauer. Für einen Samstag-Renntag gegen die Konkurrenz der Rennwoche in Baden-Baden ein beachtliches Resultat. Aber nach sieben von zehn vorgesehenen Rennen und einem Wetttum-

satz von 408 260 Mark mußte Rennbahnsprecher Gerd Schiele in einen Streifenwagen der Polizei steigen und über den Lautsprecher den Abbruch der Veranstaltung bekanntgeben.

Geschehen war dies: Um 17.55 Uhr schlug ein Blitz in die Zentrale der elektrischen Anlagen ein. Sofort waren die Bildschirme des Rennbahnfernsehens dunkel, der Lautsprecher blieb stumm, und der elektronische Wettbetrieb mußte zwangsläufig eingestellt werden.

Die Internationale Rennwoche in Iffezheim bei Baden-Baden begann am Freitag mit dem keineswegs erwarteten Debakel für die deutschen Pferde. Im Oettingen-Rennen über 1600 Meter wanderten die kompletten 76 500 Mark an Rennpreisen ins Ausland. Es siegte mit knappem Vorsprung der Hengst Hoyer aus dem Stall von Scheich Hamdan al Maktoum aus Dubai, der im Rahmenprogramm auch noch mit der Stute Al Sylah erfolgreich war und insgesamt 37 000 Mark kassierte. Frankreichs Champion-Jockey Yves Saint-Martin wurde mit Plucky Dancer Vierer.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

MOTORSPORT

1000-Seen-Rallye: 1. Vatanen/Harryman (Finnland/England) Peugeot 205 Turbo 4:08.49 Std. 2. Alen/Kivimäki (Finnland) Lancia Rally 4:10.49, 3. Toivonen/Piironen (Finnland) Lancia Rally 4:12.57, 4. Blomqvist/Cederberg (Schweden) Audi Quattro 4:14.01. - Stand Marken-Weltmeisterschaft: 1. Audi 126 Punkte (Audi damit Weltmeister), 2. Lancia 102, 3. Renault 55. - Stand Fahrer-Weltmeisterschaft: 1. Blomqvist 113 Punkte, 2. Alen 90, 3. Mikkola (Finnland) 88, 4. Bettiga (Italien) 24.

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal London - Chelsea 1:1, Aston Villa - Coventry 1:0, Everton - Tottenham 1:4, Leicester City - Newcastle 2:4, Luton Town - Stoke City 2:0, Manchester United - Watford 1:1, Norwich City - FC Liverpool 3:3, Queen's Park - West Bromwich 3:1, Sheffield - Nottingham 3:1, Sunderland - Southampton 3:1, West Ham - Ipswich 0:0.

EISHOCKEY

Länderspiel in Garmisch-Partenkirchen: Deutschland - Kanada: Olympiaspielauswahl 2:0. - Freundschaftsspiele: SB Rosenheim - BSC Preußen Berlin 3:3, EC Bad Nauheim - Kölner EC 4:7, Eintracht Frankfurt - Ver Selb 4:4.

TURNEN

Turnwettkämpfe der Freundschaft in Olmütz, Männer: Zweikampf: 1. Blisertschew (UdSSR), 118,300 Punkte, 2. Artemow (UdSSR) 118,875, 3. Balabanow (UdSSR) 117,525. - Transpaletta-Weltmeisterschaften in Osaka: Doppelmittsprung: Mannschaftswertung, Turnerinnen: 1. Australien 41,5 Punkte, 2. Deutschland 41,0, 3. Kanada 39,0. - Einzelwertung, Turnerinnen: 1. Stephens (Australien) 14,20, 2. Dreier (Deutschland) 14,10, 3. Bullock (Kanada) 13,90, 4. Lehmann (Deutschland) 13,80, ... 11. Bradi (Deutschland) 12,70. - Doppelmittsprung-Wettkämpfe, Männer, Mannschaft: 1. Australien, 2. USA, 3. Deutschland. - Männer, Einzel: 1. Austin (Australien) 25,2, 2. Merritt (Australien) 25,3, 3. Elliot (USA) 25,0, ... 5. Püllath, Hartmann, ... 11. Schweder, ... 18. Grasse (alle Deutschland).

REITEN

Internationales Reitturnier in Gijón, S-Springen: 1. Fuchs (Schweiz) Dinsers Club 0 Fehler/23,05 Sekunden, 2. Chappay (Frankreich) Jolie Flore 0/23,3, 3. Thomas (Frankreich) Impala 0/23,3. - Zeitspringen: 1. Pyrah (Großbritannien) Towerlands Firefox 88,82 Sekunden, 2. da Costa (Portugal) Iratus Magali, 88,83, 3. Fevers, Santa Claus 88,91, ... 8. Mehlkopf (beide Deutschland) 110,1.

GALOPP

Große Woche in Iffezheim, Oettingen-Rennen (76 500 Mark/1600 m): 1. Hamdan al Maktoum's Hoyer (Tony Murray), 2. Strawberry Road (Jacques Meloury), 3. Finian's Rainbow (Ernie Johnson), 4. Plucky Dancer, 5. Solarstern, 6. Sharp End, zehn liefen. - Toto, Sieg: 138, Platz 26, 17. - Zweierwette: 1744, Dreierwette: 8432.

SCHIESSEN

Deutsche Meisterschaften der Bogenschützen in Appenweier: Damen: 1. Öckl (Augsburg BSC) 1251 Ringe, 2. Dachner (Höfen SV) 1250, 3. Wolfie (Eggenfelden BS) 1240.

TENNIS

Internationale Damen-Meisterschaft von Kanada in Montreal (200 000 Dollar): Halbfinale, Doppel: Kohde/ Mandlikova (Deutschland/CSSR) 6:7, 6:4, 6:3. - Tennis-Bundesliga, dritter Spieltag: Gruppe 1: Klipper Hamburg - Blau-Weiß Neuss 5:4, Rot-Weiß Berlin - Bamberg 5:4, Bayer - Leverkusen - Iphitos München 5:4. - Gruppe 2: Waldau Stuttgart - Grün-Weiß Mannheim 7:2, Hannover - Etuf Essen 5:4.

BOXEN

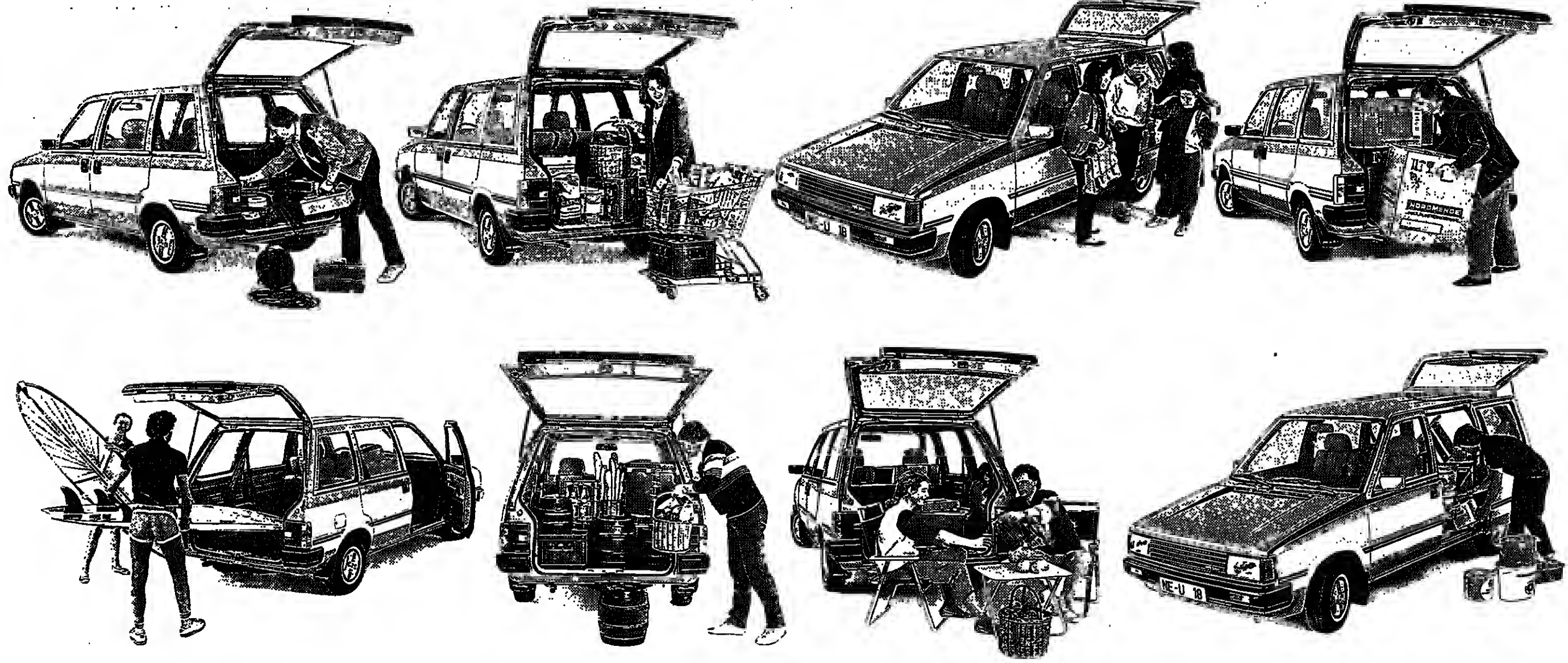
„Turnier der Freundschaft“ in Havana, Finalkämpfe: Halbfliegengewicht: Odelin (Kuba) 3:2 PS über Abdurajmon (UdSSR), Fliegen: Reyes (Kuba) 4:0, Kampf, Raubol (Polen), Bantam: Ledon (Kuba) 3:2 PS über Alexandrow (UdSSR), Feder: Horta (Kuba) 3:2 PS über Nurkasov (UdSSR), Leicht: Herrera (Kuba) 3:2 PS über Mergul (Mongolei), Halbmittel: Duvergel (Kuba) 3:2 PS über Janowski (UdSSR), Welter: Schmidt („DDR“) 4:1 PS über Hernandez (Kuba), Halbmittel: Espinosa (Kuba) 4:2 PS über Tokov (Bulgarien), Mittel: Comas (Kuba) 4:1 PS über Petrich (Polen), Halbschwerg: Romero (Kuba) 4:1 PS über Shin (UdSSR), Schwerg: Baez (Kuba) 3:2 PS über Alvinc (Ungarn), Super-Schwerg: Stevensen (Kuba) RSC, 3. Runde über Abachajan (UdSSR).

LEICHTATHLETIK

8. „Jou van Damme Memorial“ in Brüssel: Männer: 100 m: Baptiste 10,21, 2. Smith (beide USA) 10,23. - 200 m: 1. Butler 20,41, 2. Glance (beide USA) 20,42. - 800 m: 1. Cruz (Brasilien) 1:43,41, Min. 2. Gray 1:43,23, 3. Robinson (beide USA) 1:44,24, 4. Whyke (Venezuela) 1:44,80, 5. Guimaraes (Brasilien) 1:45,15. - 1500 m: 1. Cram (England) 3:54,08. - 3000 m: 1. Aoulita (Marokko) 7:32,30. - 10 000 m: 1. Siedford (USA) 27:47,81. - 400 m Hürden: 1. Dia Ba (Senegal) 48,73 Sekunden, 2. Philipps (USA) 48,86. - 3000 m Hindernis: 1. Mahmod (Frankreich) 8:07,82 Minuten (Europarekord), 2. Kaminiski (Polen) 8:09,18. - Weitsprung: 1. Lewis 8,85 m, 2. Myricks (beide USA) 8,45, 3. Jefferson (Kuba) 8,28 m. - Dreisprung: 1. Betancourt (Kuba) 17,14 m, 2. Banks 17,11. - Hochsprung: 1. Mögenburg (Deutschland) und Wozola (Polen) je 2,31 m, Howard (USA) 2,31. - Stabhochsprung: 1. Vigneron (Frankreich) 5,75 m. - Diskuswerfen: 1. Bugas 68,94 m, Fraser: 100 m Williams (USA) 11,11. - 200 m: 1. Brisco-Hooks (USA) 22,14, 2. Otley (Jamaika) 22,35, 3. Kocembova (CSSR) 22,63. - 400 m: 1. Frackchivova (CSSR) 49,58 Sekunden, 2. Cheesborough 49,78, 3. Brisco-Hooks (beide USA) 50,21.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 5, 11, 13, 33, 43, Zussalzahl: 18. - Toto: 2, 3, 1, 1, 1, 2, 0, 1, 1, 1, 1. - Spiel 77: 2638777. - Rennquintett: Rennen A: 13, 3, 5. - Rennen B: 32, 24, 23. - (Ohne Gewähr).



In der Vielseitigkeit wächst der NISSAN PRAIRIE über sich hinaus.

Mit dem Prairie präsentiert Nissan der Welt ein völlig neues automobiles Konzept, das einzigartig ist. Der Nissan Prairie ist genial konstruiert: Ohne Mittelholm zwischen den konventionell zu öffnenden Vordertüren und den neuartigen hinteren

Schiebetüren der Nissan Prairie durchgehend geöffnet. Der Prairie ist leistungsfähig motorisiert: 1,8-l-Vierzylinder-Motor, 65 kW/88 PS (fährt auch bleifrei); exakt abgestimmtes 5-Gang-Getriebe. Daß ein einzigartig prak-

tisches Automobil auch ebenso überzeugend komfortabel sein kann, beweist die Komfort-Ausstattung des Prairie: Teppichboden, getönte Scheiben, bequeme, stoffbezogene Sitze, Servolenkung gegen Aufpreis. Wartungsintervalle nur alle 20.000 km, 6-Jahres-Garantie

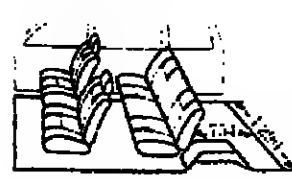
gegen Durchrostung bei nur einer kostenpflichtigen Nachbehandlung. Für DM 18.395,- (unverbindliche Preisempfehlung ab Auslieferungslager), bei 700 Nissan-/Datsun-Vertragshändlern, wo der Prairie auch vorteilhaft zu leasen ist. Aufteilen ab Sonderzubehör.

NISSAN MOTOR
DEUTSCHLAND GMBH,
Nissanstraße 1, 4040 Neuss 1.

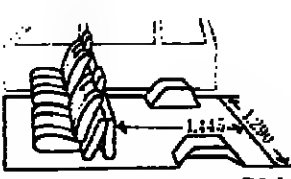


Datsun von Nissan. Seit 50 Jahren.

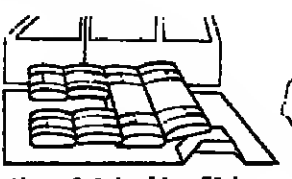
Die Nissan-Finanzierung durch die Universalbank AG. flexibel, günstig, schnell.
2,99% effektiver Jahreszins
Annahme: 25% Laufzeit 12, 24 oder 36 Monate



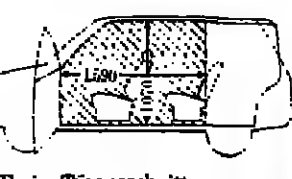
Bei aufgestellter Rücksitzbank mit einer Ladefläche von 0,81 m².



Bei zusammengeklappter Rücksitzbank mit einer Ladefläche von 1,57 m².



Als großzügige Liegefläche.



Freier Türausschnitt von 1,6 m Breite und über 1 m Höhe.



Besser bleiben lassen? - Theaterinszenierungen auf dem Bildschirm

Zwitter von der heiklen Art

Heute abend findet im ZDF mit Shakespeares „Sommernachts Traum“ aus den Münchner Kammer spielen die letzte Heimvorstellung der Reihe „Theater im Fernsehen“ statt. Millionen – das darf man wohl sagen – Millionen Menschen jeglicher Herkunft und Bildung, jeglichen Kunst- und Unterhaltungsverständnisses haben exquisite Theateraufführungen unserer besten Bühnen gesehen, die von renommierten Theaterkritikern ausgewählt und eingeleitet wurden.

Die Frage ist nur: Haben sie wirklich diese berühmten Inszenierungen zu seihen bekommen? Haben sie das Drama, die Oper, die Komödie so gesehen wie die Kritiker, die Zuschauer im Theater an dem betreffenden Abend „live“ sie erlebt haben?

Natürlich nicht. Sie haben mit Sicherheit weniger und mehr und vieles besser gesehen als manche Zuschauer auf ungünstigen Plätzen. Die Fernsehkamera hatte nicht nur einen bevorzugten Platz, sie durfte sich auch frei bewegen zwischen den Parkettreihen und den Rängen, auf der Bühne sogar und in den Kulissen. Sie fuhr zwischen den Schauspielern hin und her, die gleichzeitig von empfindlichen Mikrofonen aus nächster Nähe belauscht wurden. Sie zeigte uns ihre Gesichter in Großaufnahme, ihre Hände, ihre Gebärden, auch Bühnendetails und Requisiten. Aber den echten Theaterabend brachte sie nicht ins Haus. Nicht einmal die originale Inszenierung.

Der Fernsehzuschauer, ob mit oder ohne Bier und Pantoffeln, ist nun einmal anders gestimmt als der Theaterbesucher, auch wenn er vorher vorsorglich belehrt wurde – was ja auch nicht alle mögen. Es ist auch nicht alles getan, durch einen Schwenk in das Parkett erwartungsvolle oder applaudierende Zuschauer einzufangen. In der Pause im Foyer oder am Schluß in den Garderoben ein paar Meinungen abzufragen. Es fehlt die Atmosphäre, das Typische, das Spezifische; es fehlt das Hier und Jetzt, die Lebendigkeit und Unmittelbarkeit nicht nur des unvermittelbaren Abends, sondern auch das Fluidum zwischen Bühne und Parkett, zwischen dem lebhaften Schauspieler und dem konzentrierten Zuschauer, der diesen Abend dem Theater gewidmet hat.

Der Ort des Theaters ist und bleibt die Bühne. Theater im Fernsehen ist –

wenn man die Sache und die Sprache genau nimmt – ein Übel, erst recht, wenn es sich um große Bühnendichtung handelt, wo, wie Hofmannsthal bemerkte, der Kern die Schale ist und die Schale der Kern. Selbst der Dokumentationswert von Aufführungsaufzeichnungen ist begrenzt. Sie sind fraglos informativ, aber nicht authentisch.

Dennoch ist anzunehmen, daß die Theaterwissenschaft künftig darauf zurückgreifen wird. Auch damit argumentieren ihre Befürworter. Es gibt noch eine Menge anderer Argumente, idealistische und handfeste, denen eigentlich nur Puristen sich entziehen können; und es gibt die bereits eingefahrene Praxis.

In den Jahren 1981 bis 1983 wurden von den deutschen Fernsehanstalten 165 Theateraufführungen von 85 Bühnen insgesamt gesendet. Geht man von der statistischen Feststellung aus, daß etwa zehn bis 20 Prozent der Bevölkerung ins Theater gehen, dann hat das Fernsehen in dieser Zeit 80 bis 90 Prozent mit dem Theater bekannt gemacht – und sicherlich nicht

Ein Mittsommerachtsstrom – ZDF, 22.35 Uhr

nur Zuschauer aus theaterfernen Gegenden, die dadurch vielleicht zu einem Theaterbesuch stimuliert wurden.

Aber im Zugewinn neuer Publikumsschichten liegt nicht der einzige Vorteil für das Theater. Fernsehaufzeichnungen bedeuten zusätzliche Einnahmen und vermehren beträchtlich die Eats der privaten wie der subventionierten Bühnen, desgleichen die Gagen der Ensembles. Kabel- und Satellitenfernsehen so wie der explosionsartige Boom der Videoproduktion (mit sechs Millionen Kassetten in diesem Jahr) eröffnen, nach Meinung des Deutschen Bühnenvereins, auch dem Theater ungeahnte Chancen. Die Auseinandersetzungen in den zuständigen Gremien gelten bereits mehr den daraus erwachsenden finanziellen und rechtlichen als den primären künstlerischen Problemen, die uns hier hauptsächlich interessieren sollten.

Als Faustregel – so war auf der letzten Bühnenvereinssitzung zu hören – soll der Grundsatz gelten: Aufzeichnungen müssen im Unterschied zu freien Bearbeitungen möglichst

authentisch sein, das heißt dem Theater so viel wie möglich von dem lassen, was des Theaters ist, und im übrigen nach den Gesetzen, Erfordernissen und Möglichkeiten der Fernsehdramaturgie mit der gebotenen Rücksicht verfahren.

Das bedeutet auf jeden Fall: radikale Kürzungen, eine bewegliche Kameraführung und sonstigen Ausschluß der Öffentlichkeit. Damit stellt sich die Frage nach dem Kollektiv oder Einzelerlebnis und nach dem originalen Kunsterlebnis. Denn die Übermittlung von Kunst ist ja noch keine Kunst. Das Fernsehen muß sich zwangsläufig seiner eigenen spezifischen Mittel – die nicht die der Schaubühne sein können – bedienen, um selbst künstlerisch effektiv zu sein.

Daß es dabei auch noch einer bestimmten Theateraufführung gerecht werden soll, ist nicht sein Problem. Auch nicht das des Theaters, sondern ein künstlerisches Grundproblem, das bisher noch nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte – wahrscheinlich, weil es eine Lösung überhaupt nicht gibt, außer der Einsicht: Besser bleiben lassen!

Entschließt man sich aber – aus was für Gründen auch immer – für den Kompromiß, so entstehen Zwitter von der heiklen Art, wie sie auch in der Reihe „Theater im Fernsehen“ exemplarisch vorgeführt wurden. Da wurde, um nur wenige Beispiele experimentierender Radikalität zu nennen, statt „belletrist“ fast impertinent frontal ins Objektiv der Kamera gesprochen, da wurde die gereimte Kunstsprache bisweilen der Lächerlichkeit preisgegeben, da wirkten die legitimen schauspielerischen Mittel der Darsteller oft grob oder gespreizt, plakativ und deplatziert, weil ihre Stimmen und Gebärden die Verhältnismäßigkeit von Bühnenrahmen und Bildschirm außer acht ließen, so wenig wie der Zeitablauf – „timing“ sagt man ja wohl – sich den anderen Dimensionen anpassen mochte.

Keine Frage, daß die Stoffe des Theaters in ihrer Mehrheit auch für das Fernsehen taugen: man müßte sie nur von Grund auf für den Bildschirm und den Zuschauer neu bearbeiten. Das Theater aber sollte auf der Schaubühne bleiben und diese gegen das Fernsehen und die Millionen Videokassetten mit seiner unübertragbaren Kunst verteidigen.

EO PLUNZEN

STUDIO

Hoch hinaus geht der Deutschlandfunk mit der 20. Folge seiner Sendung „Treffpunkt Bahnhof“, die am 15. September von 15.05 bis 17.00 live von der Kleinen Scheidegg im Berner Oberland kommt. Die Sendung wird vierteljährlich vom DLF in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbahn veranstaltet und von Bahnhofsgelände einer deutschen Stadt aus übertragen. „Treffpunkt Bahnhof“ steht unter der redaktionellen Betreuung von Vera Miltner (Musik) und Günter Lehnigk (Wort), der den Abstecher in die Schweiz als willkommenen Gelegenheitsbetrachter, den „Treffpunkt“ auch im Ausland vor Ort einem größeren Publikum vorzustellen. Hörerbriefe aus dem In- und Ausland legen Zeugnis von der Beliebtheit der Sendung ab, die ihre Zuhörer jeweils mit einem Quiz an die Lautsprecher lockt. Trotz des ungünstigen Sendetermins (Lehnigk: „Die Bundesliga ist unsere schärfste Konkurrenz“) gehen pro Sendung 300 bis 500 Leserbriefe an die Redaktion. Ganz bewußt hat sich das „Treffpunkt“-Team auf die kleineren Städte wie Hamm, Flensburg, Löhrrach oder Coburg konzentriert, „weil wir in den Großstädten untergehen“ (Lehnigk). In Verbindung mit der Sendung am 15. September veranstalten der DLF und die Bundesbahn eine „Hörereise“ zur Kleinen Scheidegg. Karten dafür gibt es an allen Schaltern der Bundesbahn und in den Reisebüros.

*

Die Kürzung der ost- und mitteldeutschen Sendungen des Süddeutschen Rundfunks in der Reihe „Menschen – Zeiten – Landschaften“ wurde vom Leiter der Fachgruppe „Film-Funk-Fernsehen“ der Kunstergilde in Ellingen, Heinz Rudolf Fritzsche, sehr bedauert. Die Begründung, daß dies durch eine ab 1. Oktober veränderte Struktur des 2. Hörfunkprogramms notwendig sei, hält Fritzsche nicht für ausreichend und überzeugend. Der SDR sei neben dem Bayerischen und Westdeutschen Rundfunk der einzige Sender, der ost- und mitteldeutschen Themen noch eine besondere Sendezeit einräumt. Die Kürzung dieser Programme sollte daher in anderer Weise und an anderen Programmplätzen ausgeglichen werden.

DW.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
10.00 heute 10.05 O'Malley, bitte melden! Amerikanischer Spielfilm (1978) 11.48 Heidi Kabel Bild einer Volksschauspielerin	12.25 Bilder aus der Wissenschaft Experimente im Park Von Albrecht Fölsing 12.55 Presseschau 13.00 heute
15.00 Das Tausend des Faches Oken Puppenspiel der Kleinen Bühne Nach einem japanischen Märchen 15.30 Das feuerrote Spielzeug Das Haus mit der Nummer 30 16.00 Tageschau 16.18 Mit wälscherer List Alexandra Kassen und ihr Theater, die Kleinkunstabtöne „Senföpfchen“ in Köln 16.55 Der Spracherbringer Die Stimmkinderin Thea Leymann 17.20 Das Geheimnis des 7. Weges 11. Teil: Geburtstagspläne 17.50 Tageschau Doku: Regionalprogramme 20.00 Tageschau 20.15 Magma Tödliche Tiefe 21.00 Nur ein Viertelstündchen 21.15 Anpassung oder Anpassung? Juden in der Sowjetunion Von Peter Bauer 22.00 Mente, I bin a Gockel Donabengelegte Eier In der Münchner Kleinkunstszene sind sie längst kein Geheimtipp mehr, und nun sollen sie auch dem bundesdeutschen Fernsehpublikum vorgestellt werden: Claudio Schlienger und Hanna Melchior, die in der heute präsentierten Show Lieder, Duette und Sketches zum besten geben. 22.50 Tageschau 23.00 Verloren! Amerikanischer Spielfilm (1947) Mit Robert Mitchum u. a. Regie: Raoul Walsh (Originalfassung mit deutschen Untertiteln) 0.40 Tageschau	14.30 Musikdoku 15.00 heute 15.05 Woyze & Shuster-Show 15.30 Die kleinen Striche 15.55 Ferienkalender 16.55 Alles per Drahtesel 17.00 heute / Aus dem Ländern 17.15 Tele-Blitzlicht 17.50 Ein Cab für alle Fälle Das Geisterflugzeug Doku: heute-Schlagzeilen 19.00 heute 19.30 Reportage am Montag Takar, Lateln und Kerzenlicht Die Elite-Universitäten Oxford und Cambridge, vorgestellt von Werner Ruff 20.15 Unter Gelsen Deutsch-französischer Spielfilm (1964) nach dem Roman von Karl May Mit Stewart Granger, Pierre Brice, Elke Sommer u. a. Regie: Alfred Vohrer heute-journal 22.05 Weltweit aus dem Osten? 2. Teil: Ein Guru in New York 22.35 Sommerfest im ZDF Theater im Fernsehen Ein Mittsommerachtsstrom Komödie von William Shakespeares Mit Claus Eberth, Elisabeth Schwarz, Michael Habeck, Siemen Rühock u. a. Inszenierung: Dieter Dorn Aufzeichnung einer Aufführung der Kommissare München 1.40 heute



Grant Tatum (Dean Jagger, M.) und seine Leute wollen Job Rand (Robert Mitchum, L.) hängen (Verloren – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: ARD

III.

WEST 18.30 Seemannsstraße 19.30 Aktuelle Stunde	NORD/HESSEN Gemeinschaftsprogramm: 18.00 Seemannsstraße 18.30 Aus der Klassikwelt: Mit Jack Cooper 19.00 Lord Peter Wimsey Die rote Ziegen (5) 19.45 Mäcker und Helden der Germanen (7) Das germanische Thing und Karl die Große Diese Folge der Reihe befaßt sich mit der besonderen Funktion, die der Eid für die Germanen hatte. Außerdem stehen die Christiani- sierung der Germanen und Karl der Große im Mittelpunkt des Films.
WEST/NORD/HESSEN 20.00 Tageschau 20.15 Der Traum von den verlorenen Kolossen Das deutsche Afrika-Bild der 20er und 30er Jahre Von Christian Herrendorfer 21.15 Unter Gelsen Ein Film in 13 Teilen und einem Epilog von Rainer Werner Fassbinder nach dem Roman von Alfred Döblin Einleitung: Günter Rohrbach 1. Teil: Die Straße beginnt 2. Teil: Wie soll man leben, wenn man nicht sterben will 3. Teil: Ein Hammer auf den Kopf kann die Seele verletzen 0.35 Letzte Nachrichten	SÜDWEST Nur für Baden-Württemberg: 19.00 Abendschau Nur für Rheinland-Pfalz: 19.00 Abendschau Nur für das Saarland: 19.00 Saar 3 regional Gemeinschaftsprogramm: 19.25 Nachrichten 19.30 Bonanza Der Mordanschlag Vor 140 Jahren geboren: Karl Hagenbeck – ein Platz für wilde Tiere 20.35 Schöners Erben (2) Der Bauer im Bürger 21.20 Mod Movies oder Als die Bilder linsen linsten „Teamwork“ der Komik 21.50 Kairo – das geordnete Chaos Ein Film von Michael Engler 22.50 Soap – oder Trübsal Heim 23.15 Nachrichten
BAYERN 18.15 Heraldispaziert 18.45 Rendschau 19.00 Live aus dem Alabama 20.45 Blickpunkt Sport 21.45 Rendschau 22.00 Z. E. M. Expeditionen in künstliche Gärten Das Märchen von der Menschen- maschine Trends der Robotertechnologie 22.50 Task Force Police Barrios Probleme 23.40 Rendschau	

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß unser verehrter Seniorchef

Eduard Joachim

heute in seinem 81. Lebensjahr verstorben ist.

Seit 1951 hat er mit viel Geschick und Tatkraft die entscheidende Aufbauphase unseres Unternehmens geleitet.

Dabei war er nicht nur unser hochgeschätzter Chef, sondern in den letzten Jahren zunehmend unser Berater und Freund.

Er wird uns fehlen, da er uns Vorbild war an Aufrichtigkeit und Redlichkeit. Es ist uns Verpflichtung, in diesem Sinne das Unternehmen fortzuführen.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter der Firma

Gustav Koch

5014 Kerpen-Türnich, Alfred-Nobel-Straße, den 22. August 1984

Der Trauergottesdienst findet am Mittwoch, dem 29. August 1984, um 13.45 Uhr in der Kapelle des Melaten-Friedhofs, Köln-Melaten, Piusstr., statt. Anschließend ist die Beisetzung.

Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir höflich Abstand zu nehmen.

Auf Wunsch des Verstorbenen bitten wir anstelle eventueller Kränze und Blumen eine Spende an die Vorsteherin, Diakonisse Marie-Luise Bellfuß, des Diakonissen-Mutterhauses „Sarepta“, 4813 Bielefeld-Bethel, Sparkasse Bielefeld 6 420 194 BLZ 48 050 161.

Am 23. August 1984 verstarb nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren unser Aufsichtsratsmitglied, Herr

Walter Schaefer

Uns bewegt der Tod eines herausragenden Mitarbeiters, der drei Jahrzehnte im Unternehmen tätig war und dabei in wichtigen Funktionen große Verantwortung getragen hat. Als ein Mann, der die betrieblichen Gegebenheiten bestens kannte und Vertrauen ausstrahlte, wählte ihn die Belegschaft im Jahre 1977 zum Vorsitzenden des Betriebsrates unseres Werkes Ruhrort. Im gleichen Jahr trat er in den Aufsichtsrat ein und hat durch sein Wirken in diesem Gremium zur harmonischen Zusammenarbeit und Zusammenführung unterschiedlicher Interessen wirkungsvoll beigetragen. Sein Wort hatte bei der Unternehmensleitung wie innerhalb der Belegschaft großes Gewicht.

Dem Verstorbenen werden wir in Würdigung seiner Verdienste um unser Unternehmen ein ehrendes Andenken bewahren.

Duisburg, 24. August 1984

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft der

THYSEN STAHL AG

Die Beisetzung findet am Montag, 27. August 1984, um 11.30 Uhr auf dem Friedhof an der Papiermühlstraße in Duisburg-Hamborn statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80,
– 39 42 oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91-29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104



Schmeckt Ihnen diese Aufgabe?

Als Verkaufsleiter können Sie hier den Vertrieb im gesamten Bundesgebiet neu organisieren: Für ein mittelständisches Lebensmittel-Feinkostunternehmen, das mit seinem Sortiment im ganzen Land gut im Markt liegt. Es geht darum, die erheblichen Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen – eine ausbaufähige Position!

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 1. September, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Ise Scheibler

geb. Lülmann

* 28. Februar 1901 † 21. August 1984

In Dankbarkeit für ihr glückliches, erfülltes Leben

Robert Scheibler
Hanna Scheibler
Barbara Scheibler, geb. Wolff
Dr. Inka Göthert-Scheibler
Prof. Dr. Manfred Göthert
Robert, Julia und Friederike
Joachim, Wolfram und Martin
Georg Lülmann

Hamburg-Blankenese, Goßlers Park 16

Trauerfeier am Donnerstag, dem 30. August 1984, um 12.00 Uhr in der Kapelle des Blankeneseer Friedhofs in Sildorf

VIELE REDEN VOM FRIEDEN. WIR ARBEITEN FÜR IHN.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2 · 3500 Kassel · Postcheckkonto Hannover 1033 60-301

Glemp spricht von politischen Fortschritten

dpa, Tschenstochau

Der Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, hat Fortschritte in der innenpolitischen Lage in Polen festgestellt. Vor Hunderttausenden von Gläubigen sagte er gestern im Wallfahrtsort Tschenstochau, Polen habe in den letzten Jahren große und gefährliche Spannungen durchlebt. Heute seien verschiedene Wünsche der Gesellschaft im Prinzip erfüllt, vor allem die Freilassung der politischen Gefangenen. „Die Gegensätze sind nicht verschwunden, es bleibt noch viel zu erfüllen, aber die Spannung schwächt sich ab und der Hurd des Hasses erlischt“, sagte Glemp.

Mit keinem Wort ging der Kardinal auf seine Äußerungen vom 15. August über das Problem der deutschen Minderheit in Polen ein, die in der Bundesrepublik Deutschland auf starke Kritik gestoßen waren. Auch den Brief, den er inzwischen an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Hoffner, geschrieben und in dem er die Bildung einer gemischten Kommission zur Prüfung einer eventuellen deutschsprachigen Seelsorge vorgeschlagen hatte, erwähnte er nicht.

Lateinamerikas Schulden steigen

rtr, Buenos Aires

Die Gesamtschulden Lateinamerikas werden nach Angaben der regionalen 25-Staaten-Wirtschaftsgruppe SELA bis zum Jahresende um 70 Milliarden Dollar (umgerechnet rund 200 Milliarden Mark) auf 400 Milliarden Dollar (umgerechnet 1,148 Billionen Mark) ansteigen. Der Ständige Sekretär des lateinamerikanischen Wirtschaftssystems erklärte in Buenos Aires, daß sich die Schuldenlast der lateinamerikanischen Staaten Jahr für Jahr um 20 Prozent erhöhe.

Wegen steigender Zinssätze sei in den kommenden Monaten jedoch mit einer noch rascheren Zunahme der Verbindlichkeiten zu rechnen. Im März dieses Jahres noch hätten sich die Gesamtschulden der mittel- und südamerikanischen SELA-Mitgliedsstaaten auf 334 Milliarden Dollar (umgerechnet 933 Milliarden Mark) belaufen.

Generalstreik in Indien: Tausende festgenommen

Indira Gandhi bleibt das Ziel scharfer Attacken

DW, Neu-Delhi

In Indien ist es im Zuge eines landesweiten Generalstreiks am Wochenende zu Massenprotesten und schweren Unruhen gekommen, bei denen nach offiziellen Angaben 50 000, nach Informationen der Opposition rund 200 000 Menschen festgenommen wurden. Der Massenprotest, ausgelöst durch die vor Tagen verfügte Absetzung des Regierungschefs des südindischen Bundesstaates Andhra Pradesh, richtete sich gegen die Politik und das Vorgehen der Zentralregierung unter Ministerpräsidentin Indira Gandhi. Zu dem Protest hatten die meisten Oppositionsparteien aufgerufen.

In Kalkutta kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Gegnern, bei denen 47 Menschen verletzt und mehr als 650 festgenommen wurden. Die Polizei feuerte Trünnern in die Menge und Schüsse in die Luft, um größere Unruhen zu verhindern. In dem südlichen Bundesstaat Tamil Nadu nahmen etwa 50 000 Menschen an Demonstrationen teil. Auch in dem jüngst besonders von

Unruhen betroffenen Staat Andhra Pradesh kam es zu Ausschreitungen. 150 Menschen wurden festgenommen, als sie zum Regierungshauptquartier in Hyderabad marschierten. In Neu-Delhi wurden Helfer von zehn Oppositionsparteien festgenommen, die in einem Zug auf die Residenz des Staatspräsidenten die Wiedereinsetzung des am 16. August entlassenen Regierungschefs von Andhra Pradesh, Rama Rao, forderten.

Aus der hohen Zahl der Verhaftungen, die von der halbamtlichen Nachrichtenagentur PTI inzwischen mit 52 000 angegeben worden war, aber doch höher liegen dürfte, schließt die indische Presse einhellig auf eine massive Beteiligung und damit auf einen Erfolg des Streiks.

Der größte indische Bundesstaat Uttar Pradesh im Norden des Landes erlebte gestern wegen des Streiks den vierten Tag ohne elektrischen Strom. In der Provinzhauptstadt Lucknow und allen anderen Städten ruhten die Kraftwerke und damit auch die Industrie-Produktion.

Engelhard: Kein Notstandsrecht für Polizeispitzel

DW, Bonn

Polizeibeamte dürfen nach Meinung von Bundesjustizminister Hans Engelhard auch beim Einsatz als gezielte Agenten im Verbrechermilieu selbst keine Straftaten begehen. Zu der Diskussion um den Einsatz von sogenannten „Under-Cover-Agents“ meinte Engelhard, es gehe nicht an, Polizeibeamte „eine Art Notstandsrecht“ zuzubilligen, das ihnen auch die Begehung von Straftaten erlaube. Der Kampf gegen Verbrechen dürfe nur mit rechtsstaatlich einwandfreien Methoden geführt werden, da der Rechtsstaat sich sonst selber aufbeuge und dieselbe Ebene betreue wie das Verbrechen. Engelhard räumte allerdings ein, neuen Formen des Verbrechens, etwa dem Bandenwesen nach Mafia-Art müsse mit „modernen und unkonventionellen Formen der Polizeitaktik und -strategie“ begegnet werden.

KAB spricht sich für Erhöhung der Kirchensteuer aus

DW, Saarbrücken

Die katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) hat sich für eine „geringfügige“ Erhöhung des Hebesatzes für die Kirchensteuer ausgesprochen, mit der die entstehenden Einnahmeverluste der Kirchen durch die geplante Steuerreform ausgeglichen werden könnten. Der KAB-Vorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Alfons Müller erklärte am Wochenende, er halte diese Maßnahme „aus Solidarität gegenüber den Familien“ für sinnvoll, als die Pläne der beiden großen Kirchen, die Einnahmeausfälle teilweise auch durch den Wegfall der Vergünstigungen wieder auszugleichen. Müller sagte: „Ich vermag nicht einzusehen, daß nunmehr der Ausgleich wieder zu Lasten der kinderreichen Familien herbeigeführt werden soll.“ Es wäre ein „Akt der Unglaubwürdigkeit, wenn da wieder genommen würde, wo auf der anderen Seite gegeben wurde.“

FDP-Chef Genscher: Behutsames Reden ist vor allem erforderlich

Reaktionen auf die Äußerung des Unions-Fraktionsvorsitzenden Dregger zum Honecker-Besuch

DW, Bonn

In der Diskussion um den Besuch von SED-Chef Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland hat der FDP-Vorsitzende und Außenminister Hans-Dietrich Genscher davor gewarnt, die Verbesserungen im innerdeutschen Verhältnis leichtfertig auf Spiel zu setzen. Offenbar in Anspielung auf die umstrittenen Äußerungen des CDU/CSU-Fraktionschefs im Bundestag, Dregger, der inzwischen Unterstützung vom Vorsitzenden des Innerdeutschen Bundestagsausschusses, Gerhard Reddemann (CDU), erhalten hat, meinte Genscher, es gelte, die Chancen zu nutzen. Um sie nicht zu verspielen, seien „nüchterne Einschätzung des Machbaren und verantwortungsvolles, behutsames Handeln“ gefordert. „Aber vor allem ist behutsames Reden dringend erforderlich“, sagte der FDP-Vorsitzende. Das innerdeutsche Verhältnis sei für die „innenpolitische Profilsuche“ ein zu empfindliches Feld. Nachdrücklich verwahrte er sich gegen „lautes Spekulieren und

fruchtloses Streiten über hypothetische Fragen“. Genscher gab zu bedenken, daß die Ost-West-Verträge beiden Seiten Nutzen gebracht hätten und „noch viele unausgeschöpfte Möglichkeiten“ enthielten. „Je früher die Sowjetunion erkennt, welche Möglichkeiten auch für sie in dieser Entwicklung liegen, umso besser“, erklärte Genscher.

Der Staatsminister im Kanzleramt, Philipp Jenninger, rügte gegenüber „Bild am Sonntag“ die Worte Dreggers. „Vom Bundeskanzler eingeladenen Gäste haben Anspruch auf Höflichkeit. Man kann sich nicht gegenseitig vor's Schienbein treten. Wir jedenfalls wollen unsere erfolgreiche deutsche Politik fortsetzen.“

Auch der baden-württembergische Ministerpräsident, Lothar Spöth, befürwortete normale und selbstverständliche Beziehungen zwischen den Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“. „Wenn wir uns einig sind, daß wir in Europa trotz der unterschiedlichen Systeme miteinander le-

ben wollen, dann sind solche Begegnungen wichtig“, mahnte Spöth. Gespräche mit der „DDR“ sollten so selbstverständlich sein wie Gespräche mit Frankreich und England, fuhr der Ministerpräsident fort, der gleichzeitig vor zu hohen Erwartungen im Zusammenhang mit dem Honecker-Besuch warnte.

Für einen Besuch des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden sprach sich auch das SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischniewski aus. Im Saarländischen Rundfunk sagte er, er halte dies für notwendig und richtig. In der gegenwärtigen gespannten internationalen Situation sei es von entscheidender Bedeutung, daß die beiden deutschen Staaten miteinander redeten. Nach Ansicht des Sozialdemokraten wird die Deutschlandpolitik nicht mehr von der gesamten Koalition mitgetragen. Es gebe Politiker in der Koalition, die „absolut“ gegen die Fortsetzung der Deutschlandpolitik seien, wie sie die sozialliberale Bundesregierung begonnen habe. Davor könne er nur warnen.

„Zeit ist reif für Honeckers Zusage“

Fortsetzung von Seite 1

der deutschen Staatshürgerschaft sei die bisherige Bonner Position „klar und fixiert“.

Unterdessen warnte Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) davor, das Verhältnis zur „DDR“ und zu Polen durch innenpolitische Debatten zu belasten. Auf einer FDP-Veranstaltung in Essen sagte er am Samstag, die letzten Wochen hätten gezeigt, wie wichtig die Entwicklung in Mitteleuropa für das gesamte Ost-West-Verhältnis ist. In dieser Situation seien „nüchterne Einschätzung des Machbaren und verantwortungsvolles, behutsames Handeln“ gefordert, nicht „lautes Spekulieren und fruchtloses Streiten über hypothetische Fragen“. Für „innenpolitische Profilsuche“ seien das deutsch-polnische Verhältnis und die Beziehungen zur „DDR“ ein „zu empfindliches Feld“. Der Spielraum beider deutschen Staaten sei nicht unbegrenzt und werde durch „lautes Spekulieren“ nicht weiter, sagte der Außenminister.

Genscher betonte zusätzlich, in der Regierung gebe es keine Unterschiede in der Bewertung des geplanten Honecker-Besuchs. Er sei im Interesse der deutsch-deutschen Beziehungen insgesamt notwendig. Deshalb müsse alles getan werden, damit er unter „angemessenen und würdigen Bedingungen“ zustande komme. Ohne direkt auf die Dregger-Äußerungen einzugehen, erklärte Genscher, manches, was in den letzten Wochen und Monaten gesagt worden sei, wäre besser nicht gesagt worden.

Der Außenminister mahnte wie schon am Vortag bei einer FDP-Veranstaltung in Essen zu „besonderer Behutsamkeit“ in den deutsch-deutschen Beziehungen. Behutsamkeit bedeute auch, wenn jeder seine Worte richtig zu wählen wisse.

Die „DDR“ hatte den Besuch am Samstag deutlicher als bisher in Frage gestellt. Unter Hinweis auf die Dregger-Äußerungen hieß es am Samstag im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, die „skandalö-

sen und provokanten Ausfälle“ des CDU/CSU-Fraktionschefs ließen darauf hinaus, daß der Besuch nicht stattfinden solle. Keineswegs einflusslose Kreise in der Bundesrepublik Deutschland schafften bereits eine dementsprechende Atmosphäre.

Der Bundeskanzler erwartet trotz des nach seiner Meinung „unnötigen“ und „schädlichen“ Metallstreiks eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent oder „etwas knapp darüber“. Die Unternehmer forderte er auf, „Patrioten“ zusätzlich auszubildende einzustellen. Personelle Veränderungen im Kanzleramt habe er nicht vor. Das Hauptproblem, das in den letzten Wochen zu Kritik an der Arbeit des Kanzleramts geführt habe, sei „die totale Überlastung durch den Arbeitsanfall“ gewesen.

Der Kanzler verwies auf die niedrige Preissteigerungsrate von knapp über zwei Prozent. Die Bundesregierung wolle ihre Politik der Konsolidierung des Haushalts fortsetzen.

Papst-Reise nach Litauen nicht erlaubt

Fortsetzung von Seite 1

gemacht hat, wird in vaticanischen Kreisen als Anzeichen für eine Zuspitzung des Verhältnisses zur Sowjetunion, der Führungsmacht des östlichen Weltlagers, gewertet. Johannes Paul II., so meint man, hätte sich kaum zu einer derart offenen Anklage entschlossen, wenn der Dialog mit Moskau im Rahmen der vaticanischen Ostpolitik nicht auf einem Tiefpunkt angelangt wäre. Die Hoffnung auf einen Modus vivendi, die im Juli 1983 durch die sowjetische Erlaubnis zur Ernennung zweier neuer litauischer Bischöfe geweckt und im April 1983 durch den „Ad-limina“-Besuch der litauischen Bischöfe in Rom gestärkt worden war, scheint jetzt so gut wie geschwunden zu sein. Offenbar befürchtet die neue sowjetische Führung unter Tschernenko, daß der „polnische Basilius“ durch einen Papst-Besuch auch nach Litauen eingeschleppt werden könnte.

Einen ersten Hinweis auf die Zuspitzung der Lage hatte schon ein Dokument gegeben, das von fünf im Exil lebenden litauischen Bischöfen – darunter auch der aus Litauen stammende Kurien-Amerikaner, Erzbischof Marinkus – am 4. März dieses Jahres, dem 500. Geburtstag des heiligen Kasimir, im Anschluß an eine „Capella papale“ veröffentlicht worden war. Darin hieß es: „Alle Welt soll wissen, daß Hunderttausende von Litauern wegen ihrer christlichen Überzeugung in Verteidigung von Freiheit und Menschenrecht in den Gefängnissen und in den Arbeitslagern Sibiriens den Tod gefunden haben.“

Bischof Goretzky von Assisi kommentierte die Weigerung Moskaus, den Papst das Land besuchen zu lassen, mit den Worten: „Das ist eine Ungerechtigkeit, eine offene Verletzung des Rechts, eine Beleidigung der Christen und der ganzen Menschheit. Die Christen Litauens leiden schon seit langem. Eine halbe Million Litauer sind nach Rußland deportiert worden.“

Die Weigerung der sowjetischen Behörden ist, so die römische Zeitung „Il Messaggero“, ein Rückschlag für die vaticanische Ostpolitik: „Das Eingreifen von Papst Wojtyla in die Krise der katholischen Litauens ist ein politisch dramatischer Akt, dessen Bedeutung nicht auf die Pflicht und das Recht des obersten Priesters begrenzt werden kann.“

Sie können uns nicht mit einer Bank verwechseln.

Mit gutem Grund sind der Post wichtige Kommunikations- und Transportfunktionen übertragen worden. An jedem Ort sollen zu jeder Zeit ohne Ansehen der Person zu vernünftigen Bedingungen Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Geldtransfer ist in einer modernen Industriegesellschaft nichts anderes als Kommunikation. Deshalb ist es nur folgerichtig, daß die Deutsche Bundespost mit dem Postgirosystem auch diese Aufgabe erfüllt: Jeder Bürger soll so preisgünstig wie möglich den bequemsten Zugang zu den wichtigsten Gelddienstleistungen haben. Und PostGiro ist eben dadurch, daß es ausschließlich auf den Zahlungsverkehr spezialisiert ist, sehr schnell und sehr bequem. Und sehr kostengünstig ist es auch. Denn alle Buchungen werden sehr rationell bei nur 13 Postgiroämtern bearbeitet.

Übrigens ist PostSparen die notwendige und sinnvolle Ergänzung. Es ist Geldaufbewahren zu einem marktgerechten Zins. Es bietet logischerweise einen zusätzlichen Nutzen: Wo auch immer die Post geöffnet hat, kann man vom Postsparsbuch bequem Geld abheben.

Also: Das Postgiro-System ist keine Universalbank mit komplexem Service. Es ist spezialisiert, besonders effektiv und kostengünstig. Das Postgiro-System bietet nicht alles im Geldbereich, aber das, was wichtig ist, perfekt. PostGiro. Unsere Aufgabe ist, den größten Nutzen für alle zu bieten.

PostGiro. Ganz einfach Zahlungsverkehr nach dem Auftrag des Gesetzgebers.



PostGiro. Das clevere Konto.

Post

Mut zum Risiko

bg - Es geht auch anders, aber so geht es auch: Die Schweizerische Unternehmerfamilie Wassmer hat die Überschüsse aus ihrer Zementproduktion nicht zur Bank getragen, sondern angeschlagene Hersteller im hochverarbeiteten Konsumgüterbereich übernommen. Sie hat sich nicht mit windiger Finanzierung schnell einen Konzern zusammengesammelt, um möglichst rasch noch mehr Geld zu verdienen. Sie hat stattdessen etwas unternommen.

Was daran ungewöhnlich ist? Während bekannte Aktiengesellschaften die Dividenden aus ihren Kapitalerträgen bezahlen können, während große deutsche Bauunternehmen längst zu Banken mit angelegtem Bausegment degenertiert sind, ist hier jemand mit Leistungsbereitschaft und Risikofreude in zwei schwierige Branchen eingestiegen. Nobel-Schube von Charles Jourdan und hochkarätige Sitzmöbel von DeSede sind nicht so einfach herzustellen und zu verkaufen wie Zement, dem keine Mode etwas anhaben kann.

Die Unternehmensphilosophie dahinter klingt einfach: Zement- und Kiesproduktion seien sehr kapitalintensiv, heißt es, und würden bei jeder Baurezession voll getroffen. Schube und Möbel unterliegen anderen Zyklen und außerdem komme man bei der Fertigung mit

einem sehr niedrigen Anlagevermögen aus. Die niedrige Kapitalrendite aus dem Zement und die hohe aus den Konsumbereichen - das sei doch eine gesunde Mischung. „wenn es gut geht“.

Wenn es gut geht - das ist der Mut zum Risiko. Und das ist es, was manchem Unternehmer heute fehlt.

Steuerzahler

gil - Immer mehr Steuerzahler suchen Zuflucht bei der Finanzgerichtsbarkeit. Im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik schnitt die Zahl der Eingänge in einem Jahrzeit von rund 5800 auf 20 400 empor. Allein beim Finanzgericht Münster sind 10 000 Verfahren anhängig, 1984 kommen rund 8500 hinzu. Der Trend zu ständig mehr Verfahren und längerer Dauer bis zur Entscheidung ist bundesweit. Ein Volk von Prozesshanseln? Nein, die entscheidende Ursache ist das überkomplizierte Steuerrecht, die Regelungswut des Gesetzgebers. Die geforderte Einfachheit des Steuerrechts derart unverdrossen mit Füßen zu treten, wird vielfach als Einladung verstanden, den trickreichen Fiskus seinerseits auszuweichen. Wie Demoskopen ergründeten, ist das Unrechtsbewusstsein in Steuersachen ohnehin groß. So wichtig Steuerentlastungen sein mögen - ohne eine flankierende Vereinfachung des Steuerrechts bleiben sie Stückwerk. Dies ist ein Gesichtspunkt, den die Politiker zumeist verdrängen.

Mühevoller Etatausgleich

Von W. FREISLEBEN, Wien

Das Budget steht in seinen Grundzügen wie zu einem Großteil auch im Detail fest. Die Verhandlungen zwischen Finanzministerium und den anderen Ministerien auf Beamtenebene wurden bereits abgeschlossen. Jetzt gehen die Minister in die Endrunde.

Der letzte Akt der Festlegung der Ressortausgaben wird aber der wirtschaftspolitisch wichtigste sein. Zwar geht es nur mehr um lächerliche 20 Milliarden Schilling bei einem Gesamtausgabenrahmen von mehr als 450 Milliarden (etwa 64 Milliarden Mark). Aber diese Restgröße kann keineswegs als quantitativ vernachlässigbar betrachtet werden: Immerhin entscheidet sie über die Höhe des Defizits im Staatshaushalt.

Bei halbwegs geordneten Bundesfinanzen wären wohl auch die letzten fünf Prozent der Ausgaben kein Problem. In Österreich jedoch ist seit 1982 das Budgetdefizit ebenso wie die Staatsschuld explodiert.

Finanzminister Herbert Salcher konnte bei seinem Amtsantritt zu Beginn 1981 einen Haushalt übernehmen, dessen - noch von seinem Amtsvorgänger Hannes Androsch projektiert - Defizit von 2,6 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt bei Wirtschaftsexperten mit Genugtuung registriert wurde. In der Folge fehlte Salcher dann gleich zweimal die nötige Fortuna. Sowohl 1982 als auch 1983 fiel die tatsächliche Haushaltsabgabe gegenüber den Salcher-Voranschlägen weit aus dem Rahmen. Anlaß für die Opposition, aber auch für sozialistische Spitzenfunktionäre, die Abfälle des SPÖ-Ministers zu fordern.

Als das Defizit schließlich im vergangenen Jahr auf beängstigende 6,2 Prozent (1982: 4,1) gemessen am BIP anstieg, wurde für die sozialliberale Koalition die Lage ernst. Für 1984 bastelte sie ein monetäres Sanierungsprogramm. Durch Kürzungen, unter anderem bei den Ausgaben für Subventionen, Verwaltung und Schulbücher, wurden sieben Milliarden Ausgaben gestrichen, bei gesetzlich fixierten Sozialleistungen vier Milliarden und durch Umschichtung weitere 5,8 Milliarden Schilling eingespart. Auf der anderen Seite wurde die Steuerschraube stark angezogen, was die Bürger zusätzliche 17 Milliarden kostete.

BETRIEBSKRANKENKASSEN

Bundesländer unterlaufen Versuch der Kostendämpfung

HARALD POSNY, Düsseldorf
Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BdB) befürchtet, daß die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen durch die Krankenkassenpolitik der Bundesländer unterlaufen werden. Immer klarer werde, so der BdB, daß die meisten Länder entschlossen seien, demnächst alle gesetzgeberischen Zuständigkeiten für den Krankenhausbereich an sich zu ziehen. Nach der Auflösung der bisher von Bund und Ländern gemeinsam vorgenommenen Mischfinanzierung wollten die Länder jetzt auch die alleinige Zuständigkeit für die Krankenhaus-Bedarfsplanung und für die Regelung der Pflegesatzfindung übernehmen.

Der BdB erwartet, daß die ohnehin schon wieder expandierende Kostenentwicklung im Krankenhaus (im 1. Quartal 1984 plus 5,8 Prozent) durch

die Ausschüttung des Bundes in Zukunft noch stärker „aus der „Luderläuft“. Die Gesamtaufwendungen der Betriebskrankenkassen sind im 1. Quartal je Mitglied um 7 (1,7) Prozent gestiegen. Die Beitragseinnahmen wuchsen nur um 0,8 (2) Prozent. Eine andauernde Entwicklung in dieser Richtung werde sich mit Sicherheit auf die Beitragssätze auswirken, erklärte BdB-Geschäftsführer Kurt Friede.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind die Ausgaben der BKK für Ärzte um 5 (0,2) Prozent, für Zahnärzte um 3,7 (minus 2,9) Prozent, für Zahnärztinnen um 4,2 (minus 1,5) Prozent gestiegen. Die Krankenhauspfege verteuerte sich um 7,1 (5,4) Prozent.

Die Maßnahmen auf der Mitgliederseite zur Kostendämpfung sind nur wenig wirksam, weil es zu viele Ausnahmen gebe.

INNERDEUTSCHER HANDEL / DIHT-Umfrage vor der Leipziger Messe

Wenig Hoffnung auf mehr Aufträge Eine Wende wird erst 1985 erwartet

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Eine Wende im innerdeutschen Handel zeichnet sich vor der Leipziger Herbstmesse, die Sonntag beginnt, nicht ab. Unter den Lieferanten aus der Bundesrepublik überwiegen die Stimmungen, die trotz des Rückgangs ihrer Verkäufe im ersten Halbjahr um 19 Prozent bis zum Jahresende mit einem gleichbleibenden Geschäft rechnen. Für 1985 ist die Erwartung positiver. Die Einkäufer von „DDR“-Waren gehen auch für den Rest des Jahres von höheren Bezügen aus, die in den ersten sechs Monaten um zwölf Prozent gestiegen waren.

Nach einer Untersuchung der „Arbeitsgemeinschaft Handel mit der DDR“, die vom Deutschen Industrie- und Handelsstag (DIHT) in Bonn weitgehend übernommen wurde, wird Ost-Berlin seine Verbindlichkeiten im innerdeutschen Handel, die im ersten Halbjahr um 0,5 auf 3,6 Milliarden Mark reduziert wurden, weiter abbauen. „Der von der Bundesregierung wiederum abgesicherte zweite Euro-Kredit von knapp einer Milliarde Mark wird, wie schon sein Vorläufer, den innerdeutschen Handel nicht befruchten.“ Nach Vermittlungen der Arbeitsgemeinschaft dient er nicht nur zur Erhöhung der Guthaben der „DDR“ bei westlichen Banken, sondern auch der Zahlung von Zinsen und Annuitäten.

Die Arbeitsgemeinschaft weist auf kritische Stimmen in der Wirtschaft hin, wonach die Bundesregierung „gut beraten“ wäre, in ihrer Kreditpolitik gegenüber der „DDR“ ökonomische Interessen stärker zu berücksichtigen. „Spätestens im kommenden Jahr bei den anstehenden Verhandlungen über den Swing über 1985 hinaus ist diese Frage erneut zu

stellen, weil nach Firmenberichten mit Beginn des neuen Fünfjahresplanes im Jahr 1986 begründete Aussichten für eine Belebung des Investitionsgüter- und Anlagengeschäfts bestehen“, heißt es.

Der niedrige Stand der Lieferungen lasse sich nicht mehr auf eine mangelnde Bereitschaft der Banken zur Finanzierung zurückführen. Mittelschlechte Hersteller von Investitionsgütern bezeichneten vielmehr die Rahmenkreditverträge einiger westdeutscher Banken mit der Deutsche Außenhandelsbank in Ost-Berlin als „eine Erleichterung des Geschäftsabschlusses mit der DDR“. Auch der Swing von 990 Millionen Mark sei in den ersten sechs Monaten im Durchschnitt nur zu 41 Prozent ausgenutzt worden.

Die bis einschließlich Juli vorliegenden Auftragseingänge ließen keine Wende in den Konsolidierungsmaßnahmen erkennen. Der Auftragsbestand habe auf der Lieferseite um 17 Prozent unter, auf der Bezugsseite um 13 Prozent über dem Vorjahresniveau gelegen. Beim Orderingang aus der „DDR“ seien die Rückgänge im

ersten Quartal stärker ausgeprägt gewesen als im zweiten. Dagegen habe sich die Kurve der Aufträge in die „DDR“ nach den starken Zuwächsen im ersten Vierteljahr immer weiter abgeflacht.

Auf der Lieferseite seien die Aufträge besonders dort - wie bei Eisen und Stahl - zurückgegangen, wo sie 1983 ungewöhnlich kräftig gestiegen waren. Aber auch die Verkäufe von Investitionsgütern lägen weiter im Windschatten. Allerdings hätten jetzt gerade mittelständische Investitionsgüterhersteller über kleinere Projekte verhandelt, für die aber die Mittel bisher nicht freigegeben wurden. Dabei handele es sich vorwiegend um Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in der Kunststoffverarbeitung, bei Chemiefasern, im Textilmaschinenbau und in der Verpackungsindustrie. Größere Objekte, vorwiegend für die Exportindustrie der „DDR“, seien für die folgenden Jahre zu erwarten.

Der DIHT weist nachdrücklich auf die Gefahr hin, daß die kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Investitionsgüterbereich, die in den vergangenen Jahren leer ausgegangen sind, sich von der Leipziger Messe zurückziehen könnten. In diesem Jahr ist die Beteiligung aus der Bundesrepublik mit rund 550 Ausstellern, nach der „DDR“ das zweitgrößte Kontingent, noch nahezu konstant geblieben.

HERBSTMESSEN

In Frankfurt und Offenbach mehr Besucher gezählt

dpa, Frankfurt
Während die Frankfurter Herbstmesse am Samstag zur Eröffnung ein leichtes Besucherplus von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnete, setzte am Sonntagmorgen der Andrang von regionalen Einzelhändlern zunächst nur schleppend ein. Rund 70 000 Besucher werden zu der bis zum 29. August dauernden Schau erwartet.

In neun Hallen zeigen 3484 Aussteller, die aus 58 Ländern kommen, Neuheiten aus Haushalt, Küche und Kunsthandwerk. Viele der beteiligten Branchen erblicken sich von der Messe eine Belebung des unbeständigen Inlandgeschäfts.

Die Erwartungen der 468 Aussteller bei der 78. Internationalen Offenbacher Lederwarenmesse haben sich nach zwei Tagen „nur teilweise erfüllt“, berichtete eine Messe-Sprecherin am Sonntag. Mäßig sei bisher das Interesse der inländischen Kunden an den Kollektionen aus Leder und Ersatzstoffen für Herbst und Winter. Dagegen drängten sich in Offenbach mehr ausländische Interessenten als im Vorjahr.

Nach den vom Lederwareneinzelhandel gemeldeten Umsatzsteigerungen im ersten Halbjahr 1984 rechnet die Messeleitung bei der bis zum Dienstag dauernden Messe allerdings noch mit einer verstärkten Ordnung der Messebelegung bei den Produzenten. Als wichtiger Messetag wird der Montag angesehen. „Da kann sich noch einiges ändern“, sagte die Sprecherin der Messeleitung. Für den Lederwarenfachhandel und andere Lederwaren führende Handelssparten ist die Offenbacher Messe ein Hauptordertermin.

PATENTE

Die Union beklagt, daß es zu wenig Auslegestellen gibt

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Gerade für kleine und mittlere Unternehmen müsse nach Ansicht des CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein, die Möglichkeiten verbessert werden, Auskünfte über Patente zu erhalten. Gerstein hat jetzt entsprechende Fragen zum Technologietransfer an die Bundesregierung gerichtet.

Patentschriften sind für deutsche Unternehmer seiner Ansicht nach nicht nur eine wesentliche Fundgrube, um sich über Produktionsmöglichkeiten zu informieren. Auch in Fragen der Patentdokumentation eigener Erfindungen, des Rechtsschutzes sowie der Normen und Standards ließen sich anhand von Patentschriften und Hilfestellungen bündeln sogenannte Auslegestellen, die laufend Druckschriften des Bundespa-

tentamtes zur Einsichtnahme bereit halten. Einige dieser Auslegestellen - zum Beispiel in Nürnberg und Stuttgart - berieten sogar die Erfinder kostenlos.

Gerstein: „Solche Auslegestellen sind damit ein wertvolles Instrument des Transfers von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die deutsche Wirtschaft.“ Allerdings: Die Zahl der Auslegestellen des Patentamtes sei zwar von 1950 bis 1980 von 39 auf 43 gestiegen, seitdem jedoch auf 25 im Jahre 1970 und nur noch 16 zehn Jahre später gesunken. Heute gebe es nur noch 14 Auslegestellen, von denen die des Vereins Deutscher Ingenieure in Düsseldorf nur durch private Initiativen erhalten werden können. Betroffen seien von dieser Entwicklung vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die über kein eigenes Archiv oder eine entsprechende Bücherei verfügten.

AUF EIN WORT



Die Abschwächung auf dem inländischen Bau- und Markt nach Auslaufen der staatlichen Förderungsmaßnahmen macht wieder einmal deutlich, daß staatliche Sonderprogramme nur kurz anhaltende Nachfrageimpulse auslösen, jedoch nicht die wünschenswerte Verstärkung der Bautätigkeit bringen. Im Gegenteil, durch die enge zeitliche Begrenzung der Fördermaßnahmen wurden Projekte vorgezogen, die den Auftragsgang verstärkten und jetzt einen um so tieferen Einschnitt zur Folge haben.

Hermann Becker, Vorstandssprecher der Philipp Holzmann AG. FOTO: GIEWEL

FRANKREICH / Hohe Zinsen sollen vermehrt Auslandskapital anlocken

Kreditpolitik bremst die Wirtschaft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die jüngste Zinssenkungsaktion der französischen Regierung stellt sich auf den ersten Blick als eine Lockerung der restriktiven Kreditpolitik dar. Zwar sind die mengenmäßigen Kreditbeschränkungen unverändert geblieben. Aber die meisten Kreditnehmer haben jetzt niedrigere Zinsen zu zahlen.

Im gewogenen Durchschnitt einschließlich der staatlich subventionierten Kredite liegt der Realzins gegenwärtig in Frankreich bei sechs Prozent - gegenüber einem Tiefstand von vier Prozent 1983. Zwischen Frühjahr 1978 und Herbst 1980 war der Realzins sogar negativ (bis zu minus zwei Prozent) gewesen. Aber auch in der Zeit davor sind Kredite real weit weniger teuer als heute gewesen.

Nicht subventionierte Wohnungsbaukredite beispielsweise kosten inzwischen inflationsbereinigt 8,13 Pro-

zent Zinsen gegenüber vier Prozent vor fünf Jahren. Nicht zuletzt auf diese reale Kreditverknäuerung ist es zurückzuführen, daß die Bautätigkeit von 470 000 auf 332 000 (1973) Wohnungen schrumpfte.

Für Abzugszahlungen hat sich der Realzins seit Herbst 1979 sogar auf 11,3 (6) Prozent erhöht, also mehr als verdoppelt.

Derartig hohe Zinsen gibt es zur Zeit wohl in keinem anderen westeuropäischen Land. Sie erklären sich nicht zuletzt aus der latenten Francschwäche. Um die Devisenabflüsse infolge der Leistungsbilanzdefizite zu kompensieren und damit den Franc-Kurs zu stabilisieren, versucht die Notenbank ausländisches Kapital nach Frankreich zu locken. Zu diesem Zweck hält sie insbesondere den Zinssatz am Geldmarkt hoch. Dort schwankte der Tagesgeldzins in letzter Zeit zwischen elf und zwölf Prozent.

Sehr attraktiv ist das für ausländische Anleger nicht mehr. Für längerfristige Anlagen mag Frankreich zwar interessant bleiben, wenn man auf einen weiteren Rückgang der Inflation spekuliert. Obligationen bringen hier immer noch mehr als nominal 13 Prozent Zinsen. Daraus könnten in zwei Jahren real acht Prozent werden. Hiervon müßte allerdings ein eventueller Abwertungsverlust abgesetzt werden.

Jedenfalls wird die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs durch die hohen Realzinsen weiterhin stark gebremst. Dagegen können die Banken jetzt mit besseren Erträgen rechnen. Denn die Notenbank hat nicht nur die Zinssätze am Geldmarkt, ihre Hauptfinanzierungsquelle, gedrückt. Darüber hinaus senkte die Regierung die Sparzinsen um einen vollen Prozentpunkt. Letztlich vollend damit der Staat an seinen kreditpolitischen Entscheidungen.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street wartet nun auf den Wahlausgang

H.A. SIEBERT, Washington
An der Wall Street sind die meisten Broker davon überzeugt, daß die Hausse an den US-Aktienmärkten noch ein bis zwei Monate andauern wird. Bisher entspricht sie dem üblichen Muster: Nach der ersten starken Phase, die im August 1982 begann, setzte eine lange, etwa 15prozentige Korrektur ein. Das zweite Bein ist immer schwächer, da die Investoren zwischen der Anlage in Sach- und Rentenwerten schwanken. Wegen der nun zu teuren „blue chips“ und anderer Besteller konzentriert sich das Interesse auf zweitrangige Papiere.

Das Börsengeschehen in der vergangenen Woche deckte sich mit dem Erfahrungsbild. Bis auf einen Ausreißversuch in später Stunde, der aber am nächsten Morgen zusammenbrach, herrschte Langeweile. Im Wochenverlauf ging dennoch die Runde an die Hausseiers: Der Dow Jones-Industrie-Index stieg immerhin um 24,63 Punkte (Freitag plus 4,09) auf 1236,53 Punkte. Er liegt damit nur noch um rund 51 Punkte unter seinem Jahreshoch. Der breitere NYSE-Index verbesserte sich um 1,82 (0,23) auf 96,24 Punkte.

In Manhattan Downtown gehen Broker soweit, daß sie für August 1985, dem vierten Geburtstag der jetzigen Hausse, einen „Dow“ von 1500 Punkten voraussagen. Dabei nennen sie aber zwei wichtige Voraussetzungen: Präsident Reagan muß die Wahl am 6. November in einem Erdrutsch gewinnen. Geschähe dies nicht,

schlagen die Märkte um. Sie reagieren auch dann negativ, wenn die Republikaner ihre Mehrheit im Senat verlieren und die Demokraten ihren großen Vorsprung im Repräsentantenhaus noch ausbauen. Im ersten Fall würde Reagan kein wirkliches Mandat zur Durchsetzung seiner Politik erhalten, im zweiten wäre er, was man in Amerika eine „Jahme“ nennt. Das heißt, die Demokraten könnten seine Maßnahmen beliebig blockieren.

Zum anderen muß sich das wirtschaftliche Wachstumstempo mit den USA von selbst stärker verlangsamen, damit die Zentralbank wegen der sonst zunehmenden Inflationsgefahren nicht kräftiger auf die Kreditbremse zu treten braucht. Obwohl viele Indikatoren unterschiedlich interpretiert werden, scheint dieser Kurs abgesteckt. Das läßt sich auch an den Aufträgen für langfristige Gebrauchsgüter ablesen. Nach längerer Durststrecke stiegen sie im Juli zwar um 2,2 Prozent. Rechnet man jedoch die Rüstungsgüter heraus, war der Index im Minus.

Mit einem Fragezeichen zu versehen ist die Geldpolitik des Fed. Inzwischen steht fest, daß das Offener-Markt-Komitee im Juli eine Zweihundert-Milliarden-Dollar-Zielkorrektur der Aggregate leicht verkleinert. Der Rahmen für Tagesgeld aber verbreitert. Längerfristiges Geld bleibt demnach knapp, während die Banken etwas entlastet werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Jede fünfte Maschine auf dem Weltmarkt kommt aus der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Anteil von 20,4 Prozent an der Maschinenexporteure der westlichen Industrieländer liegt sie damit auf zweiter Stelle hinter den USA mit 24,1 Prozent und vor Japan mit 15,2 Prozent. Während sich das amerikanische Angebot vor allem auf einige ertragsreiche Sparten konzentriert, wie z. B. Computertechnik, Landmaschinen und Ölbohranlagen, ist die deutsche Exportpalette sehr reichhaltig. QUELLE: GLOBUS

Luftfahrt: Kieler Institut fordert mehr Wettbewerb

Kiel (dpa/VWD) - Mehr Wettbewerb und weniger staatliche Bevormundung der europäischen Fluggesellschaften hat das Kieler Institut für Wirtschaft gefordert. In einer Studie heißt es, eine Abschaffung der Regulierung nach US-Vorbild könnte den Verkehrsteilnehmern und der Luftverkehrsbranche selbst Vorteile bringen. Bei einer solchen Liberalisierung könnten der Flugbetrieb weiter rationalisiert, die Linienfluggesellschaften und neue Liniendienste eingerichtet werden. Gegenwärtig werde der Spielraum für unternehmerische Aktivitäten im europäischen Luftverkehr durch Vorschriften der Behörden begrenzt. Dazu gehört nach Meinung der Kieler Wirtschaftsforscher die beschränkte Zulassung neuer Anbieter. Auf diese Weise werde der Anpassungs- und Rationalisierungsdruk von den etablierten Fluggesellschaften ferngehalten. Ferner behinderten bilaterale Luftverkehrsabkommen die betriebswirtschaftlich beste Gestaltung der Flugliniennetze.

Stahlerzeugung gestiegen

Brüssel (AP) - Die Stahlerzeugung in den westlichen und blockfreien Industrieländern ist nach Mitteilung des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts in Brüssel in den letzten zwölf Monaten bis einschließlich Juli dieses Jahres um 1,4 Prozent gestiegen. In den USA stieg die Produktion um 9,8 Prozent auf 8,8 Mill. metrische Tonnen, in Japan um 7,9 Prozent auf 9,1 Mill. Tonnen und in der EG um 18,3 Prozent auf 9,9 Mill. Tonnen.

Entlassungen angekündigt

New York (dpa/VWD) - Bis Anfang nächsten Jahres will die American Telephone and Telegraph Company 11 000 Arbeiter und Angestellte entlassen. Der ehemalige Monopolist auf dem Fernsprechtsystem ist Anfang 1984 in sieben regionale Telefongesellschaften und in die neue AT & T aufgespalten worden. Die AT & T, weiter für das Fernsprechnetz zuständig, hatte die frühere Western Electric übernommen, die alle Telefon-Schaltanlagen und das gesamte Telekommunikationszubehör für die ehemalige Riesenorganisation lieferte. Jetzt können aber die regionalen Telefongesellschaften ihre Anlagen und Geräte kaufen, wo sie wollen, so daß die Entlassungen vor allem bei der ehemaligen Western Electric vorgenommen werden.

Neuer Rentenfonds

Frankfurt (cd.) - Unter dem Namen FT „Accuzins“ hat die zur BFF-Bank gehörende Frankfurt-Trust-Investmentgesellschaft einen neuen Publikumsfonds zum Preis von 100 Mark je Anteil aufgelegt. Dieser taugende Rentenfonds legt seine Mittel vorzugsweise in Währungssparanlagen an. Der Fonds will die hohen Zinsen an den internationalen Kapitalmärkten, besonders in den USA, für eine langfristige Anlage nutzen.

Gebührensensenkung begrüßt

Bonn (AP) - Als eine wirkungsvolle Maßnahme zur Intensivierung der Breitbandverkabelung hat der Zen-

	24.8.84	17.8.84
Boeing	53,50	51,875
Chrysler	30,125	29,50
Citicorp	33,75	33,75
Coca-Cola	81	80,875
Exxon	42,75	41,375
Ford Motors	43,50	44,25
IBM	125,025	123,875
PanAm	5	4,75
US Steel	37,825	37
Woolworth	24	23

SINGAPUR / Impulse durch Auslandsinvestitionen

Bemerkenswerter Aufschwung

dpa/VWD, Hamburg
Singapur hat in den 25 Jahren seiner Eigenständigkeit einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung genommen und auch für die Zukunft sind die Perspektiven gut. Dies schreibt der Ostasiatische Verein (OAV) in Hamburg in seinem jüngsten Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung dieses Stadtstaates. Damit habe Singapur auch für deutsche Im- und Exporteure sowie für den Investor zunehmend an Bedeutung gewonnen. Gleiches gelte für Dienstleistungsunternehmen sowie Banken.

Im Herzen der südostasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft Asean biete dieser Platz für die Unternehmen strategische Vorteile bei der Fliege ihrer Beschaffungs- und Absatzmärkte in diesem Raum. Dies komme auch in den Beziehungen mit der Bundesrepublik zum Ausdruck, nachdem der deutsche Außenhandel mit Singapur 1983 mit 2,76 Mrd. DM einen Anteil von fünf Prozent am deutschen Ostasienhandel erreicht hatte. Dabei erreichten die deutschen

Bezüge 1,12 Mrd. DM, während Singapur aus der Bundesrepublik Waren im Wert von 1,62 Mrd. DM bezog. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stieg der Warenaustausch in beiden Richtungen weiter an, so der OAV.

Die Wirtschaftsentwicklung von Singapur werde ganz wesentlich von Auslandsinvestitionen getragen. Laut OAV belief sich der Gesamtwert ausländischer Unternehmen in Singapur Ende 1983 auf rund 20 Mrd. Dollar (rund 51 Mrd. DM). Ende 1981 waren es noch 18,8 Mrd. Dollar. Seit einigen Jahren zählen die Auslandsfirmen zu den Pionieren der sogenannten zweiten industriellen Revolution. Sie leisten entscheidende Beiträge für die technische Höherstufung der Wirtschaft in kapitalintensiven Fertigungsbereichen sowie bei hochwertigen Dienstleistungen. Etwa ein Drittel aller registrierten Firmen wies 1981 (letzte verfügbare Jahresangabe) Auslandsbeteiligungen auf. Von deutscher Seite ist laut OAV auf dem Investitionsgebiet in Singapur noch viel nachzuholen.

Umsatzplatz in der Bekleidungsindustrie

dpa/VWD, Köln
In der deutschen Bekleidungsindustrie hat sich die Konjunktur zur Jahresmitte abgeschwächt. Angesichts hoher Zuwachsraten in den ersten Monaten 1984 sei das Halbjahresergebnis insgesamt aber noch positiv, erklärte der Bundesverband der Bekleidungsindustrie in Köln. Danach verzeichnete die Branche in den ersten sechs Monaten ein Umsatzplus von 7,6 (real 4,6) Prozent auf rund 10,4 Mrd. DM.

Im Außenhandel registriert die Bekleidungsindustrie dagegen „unveränderte Belegungstendenzen“. So konnten die Exporte um 19 Prozent auf zwei Mrd. DM gesteigert werden. Noch kräftiger, nämlich um 26 Prozent auf 4,8 Mrd. DM, stiegen aber die Einfuhren, womit sich ein Importüberschuss von rund 2,8 Mrd. DM ergab, laut Verband eine neue Rekordhöhe. Während in der Branche vor Jahresfrist fast 19 000 Arbeitsplätze verloren gingen, verringerten sie sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 3700 auf rund 190 000.

Zündapp: Konkurs wahrscheinlich

dpa/VWD, München
Der im Vergleich befindliche Motorradhersteller Zündapp-Werke GmbH, München, wird wahrscheinlich Konkurs anmelden müssen. Wie der Vergleichsverwalter Eckhardt Müller-Heydenreich mitteilte, scheint ein Vergleich nicht zustande zu kommen, da die eventuellen Übernahmeinteressenten die Produktion ganz oder teilweise aus München verlegen wollten. Masse für ein Konkursverfahren sei vorhanden. Mit einer Entscheidung sei jedoch nicht vor dem zweiten September zu rechnen.

Der renommierte Motorrad-Rennstall von Zündapp wurde in der vergangenen Woche von seinem Sponsor, dem Motorradzubehörhersteller Krauser GmbH, Mering, gekauft. Krauser hatte laut Vertrag Vorkaufrecht. 1982 hatte Krauser bereits das Rennsportteam der damals ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Motorradfirma Kreidler übernommen. Ein neuer Sozialplan für die 730 Mitarbeiter wird derzeit mit dem Betriebsrat ausgehandelt.

US-STAHLINDUSTRIE / Japanische Beteiligung an National Steel ist jetzt perfekt

Nippon Kokan folgt Honda und Nissan

H.A. SIEBERT, Washington
Die 50prozentige Beteiligung des japanischen Stahlunternehmens Nippon Kokan K. K. an der US-amerikanischen National Steel Corp. ist perfekt. Am 1. September erhält die National Intergroup Inc., Pittsburgh, als Muttergesellschaft 293 Mill. Dollar (nahezu 841 Mill. DM), davon 273 Mill. Dollar in bar und 19 Mill. Dollar in Schuldverschreibungen. Außerdem übernimmt Nippon Kokan 30 Mill. Dollar, die Intergrup der Stahltochter als längerfristiges Darlehen gewährt hat.

National Steel ist Amerikas sechstgrößter Stahlhersteller mit einer Jahreskapazität von rund 5,4 Mill. Tonnen. Das Unternehmen besitzt drei Stahlwerke im Mittelwesten und Kohlegruben, in Minnesota baut es Eisenerz ab. Die Anlagen gelten als die modernsten in den USA, die Zahl der Beschäftigten beträgt 12 500. Die National Intergroup setzte 1983 fast 3 Mrd. Dollar um, wobei der Schwerpunkt im Metallhandel, in der Aluminium-Erzeugung und im Finanzbereich lag. Die Stahlkrise führte zu einem Gesamtverlust von 154,3 Mill.

Dollar. National Steel befindet sich aber wieder in der Gewinnzone.

Fachleute werten die Beteiligung von Nippon Kokan als einen klugen Schachzug. Die Japaner folgen praktisch ihren Kunden Honda und Nissan, die bereits in den USA Personenkraftwagen, Motorräder und Kleinlastwagen herstellen. Toyota nimmt demnächst die Produktion – in den ersten Jahren zusammen mit General Motors – in Kalifornien auf. Voraussetzung ist jedoch, daß die Qualität des von National Steel produzierten Stahls verbessert wird, um den Ansprüchen für Automobile zu genügen. Nippon Kokan wird deshalb mindestens drei Jahre lang die in Amerika erzielten Gewinne in entsprechende Anlagen investieren. Aus Rohstahl gewinnen die Japaner zur Zeit 10 Prozent mehr Stahl als National Steel.

Nippon Kokan wagt auch wegen der in den USA zusätzlich drohenden Importrestriktionen als erster japanischer Stahlkonzern den Sprung über den Pazifik. Wie die EG hat Japan die Lieferungen im vorletzten Jahr auf rund 5 Prozent des amerikanischen Verbrauchs gedrosselt. Die Interna-

tional Trade Commission bejahte im Juni ausländische Dumping- und Subventionspraktiken auf dem US-Markt. Über die empfohlenen Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen muß Präsident Reagan bis zum 24. September entscheiden. Im Wahljahr ist nicht auszuschließen, daß die Forderung der US-Stahlindustrie, die Einfuhren fünf Jahre auf 15 Prozent des Bedarfs zu begrenzen, weitgehend erfüllt.

Unter der japanischen Beteiligung wird die National Steel Corp. wieder ein unabhängiges Unternehmen; die Leitung behält der bisherige Chef Robert McBride. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender wird Nippon Kokans zweiter Mann, Haruki Kamiya. National Steel hat schon ein fünfjähriges Investitionsprogramm eingeleitet, das 750 bis 800 Mill. Dollar erfordert. Bei Detroit wird eine elektrotechnische Galvanisierungsanlage gebaut, die jährlich 400 000 Tonnen rostgeschützten Stahl für Autos liefern soll. National Steel modernisiert außerdem eine Koksbatterie und installiert für eine Produktionslinie das Stranggießverfahren.

EG / Kommission legt ein Fünf-Jahres-Programm zur Bekämpfung der Armut vor

Brüssel veranschlagt 80 Millionen Mark

WILHELM HADLER, Brüssel
Ein „Programm für gezielte Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Armut“ hat die EG-Kommission dem Ministerrat vorgelegt. Es soll Modellvorhaben und Forschungsarbeiten auf europäischer Ebene unterstützen, die sich besonders mit dem durch die Wirtschaftskrise entstandenen Problem des sozialen Abstiegs beschäftigen.

Die anhaltende und hohe Arbeitslosigkeit – vor allem unter Schulgängern – hat nach Meinung der Kommission der Armut seit Mitte der siebziger Jahre ein neues Gesicht gegeben. Damals schon war die Zahl der Armen in der Neuen EG auf etwa 30 Millionen Menschen geschätzt worden.

Die „neue Armut“ trifft nach Ansicht der Brüsseler Experten nicht nur die Jugendlichen oder die Langzeitarbeitslosen, sondern (wegen des Anstiegs der außerordentlichen Geburten) auch die alleinstehenden Mütter. Neben den „traditionellen“ Armen –

älteren Menschen und Obdachlosen – müßten inzwischen auch viele Gastarbeiter, die in ihr Herkunftsland zurückgekehrt seien, der Gruppe der Armen zugerechnet werden.

Das vorgeschlagene Fünfjahres-Programm soll sich entsprechend auf Forschungs- und Demonstrationsvorhaben über die Armut spezifischer Bevölkerungsgruppen in Europa erstrecken. Dabei erwartet die Kommission, daß an jedem Thema mindestens vier oder fünf Mitgliedsstaaten mitwirken; und daß jedes EG-Land mindestens von einem der ausgewählten Projekte besonders angesprochen wird.

Geplant sind ein ständiger Austausch von Erfahrungen und Methoden, eine schnelle Verbreitung der aus dem Vorhaben gewonnenen Erkenntnisse sowie eine ständige Überwachung und Erfolgsbewertung der von der Gemeinschaft finanzierten Projekte.

Die Kommission spricht sich dafür aus, die Kenntnis dieser Probleme

und Ausmaß der Armut „durch den Einsatz sämtlicher Medien“ zu verbreiten. Die Solidarität komme in den Mitgliedsstaaten zwar durch Sozialbeiträge zum Ausdruck, „doch die meisten Einwohner der Gemeinschaft nehmen all die Armen, die sie umgeben, praktisch nicht wahr“. Um einen tieferen Einblick in die Armut zu ermöglichen, sei es ferner notwendig, angemessene und vergleichbare Statistiken über die verschiedenen Dimensionen der Armut zu erstellen und auszuwerten. Deshalb will die Kommission für den kommenden Herbst erstmals eine Konferenz von Sozialstatistikern aus der Gemeinschaft einberufen.

An finanziellen Mitteln für das Fünfjahres-Programm hat die EG-Behörde zunächst 35 Mill. Ecu (78,4 Mill. DM) veranschlagt. Ob das Geld von den Finanzministern bewilligt wird, ist allerdings angesichts der leeren Kassen der Gemeinschaft noch keineswegs sicher.

HIFTVIDEO '84 in Düsseldorf

Einfallsreiche Fälscher

JOACHIM WEBER, Düsseldorf
In der Öffentlichkeit herrscht anscheinend die Meinung vor, daß 90 Prozent aller Videobänder Horror- und Pornostreifen sind, ärgert sich Joachim Birr, Geschäftsführer des Bundesverbandes Video, in dem 36 Anbieter von Video-Software mit einem Marktanteil von zusammen 90 Prozent vertreten sind. Eine Untersuchung der Noveg, einer norddeutschen Video-Einkaufsgesellschaft, hat dem auch etwas andere Quoten ergeben. An 500 000 erfaßten Verleihvorgängen waren indizierte Filme mit 8,9 Prozent, Horrorstreifen mit 5,6 Prozent und Pornofilme mit 10,5 Prozent beteiligt – immerhin. Von einem Verleiherverbot für solche Bänder aus Gründen des Jugendschutzes will Birr gleichwohl nichts wissen: „Damit treiben wir diesen Teil des Marktes in die Illegalität, er taucht ab und wird vollends unkontrollierbar.“

Selbstkontrolle gefordert

Die Branche möchte das Problem lieber in Eigeninitiative nach dem Muster der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) in den Griff bekommen. Die FSK soll auch die Videostreifen auf Tauglichkeit prüfen und mit Altersangaben – „freigegeben ab ...“ – versehen.

Die Kontrolle sei dabei nicht einmal schwierig, weil beim Verleihvorgang ohnehin die Personalien zu erfassen seien. Um die Zuverlässigkeit bei den Verleihstellen zu sichern, schlägt Birr Kollege Klaus Müller-Neuhof vom Hardware-Zusammenschluß Deutsches Video-Institut vor: „Was wir brauchen, sind elementare Niederlassungs-Auflagen für Video-Händler.“

Freilich, so ebenfalls Müller-Neuhof, die meisten Probleme liegen bei den Eltern, die herumlügen lassen, was die Kinder gar nicht sehen sollen. Ihnen will der Bundesverband mit Aufklebern und Plakaten in den Verleihstellen ins Gewissen „reden“. Auch die Industrie bietet bereits eine Lösung an, einen Videorecorder mit einem dahinein programmierbaren „Zählenschloß“ – einem Zifferncode, ohne den das Gerät nicht wieder in Gang zu bringen ist.

Doch nicht nur mit der Moral ihrer Kunden haben die Programm-anbieter Sorgen: „Raubkopien haben uns und dem Staat im letzten Jahr Schäden von rund 550 Millionen Mark gebracht“, hat Birr errechnet. „Schon fast jede zweite bespielte Kassette stammt vom Schwarzmarkt.“

Das sind erhebliche Mengen. Denn in diesem Jahr peilt die Branche einen Absatz von 2,8 (2,5) Mill. bespielte Kassetten an, davon 2,5 (2,2) Mill. Stück im Inland. Nach den in diesem Jahr erstmals ermittelten Umsatzzahlen könnte sich daraus hochgerechnet ein Umsatz von 290 Mill. DM ergeben.

Daß das rasche Wachstum dieses Marktes auch weniger ehrbare Konkurrenz auf den Plan rufen kann, nicht verwundern. Zum einen sind da die Videotheken – die professionellen Videoverleiher unter den insgesamt 5000 bis 6000 deutschen Verleihstellen – selbst. Im regional teilweise schon beinahe konkurrenzlos sind schon etliche von ihnen auf den Trick verfallen, Originalbänder nur noch für ein System, meist VHS, zu kaufen und sie im Hinterstübchen selbst auf die beiden anderen Systeme (Beta und Video 2000) umzukopieren. Die zweite und vom Schaden her größte Gruppe sind die fast industriell arbeitenden „Ident-Fälscher“, die nicht nur schwarz kopieren, sondern zudem noch die gesamte Kassette mit Markenzeichen, Etikett und Verpackung bis hin zur „Fälschungssicherung“ Erkennungsfälle präzise nachahmen. Und schließlich gibt es noch jene einfallsreichen Zeitgenossen, die sich Originalfilme aus dem Kino-Vorführsaal nur mal

eben für eine Nacht „ausleihen“, um sie flugs auch in den Videohandel zu schleusen. Diese Leute werden natürlich auch die Schutzfrist von sechs Monaten ad absurdum führen, die die Filmverleiher durchsetzen wollen, um nicht von Anfang an gegen die Kassettenkonkurrenz antreten zu müssen“, meint Birr.

JVC setzt auf Integration

Die Victor Company of Japan (JVC), Tokio, setzt bei ihrer Zukunftsplanung auf die Integration der verschiedenen Bereiche der Unterhaltungselektronik. Beteiligt der verschiedenen Audio- und Videogeräte werde der Heimcomputer sein, prophezeite Vorstandsmitglied Shigeru Shibuya in Düsseldorf.

Dabei soll der Computer als zentrale Steuerung für alle Geräte fungieren. Mit entsprechender Software wird es auch möglich sein, verschiedene Bild- und Tonquellen zu mischen. Mit einem eigenen Mikrocomputer-Modell mit dem amerikanischen MSX-Betriebssystem führt JVC in Düsseldorf die Bildmischung vor: Ein Computersystem der Diskette läuft vor realisiertem Film-Hintergrund von der Bildplatte ab.

Solche und andere Entwicklungen läßt sich die Matsushita-Tochter einiges kosten. Von den weltweit 14 000 Mitarbeitern sind allein 2000 Entwicklungsingenieure. Im Geschäftsjahr 1983/84 (20.3.) hat der Unterhaltungselektronik-Konzern seinen Weltumsatz um 11 Prozent auf 653 (590) Mrd. Yen (umgerechnet etwa 7,5 Mrd. DM) gesteigert. Dabei stieg der Nettogewinn um 7,5 Prozent auf 23 (21,4) Mrd. Yen, rund 265 Mill. DM. Tragender Bereich blieb der Video-Bereich mit einem Umsatzanteil von 63 (62) Prozent (JVC ist Systemführer des VHS-Lagers), gefolgt vom Audiobereich mit 18 (19) Prozent, dem Fernsehgerätebereich mit 14 (13) Prozent und dem Tonträgergeschäft mit 5 (6) Prozent.

Spitzen-HiFi fürs Auto

„Da gibt es Leute, die fahren eine HiFi-Anlage für 25 000 Mark in ihrem Wagen spazieren“, wundert sich Herbert Mackenthun, geschäftsführender Gesellschafter der MacAudio Electronic GmbH, Delmenhorst. Dabei gehören diese Leute zu seiner Kundschaft. MacAudio nämlich ist auf „Auto-Akustik im oberen Drittel der Preisskala“ spezialisiert.

Wer sein Automobil zu einem Spitzen-Klangkörper zu la Delmenhorst machen möchte – und das sind in erster Linie 22- bis 29-jährige –, muß im günstigsten Fall rund 1600 Mark auf den Tisch legen. Den Durchschnittsaufwand für eine Anlage schätzt Mackenthun auf 2500 bis 3000 Mark. Dennoch kommen die Spitzen(preis)geräte nicht aus Deutschland. Hier entstehen lediglich die Produktentwürfe.

Die Entwicklung und Fertigung läßt MacAudio in Japan durchführen, sozusagen auf der verlängerten Werkbank bei mehreren Spezialbetrieben. Die japanischen Partner erhalten aus Delmenhorst genaue Pflichtenhefte, in denen die Produkt- und Designmerkmale – orientiert am europäischen Bedarf – festgelegt sind, weitergearbeitet wird überwiegend am Telefon.

Was das Unternehmen dafür auslegt, spart es bei den Personalkosten: Ganze 13 Mitarbeiter zählt die GmbH. Vertrieben wird über freie Handelsvertretungen an 750 deutsche Fachhändler. Den Umsatz mag Mackenthun noch nicht nennen, er liegt im „unteren zweistelligen Millionenbereich“. Rund 30 Prozent entfallen auf den Export in die europäischen Nachbarländer und – nach Island, dem Land mit den größten Pro-Kopf-Ausgaben für Unterhaltungselektronik in Europa.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Prognosen nicht erfüllt

Köln (dpa/VWD) – Die konjunkturellen Aussichten für die Bauwirtschaft sind nach Angaben des Kölner Strabag Baukonzerns „alles andere als rosig“. Wie Strabag-Chef Gerhard Hartwich vor der HV erklärte, hätten sich die Prognosen für die Baukonjunktur bisher nicht erfüllt. Der Konzern selbst hat den Angaben zufolge im 1. Halbjahr 1984 etwas über dem Durchschnittsergebnis der Branche gelegen. So stieg die Bauleistung um 10 Prozent auf 1,16 Mrd. DM, während der Auftragseingang mit 1,27 Mrd. DM fast auf Vorjahresniveau gehalten wurde. Der Auftragsbestand hielte mit 2,9 Mrd. DM unverändert.

HHA: Weniger Fahrgäste

Hamburg (VWD) – Die Hamburger Hochbahn AG (HHA) hat 1983 rund 417 (421) Mill. Fahrgäste befördert. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr stiegen aufgrund einer Tarif-erhöhung gleichzeitig auf 329 (321) Mill. DM. Nach Verlustübernahme von 140 (128) Mill. DM durch die Hamburger Gesellschaft für Betriebsverwaltung mbH (HGV) ergibt sich eine ausgeglichene Jahresrechnung. Investiert wurden 103 Mill. DM. Nach einer zum 1. Januar 1984 erfolgten Tarifserhöhung im Hamburger Verkehrsverbund wird mit einem Kostendeckungsgrad von 63,4 Prozent gerechnet. Die zwei Prozent freien Aktionäre erhalten für 1983 eine Garantiedividende von 4 und eine Aus-

gleichszahlung von einer DM je 100 DM-Aktie.

Neue Vertriebslinie

Bielefeld (hdt.) – Die AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, will in ihre Bereiche vorstoßen. Die jetzt von ihr gegründete Tochtergesellschaft Vita-Kauf GmbH soll ein breitgefächertes Sortiment von Gesundheitsartikeln anbieten, das sich von Nahrungsmitteln und Sportartikeln bis zu medizinischen Geräten erstreckt. Die AVA AG betreut derzeit 104 Verkaufsstellen vom Supermarkt bis zum SB-Warenhaus in Westfalen und Niedersachsen. Der Gesamtumsatz 1983 lag bei 1,37 Mill. DM.

Trennung von Baufarben

Düsseldorf (Fy.) – Die zum Höchstkonzern gehörende Wuppertaler Lack- und Farbengruppe Herberts GmbH trennt sich von ihrem Baufarbenbereich und überträgt ihn zum Jahresende auf die Firma König + Flügge, Münster. Herberts begründet diesen Schritt mit dem Hinweis auf noch stärkere Konzentration auf industrielle Serien- und Autoreparaturlacke. Zudem habe sich das Baufarbengeschäft als immer schwieriger erwiesen. König + Flügge ist als mittelständisches Unternehmen einer der führenden Baufarbenproduzenten in der Bundesrepublik. Das Unternehmen wird die Produktmarke Herberts beibehalten.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Peters/Waterman jun.: Auf der Suche nach Spitzenleistungen, Verlag moderne Industrie, 394 S., 48 Mark, Landsberg am Lech 1983.

Managementkonzepte und unternehmerische Erfolgskonzepte haben beinahe eine ebensolche magische Wirkung wie Roulette- oder Lotterysysteme. Der Erfolg des Buches, das lange auf Platz Nummer eins der Sachbuch-Bestseller in den USA unter dem Titel „In Search of Excellence – Lessons from America's Best-Run Companies“ stand und bereits über eine Million Mal verkauft wurde, wundert kaum. Die beiden Autoren, Mitarbeiter der internationalen Unternehmensberatungsfirma McKinsey, wollen nach empirischen Untersuchungen zu den acht Erkenntnisregeln vorgehen, die den Erfolg in den Bilanzen sichtbar machen.

Heiner Radzio: Das Revier darf nicht sterben, Pioniere, Probleme und ein Plädoyer. Claassen Verlag GmbH, Econ Verlag GmbH, Marion von Schröder GmbH, 272 S., 38 DM.

Was ursprünglich in Heftform für den Ruhrstättungsverband geplant war, ist nun doch zu einem runden Buch gediehen: Der uralte Imperativ, daß das Revier nicht sterben darf, und es muß auch nicht sterben, war Radzio aus der Historie abgeleitet. Am Beispiel der Personen, die mit wenig Illusionen und viel Wagemut europäische Wirtschaftsgeschichte machten, wird die Entwicklung seit den Pionieren von einst bis zu den

Managern von heute aufgezeigt. Alles ist eingebettet in die Politik der jeweiligen Zeit – mit der Hoffnung im Rank, daß die gegenwärtige Krise des Reviers überwunden werden möge.

Stellens/Benk/Leonhardt: Verwaltungsverfahrensrecht, C.H. Beck Verlag, München 1983, 1095 S., (Lz.), 158 Mark.

In der zweiten Auflage wird die sehr umfangreiche Rechtsprechung und Literatur der letzten Jahre in der gewohnt gründlichen und verfeinerten Art erläutert und in die Erörterung aller mit dem Verwaltungsverfahren zusammenhängenden Fragen eingebracht. Ebenso sind das Asylverfahrensgesetz vom 16. Juli 1982 und der Entwurf einer Verwaltungsprozessordnung miteinbezogen. Das Schwerpunktthema der Kommentierung liegt wie bisher auf den für die Gesetzgebung wesentlichen Fragen, die unter besonderer Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte des Gesetzes beantwortet werden. In erster Linie wendet sich der Kommentar daher auch an den Verwaltungspraktiker.

Obermayer: Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz, Luchterhand Verlag Darmstadt, Neuwied 1983, 1154 S., 148 Mark.

Das Verwaltungsverfahrensgesetz von 1976 wird praxisnah und übersichtlich umfassend erläutert. Zugleich ist der Kommentar eine dogmatisch-systematische Darstellung des Allgemeinen Verwaltungsrechts.

Die Gliederung zu jeder Norm erleichtert den Überblick. Binnenerweisungen bilden die Brücken zwischen Kommentartexten zu verschiedenen Normen, die im Zusammenhang zum Verständnis zu berücksichtigen sind.

Liebhilf/Mathews: Treuhand und Treuhänder in Recht und Wirtschaft, Verlag Neue Wirtschafts-Briefe, Harns/Berlin 1983, 652 S.

Die Treuhand ist im deutschen Rechtsgebiet mangels eigener gesetzlicher Regelung kein einheitlich ausgebildetes Institut. Vielmehr wurde das rechtsgeschäftliche Treuhandrecht im Laufe von Jahren durch freie Rechtsfortbildung, durch Beurteilung und Entscheidung ständig neu in Erscheinung tretender Fallgestaltungen entwickelt, so daß sich feste Konturen bildeten. Wirtschaftliche Gegebenheiten werden auch in Zukunft auf die rechtliche Ausgestaltung der Treuhand Einfluß nehmen, wie abzuwarten sein wird, ob die höchstgerichtliche Rechtsprechung am Unmittelbarkeitsprinzip und Surrogationsverbot festhalten wird. Fragen, die für die Vollstreckung und Konkursbeständigkeit des Treuhand von immer größerer Bedeutung sind. Dieses Handbuch geht auf die allgemeinen Grundsätze der Treuhand und deren geschichtliche Entwicklung so umfassend ein, daß kaum eine Frage unberührt bleibt. Etwas störend wirkt die Verknüpfung der Anmerkungen an das Ende der Darstellung.

CHARLES JOURDAN / Schweizerische Muttergesellschaft PCW investierte rund 65 Millionen Franken

Preiswerte Marken sollen Wachstum sichern

HANNA GIESKES, Romans
„Heute arbeiten sie alle mit Gewinn.“ Franz Wassmer, Delegierter des Verwaltungsrates der Charles Jourdan International AG in Zürich, ist stolz darauf, daß Jourdan-Großaktionäre PCW sämtliche seit dem Ende der siebziger Jahre erworbenen Unternehmen zur Blüte gebracht hat. Selbstverständlich ist das nicht, denn PCW steht für Portland-Cement-Werk Würenlingen-Siggenthal AG. Wassmer, Mitglied der PCW-Eigenfamilie, räumt ein, daß diese Diversifikationspolitik für einen Zementfabrikanten „eher ungewöhnlich“ ist.

In die Charles-Jourdan-Gruppe, die ihre in Frankreich produzierten Schuhe, Mode und Accessoires über ein weltweites Vertriebsnetz einer kaufkräftigen Klientel offeriert, hat die Mutter PCW seit der Übernahme 1979 rund 65 Mill. Schweizer Franken gesteckt. Erworben wurde das damals leicht angeschlagene Unternehmen vom US-Konzern Genes-

co, an den die drei Brüder Jourdan 1969 die Mehrheit verkauft hatten. Neben der PCW ist die Zürcher Löw AG, die in der Schweiz eine Kette von Luxus-Boutiquen für Mode und Schuhe betreibt, mit ebenfalls 50 Prozent bei Jourdan eingestiegen. Außerdem erwarb PCW eine Beteiligung an Löw.

Die Finanzierung dieser Übernahme erklärt Franz Wassmer kurz und bündig so: „Pump ist bei uns verpönt.“ Es würde ihm nie einfallen, deshalb die Gesundheit des Stammhauses aufs Spiel zu setzen, betont er. Allerdings konnte das Stammhaus, das bereits 1977 und 1978 einige Druckereien und Verlage erworben hatte, die Finanzierung aus eigener Kraft wohl bewältigen: Da in der Schweiz Zement über ein behördlich sanktioniertes Kartell verkauft wird, das Mengenwachstum und Preissenkungen ausschließt, und als einzigen Handlungsparameter Kostensenkung

übrig läßt, fallen bei gutem Management zwangsläufig Überschüsse an.

Deren Investition bei Charles Jourdan bringt heute, bei einem konsolidierten Jahresumsatz von 250 Mill. Schweizer Franken (1983), eine Umsatzrendite von rund fünf Prozent nach Steuern. Dieser Erfolg sei freilich nicht im Schlaf gekommen, versichert Wassmer. Als Lohn der Mühe haben sich die Aktionäre im vergangenen Jahr eine „sehr konservative“ Dividende von zehn Prozent bewilligt, „aber demnächst könnte es auch etwas mehr sein“. Man habe auch Verluste hinnehmen müssen, „die gelegentlich größer waren als erwartet“. Doch Wassmer scheint dies nicht zu schrecken, denn nun widmet er sich mit Verve dem im Januar dieses Jahres erworbenen maroden Sitzmöbel-Hersteller DeSede.

Jourdan beschäftigt derzeit 2533 Mitarbeiter. In Frankreich werden täglich 6700 Paar Schuhe produziert; hinzu kommt eine Tagesproduktion von 2850 Paar als Lizenzproduktion

in 13 Ländern. Da dem Wachstum im hochpreisigen Bereich enge Grenzen gesetzt sind, fertigt Jourdan neben den traditionellen Marken Charles Jourdan und Christian Dior zwei weitere, preiswertere Handelsmarken: Xavier Damand und Seducta. Beide sollen Marktanteile hinzugewinnen.

Für Werbung gibt Jourdan einstellwenn nur zwei Prozent vom Umsatz aus, „aber das soll mehr werden“, auch im Hinblick auf die wachsenden anderen Produktbereiche Bekleidung (15 Prozent vom Gesamtumsatz) und Accessoires (acht Prozent). In der ganzen Welt gibt es 136 Charles-Jourdan-Geschäfte, davon sechs in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Export aus Frankreich liegt bei 60 Prozent vom Umsatz. Dies hat dem Unternehmen einen Preis der Außenhandelsministerin Edith Cresson eingetragen, den Oscar de la Exportation. Wassmer freut sich darüber, „denn das hat bisher noch kein Ausländer geschafft“.

RENTENMARKT / Tendenz ist weiter freundlich

Ausländer kaufen wieder

Die Tendenz am Rentenmarkt ist nach wie vor freundlich. Am Markt der Bundesanleihen hat sich allerdings das Tempo des Zinsrückgangs etwas verlangsamt – anders als in den anderen Marktbereichen. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Bundesbank im Laufe der Woche 380 Mill. DM Bundesmittel aus ihren Beständen in den Markt geschleust hat, an dem sich erstmals seit einiger Zeit wieder ausländische Nachfrage, vor

allem aus den USA, regte. Das könnte mit der Spekulation auf einen schwächeren Dollar und damit auch auf eine Befestigung der D-Mark zusammenhängen, ebenso aber auch mit der Spekulation auf eine Abschaffung der deutschen Kuponsteuer. Im Handel glaubt man freilich, daß die jetzt spekulativ gekauften Papiere wieder an den Markt zurückfließen, sobald Gewinne realisiert werden können. (ed.)

Emissionen	24.8.84	17.8.84	29.12.83	30.12.82	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,42	7,46	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,49	7,52	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,54	7,59	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie, Kreditanstalten u. Körperschaften	7,78	7,76	8,29	8,24	11,52
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,51	7,80	7,90	7,85	10,12
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,26	7,35	7,64	7,43	10,50
Inländische Emittenten insgesamt	7,99	8,05	8,30	7,94	9,75
DM-Auslandsanleihen	7,51	7,60	7,88	7,83	10,19
	7,96	8,03	8,08	8,45	10,37

Pankraz, A. Imhof und die verlorenen Welten

Ein Buch mit einem langen Titel hat der Berliner „Alltagshistoriker“ Arthur E. Imhof im Verlag C. H. Beck herausgebracht: „Die verlorenen Welten. Alltagsbewältigung durch unsere Vorfahren – und weshalb wir uns heute so schwer damit tun...“. Es entpuppt sich bei der Lektüre im wesentlichen als die Fallstudie eines hessischen Bauern aus der Schwalm, der von 1870 bis 1955 lebte und dessen Daseinsumstände Imhof an Hand von Kirchenbucheinträgen, Volkskundlichen Vergleichen und sozialgeschichtlichen Fakten penibel erschließt, und zwar in moralischer Absicht. Imhof möchte zeigen, daß der Bauer Johannes Hooss sein Leben in sehr viel stabileren Verhältnissen gelebt hat als wir Modernen das unsrige, obwohl ein damaliges Leben sehr viel gefährlicher war als ein heutiges, umstellt von Pestilenz, Krieg und Hunger, greulicher Kindersterblichkeit, undurchschaute Krankheiten und ebenso undurchschaute Willkür der Obrigkeit.

Imhofs Tableau ist eindrucksvoll, zumal es auch die kleineren Fataleiten nicht ausspart: primitive oder überhaupt nicht vorhandene Zahnmedizin, Kurzsichtigkeit, die keine Brille ausgleicht, mangelnde Hygiene – und dazugehörig unsere moderne, rentenversicherte, medizinisch umhüllte Normalexistenz. Der Gegensatz könnte größer nicht sein: Hier eine Welt der glatten Rollbahnen, der Zeitstraffung, der Freizeitprospekte – dort die schlammige, von Kirchtürmen begrenzte, vom Ergebnis der jährlichen Ernte ganz und gar abhängige Welt des Johannes Hooss. Und doch gelingt dem Berliner Wissenschaftler der Nachweis, daß diese Welt des Johannes Hooss in vieler Hinsicht mehr Daseinsfülle vermittelt und den Menschen öfter zum Herrn seines Schicksals machte, als es heute der Fall ist.

Da die damalige Kleingelehrte Welt im genauen Sinne des Wortes überschaubar war, war sie in ihren materiellen Substraten auch voll „zur Hand“, d. h. der einzelne wußte, was die Natur jeweils für ein Spiel spielte und welche Regeln zu beachten waren. Der Normalmensch von heute hat zwar einen ungeheuren Bewegungsradius hinzugewonnen, bewegt sich in diesem Umkreis aber weitgehend ahnungslos, weiß nicht, wie und warum sein Auto funktioniert. Die Befähigung steht im umgekehrten Verhältnis zur Befähigung, die Umwelt „ist synthetisch, und aus zweiter Hand, kleine Paniken lösen gleich Panik aus.“

Am größten wird die Panik im Falle von Krankheit und Tod. In der Welt des Johannes Hooss waren Krankheit und Tod ständig anwesend, man mußte sich mit ihnen arrangieren und abfinden und hilfe ihnen gegenüber eine spezifische Gelassenheit aus. Heute ist das Gros der damals durchweg tödlichen Krankheiten durchschaut und entschärft, und der Tod hat sich in Richtung auf einen Altershorizont zurückgezogen, wo er hinter den weißgekachelten Wänden von Sterbekliniken und Intensivstationen verschwindet. Mit anderen Worten: Der Tod ist für die meisten zu einem abstrakten Ereignis geworden, so daß er, wenn er schließlich doch einmal „miten ins blühende Leben“ hineinschlägt, das stillstehende Entsetzen auslöst, als das

ganz und gar Fremde begriffen wird. Hinzu kommt, daß man ihn in den „aufgeklärten Kreisen“ nicht mehr als bloße Passage zur Ewigkeit Gottes betrachtet, sondern als endgültiges Datum. In der Perspektive des Johannes Hooss erschien das Leben noch als letztes Endes gleichgültiges Durchgangsstadium, als Prüfung, die man zu bestehen hatte, um eines viel Größeren, Wertvolleren teilhaftig zu werden. Mittlerweile haben sich die Dinge umgedreht: Das Leben ist für viele zum einzigen noch verbliebenen Gut geworden, und sein Verlöschen, die Runen und Falten, die es in den am Anfang glatten und strahlenden Leih gräbt, werden nicht als Sühnmal der Prüfung, sondern als unverdientes Elend angesehen und wörtlich bejammert.

Die „verlorenen Welten“, die Imhof im Titel seines Buches anspricht, beziehen sich also sowohl auf Diesseits wie auf Jenseits. Einmal haben wir (jeder einzelne eingeschlossen) in ein anderes technisches Spezialistentum den Zugang zur Welt der natürlichen Dinge und ihrer unbefangenen Handhabbarkeit verloren, zum anderen den Zugang zu einem transzendenten Kosmos, der früher überall tröstlich in die Welt des Elends und des Todes hineinragte. Abendliches Hobbywerkeln (als Kompensation zum Spezialistentum) und modisches Sektentum (als Kompensation zum „aufgeklärten“ Nihilismus) liefern nur Surrogate, die letztlich unbefriedigt lassen. Der Tod wurde erfolgreich aus dem täglichen Leben eskamotiert, aber der Preis dafür ist sein Abstraktwerden, eine Feindschaft, die Angst und seelische Übelkeit verbreitet.

Können wir die „verlorenen Welten“ zurückgewinnen, ohne zugleich die Gebrechen und Gefahren, die Johannes Hooss bedrohten, wieder auf uns nehmen zu müssen? Arthur E. Imhof spricht von einer neuen „Weltanschauung“, die dazu nötig wäre. Für Pankraz klingt das zu blaß. Er liest aber gern, wie Johannes Hooss und die Seinen sich ihr schweres Leben erträglich machten, indem sie sich selbst und ihren sterblichen Leib gar nicht so furchtbar wichtig nahmen, indem sie nicht jammerten und barmten, sondern sich mit Energie ihrer „Rolle“ (Imhof) widmeten, beteten und arbeiteten, für das Blühen und Fortbestehen des ererbten Hofes sorgten und sich so wenig wie möglich von den Gedanken Blässe ankränkeln ließen.

Pankraz erinnert dieses Rezept an Goethes „Forderung des Tages“, die es zu erfüllen gelte, um zu einem guten Gewissen zu kommen. Auch in der modernen Gegenwart gibt es diese Forderung des Tages. Gutes tun, für Familie und Werk sorgen, sich sinnvolle Tätigkeiten und Lernbereiche erschließen, den Grillen nicht überhand nehmen lassen und Gottes Schöpfung respektieren – das sind ihre Ingegnienzen, mit denen man verlorene Welten zurückerobert.

Pankraz

Vom Spiel der Grasharfe zum Spiel mit dem kaltblütigen Mord – Zum Tode von Truman Capote

Kleiner Ästhet mit scharfer Zunge

Gestorben und tot aufgefunden worden ist er zu Los Angeles in der Wohnung von Misses Joanne Carson, der ehemaligen Frau von Jonny Carson, dem Schatzshow-Geschäftsmann. Die Polizei versichert, es habe alles seine Richtigkeit mit diesem Tod, obwohl der verstorbene Truman Capote, Schriftsteller, Journalist und Sohn einer ehemaligen Miss Alabama, häufig mit viel Alkohol umgegangen ist und auch mit Rauschmitteln.

Ende September wäre er 60 Jahre alt geworden, und es ist traurig nicht nur für ihn, daß dieser Geburtstag nicht mehr gefeiert werden kann: wie hätte er sich gefeiert, dieser Rauschgongel der amerikanischen Literatur und Giftzweig der amerikanischen Intellektual-Schickleria, wie hätten ihn nicht zuletzt in Europa seine vielen Anhänger und Leser (was bei ihm nicht dasselbe war) gefeiert!

„Drei oder vier Schriftsteller meiner Generation“, hat er gesagt, „sind im Rennen um den ersten Platz, und ich habe das Gefühl, ich werde gewinnen.“ Als Fürst der US-Literatur hat er sich stets gesehen, und ganz abwegig war diese Einschätzung nicht, zumal etwa Saul Bellow fast ein Jahrzehnt älter ist als Capotes „Generation“. Sie ist nicht überbakt besetzt, diese Altersklasse: Bei Salinger etwa pendeln sich die Wangschalen ein, Hauptgegner war und ist Norman Mailer, der stürmische – New York-verrückte wie Capote, und auch nicht überlappend, das Capote für die geistige Nachkriegsentwicklung in Amerika. Geboren wurde er in New Orleans, aber seine Erziehung bekam er auf Schulen in New York und in Connecticut. Er reagierte auf den deftigen US-Realismus wie auch andere Autoren aus dem Süden, indem er zauberte und träumte, schöne Geschichten erzählte, die sehr traurig waren. Er behandelte dabei die Sprache von Anfang an wie ein Trampolin und sich selbst wie den stets erfolgreichen Springer, der auch nach dem Salto hängenau dort mit den Füßen aufsetzt, wo es richtig ist und er es wünscht.

Das Bild, wie der wildlockige Mailer und der kurze, gehäufte Capote Kopf an Kopf in die Zielgerade gehen, scheint zwar höchst unpassend – läßt sich aber schwer verdrängen. Beide haben häufig mit Ruhm und Ruhmglück so laut geklimpert wie mit Goldstücken im Hosensack. Nun muß das Klumpen als Norman Mailer allein überlassen bleiben.

Capote ist tot, und die Toten haben (sehr oft) recht. Die Literatur der Gegenwart ist ärmer geworden. Und selbst, wer vorübergehend aufstumpft, mag in Capotes näherer Umgebung, der wird nicht nur doch bald spüren und am Ende beklagen – und sei es, weil er so etwas vermisst wie einen gewohnten und permanenten Juckreiz. Die scharfe Zunge des kleinen Ästheten war für Amerikas intellektuellen Handel und Wandel so ärglich und unentbehrlich geworden wie einst ein kompletter Stammtisch von Dichtern, von spitzigköpfigen Journalisten und von Theatervölkern. Der da schmähte, mündlich und leider auch schriftlich, per Tagebuch gar (und wer weiß, was da noch alles an Licht kommt), der war ja nicht irgend



Im Rennen um den ersten Platz seiner Generation übte er sich ganz vorn: Der amerikanische Dichter und Schriftsteller Truman Capote (1924 bis 1984)

ein Hofnarr, der hatte sich ausgewie- sen als romantisch-realistischer Prosa-Poet von Rang, sensibel, phantastisch, den Außenseitern zugetan.

Truman Capote, diese Mischung nördlicher und südlicher Elemente in den Vereinigten Staaten, ist interessant als Erzähler und als Sinnbild für die geistige Nachkriegsentwicklung in Amerika. Geboren wurde er in New Orleans, aber seine Erziehung bekam er auf Schulen in New York und in Connecticut. Er reagierte auf den deftigen US-Realismus wie auch andere Autoren aus dem Süden, indem er zauberte und träumte, schöne Geschichten erzählte, die sehr traurig waren. Er behandelte dabei die Sprache von Anfang an wie ein Trampolin und sich selbst wie den stets erfolgreichen Springer, der auch nach dem Salto hängenau dort mit den Füßen aufsetzt, wo es richtig ist und er es wünscht.

Der erste Roman, „Andere Stimmen, andere Räume“ erschien 1948. Capote war 24 Jahre alt. Was ihm zunächst Aufmerksamkeit erzwang, war das Faktum, daß er nicht wie jeder andere den Zweiten Weltkrieg aufbereitet. Vielmehr, hier wurde meisterlich bedrückend zwischen Schlaf und Wachen abgehandelt, wie ein Junge in einem Südstaaten-Haus nach seinem Vater sucht.

Drei Jahre später erschien „Die Grasharfe“, weltberühmt geworden, obwohl sie 1951 ausgerechnet von der Flucht vor dem Materialismus handelte, von der Flucht zu den alten Mächten da draußen, wo Natur noch nicht vergast ist. Auch das herrliche New Yorker Scherzo „Frühstück bei Tiffany“, obwohl es scheinbar viel realistisch ist, hat eine Menge mit Phantasie: Holly Golightly, so liebenswert sie ist, gehört zu den Naturhexen. Audrey Hepburn hat ihr in dem bekannten Film ein anmutiges Denkmal gesetzt.

Man darf beim Schöpfer solcher Geschichten auf ein starkes Talent schließen, eines mit einer verhältnismäßig zarten und arglosen Seele. Jedoch, aus den Zarten und den Arglosen, wenn sie gereizt werden, entläßt sich ein auch überaus scharf mit Zustimmung, werden häufig zu rechtgeklärten Charaktere. In den Konsistenz der alte Truman C. (oder wer immer) kaum wiederzuerkennen ist. Vorerst schrieb Capote diese und jene Erzählung im alten Stil, fütterte seine Umgebung mit boshafte Aperçus, begleitete auch zwecks Rapport ein US-Opernensemble in die Sowjetunion – dabei wuchs seine Liebe zum Faktum, und dies möglicherweise auch, weil ihm seine

eigenen neuen Einfälle für Geschichten oder Romane zu geringfügig vor- kamen und es wahrscheinlich auch gewesen sind.

Jedenfalls, nach Jahr und Tag, 1965, legte er mit „Kaltblütig“ das Tatsachenprotokoll eines entsetzlichen Mordes vor, eine umfassende Beschreibung von Vorgeschichte, von Opfern und von Tätern. Es war das Resultat langer Forschungen und vieler Befragungen, und es war ein Meisterstück geworden der dramatischen Prosa mit epischem Rückgrat. Der zarte Zauberer hatte sich zum zähen Schläger gewandelt, belohnt wiederum mit internationalem Erfolg.

Ach ja, er hätte wohl mit noch einer ähnlichen Anstrengung das Rennen gewonnen, von dem er so oft sprach – und möglicherweise hat er es in der Tat gewonnen. Unserem im ferne Europa ist da zum Urteil nur mit Ma-Geo befügt: Durch den Wald der US-Literatur streichen stets größere und schnellere Wölfe als bei uns – auch wenn wir das nicht gern bedenken. Capote hat seine Freunde ertraut, verwirrt, beschenkt und erschreckt. Er wäre nun auch in Abwesenheit eine stille Feler seines 60. Geburtstags wert, am 30. September, mit französischem Champagner.

CHRISTIAN FERBER

Saisonstart am Hamburger Thalia-Theater: Willi Schmidt inszeniert Eugene O'Neills „Fast ein Poet“

Major Melody ist hier ein wenig allzu gemütlich

Am Thalia-Theater, Hamburgs zweitgrößtes Staatsschauspiel, scheint man in der kommenden Saison eher wustelnd als kraftvoll planend zu Werke gehen zu wollen. Jetzt zu Spielzeitbeginn ließ Intendant Peter Striebeck noch weitgehend offen, was an Premieren bis zur Zepter-Übergabe an Jürgen Fimm im kommenden Sommer über die Bühne gehen soll. Das muß um so mehr irritieren, als die vergangene Spielzeit an spektakulären Ereignissen keineswegs so überreich war, daß man sich auch nur dem leisesten Verdacht der Konzeptionslosigkeit aussetzen dürfte.

Ein Mangel an überzeugendem Spielplan-Entwurf macht ja nicht nur die Besucher ratlos, sondern liefert – bei der notorischen Finanzschwäche der Stadt – auch den Politikern nur allzu schnell den gefährlichen Vorwand, den Staatstheater den Geldhahn weiter zuzudrehen. Schichten liegen also schon jetzt über dem Ende der Ära Striebeck, der – von Kabbalen während seiner Amtszeit als Inten-

dant ja keineswegs unverschont – sich im Oktober als Regisseur von Schillers „Kabale und Liebe“ profilierte will. Mit der ersten Premiere der Thalia-Saison, der Neuinszenierung von O'Neills „Fast ein Poet“, hat sich das Blatt noch keineswegs zum Besseren gewendet. Das liegt nicht an O'Neill, den mehr zu spielen Friedrich Luft vor zwei Jahren in dieser Zeitung zu Recht empfohlen hat. Die Parallelen zwischen der Großmäuligkeit und dem Selbstmitleid der O'Neillschen Helden und den weinerlich Selbstschau haltenden Figuren unserer jüngeren Literatur machen eine Rückbesinnung auf den wortwörtlichen iro- nischen amerikanischen Dramatiker reiz- und sinnvoll. Im übrigen ist „A Touch of Poet“, wenn es auch nicht letzten literarischen Schicksal und epigrammatische Schärfe verleiht, ein schönes, pralles Theaterstück, das in einer von wildem Atem getragenen Inszenierung immer noch großen Effekt machen kann.

Aber eher harmlos denn harsch, desto tragwürdiger, unheimlicher, grotesker ist, was er immer wieder entdeckt.

Die Ausstellung beginnt zu Recht mit Cézanne, der in seinen großartigen späten Visionen noch einmal das utopisch-unerschöpfliche Einssein des Menschen mit der Natur feiert; und sie schließt mit den Werken der Heutigen: Kiefer, Clemente, Petting, Salomé, die narzisstisch-selbstbezogen in eine ganz andere Welt verweisen. Clemente „Radiaci“ (1982) – zwei männliche Figuren, aus deren (nur ange- deutetem knabenhaften) Gesicht eine dritte aufsteigt – scheinen dabei besonders deutlich jenes neue, von völliger Ungewißheit über Sinn und Ziel der eigenen Existenz bestimmtes Lebensgefühl auszudrücken, das auch in den narrativen Bildern von Clemente Generationsgenossen zum Ausdruck kommt.

Man kann die Bedeutung dieser ohne wissenschaftlichen Anspruch, aber mit sicherem Gefühl für das Wesentliche und Qualitative arrangier-

ten besten aller Texte stützen kann, hatte große schauspielerische Allüren. Die Gorvin, ihrer Mittel völlig sicher, leistete sich keine Improvisation, keinen Zufallsschlenker. Jeder Tonfall, jede Geste, jedes Lachen saßen. Aus der Sackgasse einer eher beliebigen und allzu gemütlichen Darstellung des Maulhelden, Ekels, Träumers und Säufers Melody fand Ulrich Haupt dagegen erst spät, drehte dann im Finale allerdings furios auf. Hier endlich wurde auch jene Dimension von Tragik und Tragikomik sichtbar, der das Stück seinen Reiz verdankt.

Elisabeth Goebel als schikanierte, frühgealterte Ehefrau Nora hatte sich unglücklicherweise völlig in das Klischee der verklärten Liebenden ver- rannet. Susanne Altschul, viel zu lieblich und undifferenziert als Tochter Sara, taugte nicht zum stahlharten, stolz-verletzten Gegenspieler des wüst-verbitterten Majors. Als Signal für ein weitergreifendes Comeback O'Neills war diese Thalia-Produktion jedenfalls zu matt.

KLÄRE WARNECKE

den besten aller Texte stützen kann, hatte große schauspielerische Allüren. Die Gorvin, ihrer Mittel völlig sicher, leistete sich keine Improvisation, keinen Zufallsschlenker. Jeder Tonfall, jede Geste, jedes Lachen saßen. Aus der Sackgasse einer eher beliebigen und allzu gemütlichen Darstellung des Maulhelden, Ekels, Träumers und Säufers Melody fand Ulrich Haupt dagegen erst spät, drehte dann im Finale allerdings furios auf. Hier endlich wurde auch jene Dimension von Tragik und Tragikomik sichtbar, der das Stück seinen Reiz verdankt.

Elisabeth Goebel als schikanierte, frühgealterte Ehefrau Nora hatte sich unglücklicherweise völlig in das Klischee der verklärten Liebenden ver- rannet. Susanne Altschul, viel zu lieblich und undifferenziert als Tochter Sara, taugte nicht zum stahlharten, stolz-verletzten Gegenspieler des wüst-verbitterten Majors. Als Signal für ein weitergreifendes Comeback O'Neills war diese Thalia-Produktion jedenfalls zu matt.

JOURNAL

Hat James Irwin die Arche Noah gefunden?

AFP, Ankara
In den osttürkischen Ararat-Bergen will der ehemalige US-Astronaut James Irwin die Arche Noah gefunden haben. Wie der Leiter der dritten Irwin-Expedition in Ankara erklärte, wurde auf einer Höhe von 1585 Metern eine „hottähnliche Formation“ entdeckt, bei der es sich nach Meinung der Archäologen um die Arche Noah handelt. Dafür sprechen nach ihren Angaben der Fundort, die Form des Schiffskörpers und seine Dimensionen, die mit der Schilderung in der biblischen Schöpfungsgeschichte übereinstimmen. Weitere wissenschaftliche Untersuchungen sollen diese These beweisen. Der ehemalige Astronaut Irwin hat bereits zweimal – 1982 und 1983 – vergeblich versucht, die legendäre Arche zu finden.

Max-Uhle-Museum in Peru eröffnet

dpa, Lima
Ein mit deutscher Hilfe gebautes archäologisches Museum ist bei der Ruinenstätte Sechin rund 370 Kilometer nördlich der peruanischen Hauptstadt Lima seiner Bestimmung übergeben worden. Es enthält Fundstücke, die bei Ausgrabungen in dieser vermutlich ältesten archäologischen Zone an der peruanischen Küste geborgen wurden. Die Stiftung Volkswagenwerk hatte seit 1979 die Grabungen und den Bau des Museums mit rund einer Millionen Mark finanziert. Bei der Eröffnung erinnerte der Vorsitzende der Stiftung, der ehemalige niedersächsische Kultusminister Werner Kemmer, daran, daß Peru seit den Reiseberichten Alexander von Humboldts eine besondere Faszination auf europäische und vor allem auf deutsche Wissenschaftler ausgeübt habe. Das Sechin-Museum in der Nähe der kleinen Stadt Casma ist nach dem deutschen Wissenschaftler Max Uhle (1856-1944) benannt worden, der als „Vater der peruanischen Archäologie“ gilt.

Mantegnas Kammer wird geschlossen

dpa, Mantua
Die „Camera degli sposi“ (Kammer der Ehegatten), der von Andrea Mantegna (1431-1506) ausgestaltete Raum im Herzöglichen Palast von Mantua, wird Ende August für unbestimmte Zeit geschlossen. Vor allem die Temperaturveränderungen in dem nur 64 Quadratmeter großen Raum, der täglich von bis zu 4000 Besuchern aus aller Welt betreten wird, haben die Fresken beschädigt. Sie sollen nun restauriert werden. Ferner soll der Zugang zu dem Raum künftig so geregelt werden, daß ein weiterer Verfall gestoppt werden kann.

Neues Goethe-Institut in Düsseldorf

dpa, Düsseldorf
Eine Zweigstelle in Düsseldorf wird am 29. August vom Goethe-Institut in München eröffnet. Bei dieser Gelegenheit wird eine Ausstellung „Zeitgenössische Indische Malerei“ eröffnet. Bereits am 3. September werden in der Düsseldorfer Dependence, der zweiten in Nordrhein-Westfalen nach Islerhorn, Deutschkurse für Ausländer beginnen.

In memoriam N. Kappen

Er stand fest im Fach des zerrissenen, des tragischen Helden: der Schauspieler Norbert Kappen, der jetzt 56jährig in Klosterneuburg bei Wien freiwillig aus dem Leben schied. Was immer der Grund dafür war: Verbitterung über seine Karriere kann es nicht gewesen sein. Sein Aufstieg in den sechziger Jahren war fast konstanten Verlaufes: Köln, Ulm, Bonn, dann die Münch-



Norbert Kappen

ner Kammerspiele, Düsseldorf und das Zürcher Schauspielhaus, bevor er vor gut zehn Jahren an die Wiener Burg berufen wurde. Das Fernsehen, wenn es denn noch große Dramatiker inszeniert, versicherte sich Norbert Kappens immer wieder. Er war ein von Lebenskraft besterender Danton, ein Othello von unheimlicher Größe, und doch waren es bei all seiner Kraft, seiner Virilität vor allem die leisen Töne, die geradezu schlafwandlerisch gesprochenen Monologe, die an Kappen faszinierten. Großes ohne das hohe (oder gar hohle) Pathos der Bühne: Vielleicht war es das, was letztlich diesen hohen Preis kostete. ebi

Heute beginnen die Filmfestspiele von Venedig

Vier „R“ auf Löwenjagd

Das Kino lebt, und der italienische Film lebt allen Unkenrufen zum Trotz! So optimistisch äußerte sich Biennale-Chef Gian Luigi Rinaldi, als er das Programm der 41. Internationalen Filmfestspiele von Venedig bekanntgab, die heute Abend beginnen. Mit einem Aufgebot von gleich sieben Filmen tritt das Gastgeberland Italien denn auch im Hauptwettbewerb an und ist damit – zumindest was die Quantität angeht – der eindeutige Favorit dieses Festivals. Es führt so renommierte Regisseure ins Feld wie Luigi Comencini, Francesco Rosi mit „Carmen“, Mario Monicelli und Marco Ferreri, der sich für seinen neuen Film „Il futuro è donna“ Hanna Schygulla als Hauptdarstellerin geholt hat.

Ganz vorn im Rennen um den begehrten Goldenen Löwen liegt auch Frankreich mit so großen Namen wie Alain Resnais, Eric Rohmer, Jacques Rivette und Jean Rouch, die man am Lido schon das Gespann der „vier R“ nennt. Die Bundesrepublik schickt nur einen Film in den Hauptwettbewerb: „Der Spiegel“ von Erden Kiral. Es ist ein Beitrag, an den sich gleichwohl hohe Erwartungen knüpfen, denn Kiral hatte vor zwei Jahren auf der Berlinale mit seinem Film „Eine Saison in Hakkar“ überrascht und prompt den Silbernen Bären gewonnen. Einige Kritiker hatten diesen Film sogar für noch höherer Ehren würdig gehalten. Außer Wettbewerb wird das sechzehnjährige Fernseh-Epos „Reimat“ von Edgar Reitz gezeigt sowie Wolfgang Petersens „Unendliche Geschichte“.

Lido mit Spannung erwartet werden, gehört gewiß der Spanier Carlos Saura, der „Los Zancos“ („Die Sprungbretter“) vorstellt. Gehört er doch zu jenen wenigen Regisseuren, die ein Festival selten ohne einen Preis verlassen haben. Spätestens nach seiner „Carmen“ in „Flamenco-Rhythmus“ ist sein Ruf international gefestigt. Der Pole Krzysztof Zanussi präsentiert sein „Jahr der ruhigen Sonne“. Und der Engländer Hugh Hudson, bekannt durch „Die Stunde des Siegers“, belebt die alte Legende von Tarzan, dem Herrn der Affen, noch einmal neu in „Greystock“. In amerikanischen Diensten steht der Russe Michailow-Komischalowski, der seit drei Jahren in Los Angeles lebt und dort „Mariss Lover“ gedreht hat. Eine große Attraktion ist schließlich auch der letzte Film des unlängst verstorbenen Joseph Losey, „Steaming“, der außer Konkurrenz läuft.

Die Namen, die das Festival aufweist, sind ohne Frage hochkarätig, was freilich – wie sich oft genug gezeigt hat – nicht unbedingt auf die Qualität der Filme schließen läßt. Ein Blick noch auf die Jury, die in diesem Jahr dem Festival ihren Stempel aufdrückt. Sie vereint Regisseure, bildende Künstler und Schriftsteller und gibt sich ausgesprochen intellektuell. Den Vorsitz führt Michelangelo Antonioni. Ihm zur Seite die Brüder Taviani, der Maler Balhaus, der Musiker Michele Pettrassi, die Schriftsteller Isaac Bashevis Singer, Günter Grass und Erica Jong, sowie die Lyriker Raphael Alberti und Jewgenij Jewtuschenko.

DORIS BLUM



Mit lockeren Pinselstrichen „Akt vor blauer Wanne“ von Pierre Bonnard (1907), aus der Baseler Ausstellung

Die Baseler Galerie Beyeler zeigt die Nacktheit in der Kunst der Moderne

Vom idealen Sein in die Abgründe

Mit „Nudes/Nus/Nackte“ greift die Baseler Galerie Beyeler ein gewisses Thema auf. Aber wie sie mit 101 Beispielen das Nackte in der Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts vorführt, ist doch faszinierend und ziemlich einmalig. Ernst Beyeler will mit seiner Schau die mit „Portraits et Figures“ begonnene Analyse des Menschenbildes in der modernen und zeitgenössischen Kunst fortsetzen und präzisieren. Wiederum führt der auf Einzelwerken und seltene Werkgruppen aufbauende Überblick von den Impressionisten bis zur Kunst unserer Tage.

Cézanne, Degas, Renoir, noch an der ganzheitlichen Auffassung des Menschen festhaltend, markierten eine geistige Wende – den Bruch mit der traditionellen akademischen Aktmalerei. Nacktheit war nun nicht mehr Ausdruck eines idealen Seins, sondern der Versuch, seelische Abgründe (die diese Maler oft selbst mit schweren Traumata belasteten) zu enthüllen. Je tiefer der Blick dringt,

desto tragwürdiger, unheimlicher, grotesker ist, was er immer wieder entdeckt. Die Ausstellung beginnt zu Recht mit Cézanne, der in seinen großartigen späten Visionen noch einmal das utopisch-unerschöpfliche Einssein des Menschen mit der Natur feiert; und sie schließt mit den Werken der Heutigen: Kiefer, Clemente, Petting, Salomé, die narzisstisch-selbstbezogen in eine ganz andere Welt verweisen. Clemente „Radiaci“ (1982) – zwei männliche Figuren, aus deren (nur ange- deutetem knabenhaften) Gesicht eine dritte aufsteigt – scheinen dabei besonders deutlich jenes neue, von völliger Ungewißheit über Sinn und Ziel der eigenen Existenz bestimmtes Lebensgefühl auszudrücken, das auch in den narrativen Bildern von Clemente Generationsgenossen zum Ausdruck kommt.

Man kann die Bedeutung dieser ohne wissenschaftlichen Anspruch, aber mit sicherem Gefühl für das Wesentliche und Qualitative arrangier-

ten Ausstellung nur richtig einschätzen, wenn man sich vor Augen hält, was andere, befugtere Organisationen gleichzeitig leisten. Das Kunstmuseum Basel hat seit dem überraschenden vorzeitigen Weggang von Franz Meyer seinen Rhythmus noch nicht wieder gefunden und seit 1980 keine wirklich zeichnensetzende Ausstellung mehr schaffen können. Und in der Kunsthalle versucht man sich mit unangemessen gewagten Einzelausstellungen von Werken junger Künstler – Ausstellungen, in denen oft kaum eine Handvoll wirklich gültiger Werke vertreten ist – selbst zu überbieten.

Ernst Beyeler demonstriert demgegenüber mit scheinbar leichter Hand, wie sich trotz Krise und immer wieder beschworener Orientierungslosigkeit Kunst sinnvoll und in einer Weise präsentieren läßt, die nicht nur ästhetisch befriedigt, sondern auch intellektuell herausfordert. (Bis Ende Sept.; Katalog 35 Sfr.)

HARRY ZELLWEGER

